



EUROJUST

Jahresbericht 2012



© Eurojust, 2013

Diese Publikation umfasst den Zeitraum: 1. Januar - 31. Dezember 2012.

Katalognummer: QP-AA-13-001-DE-C

ISBN: 978-92-95084-27-8

ISSN: 1831-4244

DOI: 10.2812/50106

Für Anfragen:

Tel.: + 31 70 412.5000

E-Mail: info@eurojust.europa.eu

Website: www.eurojust.europa.eu



Jahresbericht 2012



Eurojust auf dem Weg zu einem Hauptakteur
und Zentrum justiziellen Fachwissens im Kampf
gegen organisierte, grenzüberschreitende
Kriminalität in der Europäischen Union.

Inhalt

Vermerk zum Eurojust-Beschluss.....	5
Liste der Abkürzungen	5
Vorwort	7
Zusammenfassung.....	8
Zehnjähriges Bestehen von Eurojust.....	10
<i>Feierlichkeiten in der Nieuwe Kerk und im Ridderzaal am 27./28. Februar 2012</i>	<i>11</i>
<i>Besuch Ihrer Majestät Königin Beatrix der Niederlande</i>	<i>11</i>
1 OPERATIVE TÄTIGKEITEN	14
1.1 Einleitung	15
1.2 Überblick über die Fallarbeit von Eurojust.....	15
<i>Allgemeine Probleme und bewährte Vorgehensweisen in der Fallarbeit von Eurojust.....</i>	<i>15</i>
<i>Koordinierungstreffen.....</i>	<i>17</i>
<i>Koordinierungszentren</i>	<i>17</i>
<i>Artikel 6 und 7 des Eurojust-Beschlusses</i>	<i>18</i>
<i>Rechtshilfeübereinkommen.....</i>	<i>19</i>
<i>Fragen in Bezug auf die Sammlung und Zulässigkeit von Beweismitteln</i>	<i>20</i>
<i>Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten</i>	<i>20</i>
<i>Übertragung der Strafverfolgung</i>	<i>21</i>
<i>Austausch von Informationen aus den Strafregistern.....</i>	<i>22</i>
<i>Europäische Haftbefehle</i>	<i>22</i>
<i>Sicherstellungsentscheidungen</i>	<i>25</i>
<i>Einziehung und Vermögensabschöpfung</i>	<i>25</i>
<i>Kontrollierte Lieferungen</i>	<i>26</i>
1.3 Überblick über die Tätigkeit von Eurojust in vorrangigen Kriminalitätsbereichen.....	27
<i>Terrorismus.....</i>	<i>27</i>
<i>Drogenhandel.....</i>	<i>28</i>
<i>Menschenhandel (THB)</i>	<i>30</i>
<i>Betrug.....</i>	<i>31</i>
<i>Korruption</i>	<i>31</i>
<i>Cyberkriminalität.....</i>	<i>32</i>
<i>Geldwäsche.....</i>	<i>33</i>
<i>(Mobile) organisierte kriminelle Vereinigungen</i>	<i>34</i>
<i>Illegale Einwanderung</i>	<i>35</i>
<i>Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU</i>	<i>36</i>
<i>Eurojust-Kontaktstelle zum Schutz des Kindes – Straftaten gegen Kinder</i>	<i>37</i>
1.4 Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs).....	38
<i>Eurojust und die finanzielle Unterstützung von JIT-Operationen</i>	<i>39</i>
1.5 Fallarbeit von Eurojust mit Beteiligung von Drittstaaten	40
<i>Zu Eurojust entsandte Verbindungsstaatsanwälte aus Drittstaaten.....</i>	<i>41</i>
1.6 Eurojust und die Praktiker-Netzwerke.....	42
<i>Europäisches Justizielles Netz.....</i>	<i>42</i>
<i>JIT-Netzwerk.....</i>	<i>42</i>
<i>Genozid-Netzwerk.....</i>	<i>42</i>

2	BEZIEHUNGEN ZU EU-INSTITUTIONEN UND -PARTNERN	44
2.1	Institutionelle Beziehungen	45
	<i>Europäisches Parlament</i>	<i>45</i>
	<i>Rat der Europäischen Union.....</i>	<i>45</i>
	<i>Europäische Kommission</i>	<i>45</i>
2.2	Beziehungen zu Praktiker-Netzwerken	46
	<i>Europäisches Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN)</i>	<i>46</i>
	<i>Beratendes Forum der Generalstaatsanwälte und Leiter von Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten.....</i>	<i>46</i>
2.3	EU-Agenturen und -Einrichtungen.....	47
	<i>Europol.....</i>	<i>47</i>
2.4	Beziehungen zu Drittstaaten und Organisationen außerhalb der Europäischen Union.....	48
	<i>Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung</i>	<i>48</i>
	<i>Frontex.....</i>	<i>48</i>
	<i>EPA.....</i>	<i>48</i>
3	DER EUROJUST-BESCHLUSS UND DIE ZUKUNFT	50
3.1	Umsetzung des Ratsbeschlusses über Eurojust.....	51
3.2	Sechste Runde der gegenseitigen Bewertung der praktischen Umsetzung und der Anwendung der Beschlüsse über Eurojust und das Europäische Justizielle Netz in den Mitgliedstaaten	52
3.3	Task Force zur Zukunft von Eurojust.....	52
3.4	Konferenz: Zehn Jahre Eurojust, operative Ergebnisse und künftige Herausforderungen.....	52
4	ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER VERWALTUNG.....	54
4.1	Administrative Entwicklungen	55
4.2	Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten	55
5	WEITERE VORGEHENSWEISE NACH DEN SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES.....	58
	ANHANG: STATISTIKEN FÜR 2012	60
	<i>Abbildung 1 – Fallentwicklung 2002-2012</i>	<i>61</i>
	<i>Abbildung 2 – Bilaterale/multilaterale Fälle 2012, aufgegliedert nach nationalen Tischen</i>	<i>61</i>
	<i>Abbildung 3 – Neu registrierte/abgeschlossene Fälle 2003-2012</i>	<i>62</i>
	<i>Abbildung 4 – Allgemeine Fallklassifizierung</i>	<i>62</i>
	<i>Abbildung 5 – Die wichtigsten Kategorien von strafbaren Handlungen in Eurojust-Fällen.....</i>	<i>63</i>
	<i>Abbildung 6 – Die wichtigsten Kategorien von strafbaren Handlungen und sonstigen Kategorien der organisierten Kriminalität in Eurojust-Fällen.....</i>	<i>63</i>
	<i>Abbildung 7 – Eurojust-Fälle nach um Rechtshilfe ersuchenden Ländern</i>	<i>64</i>
	<i>Abbildung 8 – Eurojust-Fälle nach um Rechtshilfe ersuchten Ländern</i>	<i>64</i>
	<i>Abbildung 9 – Gesamtzahl der Koordinierungstreffen.....</i>	<i>65</i>
	<i>Abbildung 10 – Koordinierungstreffen nach ersuchenden Ländern.....</i>	<i>65</i>
	<i>Abbildung 11 – Koordinierungstreffen nach ersuchten Ländern</i>	<i>66</i>

Vermerk zum Eurojust-Beschluss

Eurojust-Beschluss – Der Beschluss des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust, zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität, der durch den Beschluss 2009/426/JI des Rates vom 16. Dezember 2008 ersetzt wurde, wird in diesem Bericht als „Eurojust-Beschluss“ bezeichnet.

Eine konsolidierte Fassung des Eurojust-Beschlusses wurde vom Generalsekretariat ausschließlich zu Informationszwecken erstellt und ist auf unserer Website unter www.eurojust.europa.eu abrufbar.

Liste der Abkürzungen

CMS	Case Management System (<i>Fallbearbeitungssystem</i>)
EuHb	Europäischer Haftbefehl
EEA	Europäische Ermittlungsanordnung
ENCS	Eurojust National Coordination System (<i>Nationales Eurojust-Koordinierungssystem</i>)
EPPO	European Public Prosecutor's Office (<i>Europäische Staatsanwaltschaft</i>)
JIT	Joint Investigation Teams (<i>Gemeinsame Ermittlungsgruppen</i>)
LoR	Letter of Request (<i>Rechtshilfeersuchen</i>)
MLA	Mutual Legal Assistance (<i>Rechtshilfe</i>)
OCC	On-Call Coordination (<i>Koordinierungsdauerdienst</i>)
OCG	Organised Crime Group (<i>organisierte kriminelle Vereinigung</i>)
OCTA	Organised Crime Threat Assessment (<i>Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität</i>)
TE-SAT	Terrorism Situation and Trend Report (<i>Bericht zu Lage und Entwicklungen des Terrorismus</i>)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Vertrag von Lissabon)
THB	Trafficking in Human Beings (<i>Menschenhandel</i>)



Starke Partnerschaften sind die Basis,
um den Bedürfnissen der Bürger nach
einem sichereren, freieren und gerechteren
Europa besser Rechnung tragen zu können

Vorwort

Ich freue mich, Ihnen den elften Jahresbericht mit einem Überblick über die operative Arbeit, die organisatorischen Entwicklungen und die Partnerschaftsbeziehungen von Eurojust im Jahr 2012 vorstellen zu können.

Nach wie vor erzielt Eurojust Fortschritte bei der Unterstützung und Stärkung der Koordinierung und Kooperation zwischen nationalen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten in Fällen schwerer grenzüberschreitender Kriminalität.

Die besonderen Instrumente von Eurojust, Koordinierungstreffen und Koordinierungszentren, werden von den Praktikern häufig genutzt und geschätzt, weil sich mit ihnen operative Maßnahmen straffen lassen, unmittelbare justizielle Folgemaßnahmen erleichtert werden und sich rechtliche und praktische Schwierigkeiten ausräumen lassen, die sich aus den Unterschieden zwischen den 30 Rechtsordnungen in der Europäischen Union ergeben.

Die positiven Tendenzen und Ergebnisse gemeinsamer Ermittlungsgruppen, ein Kooperationsinstrument, das sich auf die Grundsätze der gegenseitigen Anerkennung und des gegenseitigen Vertrauens stützt, dürfen ebenfalls nicht unerwähnt bleiben. Eurojust ist stolz darauf, durch fachkundige Beratung, Wahrnehmung der Sekretariatsaufgaben für das Netz der gemeinsamen Ermittlungsgruppen und das JIT-Finanzierungsprojekt einen dynamischen Beitrag zur erfolgreichen Arbeit gemeinsamer Ermittlungsgruppen zu leisten.



Eurojust steht zu seiner Zusage, die Schwerpunkte der EU bei der Kriminalitätsbekämpfung koordiniert, kohärent und umfassend anzugehen und die Täter vor Gericht zu bringen, und dies in Zusammenarbeit mit Europol und anderen Agenturen im Bereich Justiz und Inneres sowie wichtigen Akteuren in diesem Bereich.

Die auf der Website von Eurojust abrufbaren strategischen Berichte von Eurojust über Drogen- und Menschenhandel unterstreichen die Hauptschwierigkeiten beim Informationsaustausch, bei der Koordinierung der Anstrengungen, der Durchführung der Rechtshilfe und der Anwendung von Instrumenten der justiziellen Zusammenarbeit, bieten aber auch Lösungsansätze für erkannte Probleme.

Die im Eurojust-Beschluss vorgenommenen Änderungen stärken die operativen Fähigkeiten von Eurojust und seine Verbindungen zu den nationalen Behörden in den Mitgliedstaaten. Die sechste Runde der gegenseitigen Bewertungen in den Mitgliedstaaten zum Eurojust-Beschluss, die im Mai 2012 begonnen hat, wird Ansporn für die vollständige Umsetzung dieses Beschlusses sein und bei der Ermittlung von Schwachstellen und bewährten Vorgehensweisen helfen.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hat Eurojust in den verschiedensten Foren seine Überlegungen zu den Aussichten für einen weiteren Ausbau von Eurojust und zur möglichen Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft „aus Eurojust heraus“ weitergeführt.

Im Verlauf dieses denkwürdigen Jahres feierte Eurojust sein zehnjähriges Bestehen, wurde ich im Mai zur Präsidentin von Eurojust und wurde Carlos Zeyen, Nationales Mitglied für Luxemburg, zum Vizepräsidenten gewählt.

Ein Rückblick auf das in zehn Jahren Erreichte zeigt, dass Eurojust nunmehr voll arbeitsfähig ist. In meiner Eigenschaft als Präsidentin von Eurojust wage ich im Vorgriff auf die Zukunft und mit Blick auf die vor uns liegenden Herausforderungen die Aussage, dass unsere Erfahrung und unser Know-how uns das nötige Selbstvertrauen geben, um unser Potenzial zu erkunden und auszuschöpfen.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' and 'C' followed by a horizontal line.

Michèle CONINSX
Präsidentin von Eurojust

Zusammenfassung

Die Zahl der Fälle, in denen die Mitgliedstaaten Eurojust um Unterstützung bei der Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität gebeten haben, ist 2012 um 6,4 % gestiegen, und zwar von 1 441 Fällen im Jahr 2011 auf 1 533 Fälle im Jahr 2012.

Die Koordinierungs- und Unterstützungsfunktion von Eurojust entwickelte sich folgendermaßen:

- ▶ 2012 fanden 194 Koordinierungstreffen statt, damit liegt deren Anzahl etwas unter der von 2011 (204 Treffen); möglicherweise ist dies die Folge eines effizienteren Einsatzes dieses Instruments.
- ▶ Die Anzahl der Koordinierungszentren lag wie 2011 unverändert bei sieben.
- ▶ Die Beteiligung von Eurojust an der Einrichtung gemeinsamer Ermittlungsgruppen (JITs) nahm von 33 im Jahr 2011 um 42 % auf 47 im Jahr 2012 zu.
- ▶ Diese Koordinierungsinstrumente wurden auch in Kombination eingesetzt.
- ▶ Die Zahl registrierter Fälle im Zusammenhang mit der Vollstreckung Europäischer Haftbefehle betrug 259.
- ▶ Insbesondere im Hinblick auf Norwegen konnte eine verstärkte Einbeziehung der Verbindungsstaatsanwälte von Eurojust festgestellt werden.
- ▶ Die Fallarbeit von Eurojust nahm 2012 in den von der EU festgelegten vorrangigen Deliktsbereichen in folgenden Bereichen zu: Betrug, Drogenhandel, (mobile) organisierte kriminelle Vereinigungen, Geldwäsche, Menschenhandel, Cyberkriminalität, Terrorismus, Korruption und illegale Einwanderung.
- ▶ 2012 veröffentlichte Eurojust zwei strategische Berichte, die später auch als EU-Dokumente veröffentlicht wurden:
 - *Enhancing the work of Eurojust in drug trafficking cases (Intensivierung der Arbeit von Eurojust in Fällen von Drogenhandel)*; hier wird auf die Kom-

Eurojust-Kollegium der Nationalen Mitglieder, März 2013



Sitzend von links nach rechts: Laima Čekelienė, LT; João Manuel Da Silva Miguel, PT; Robert Sheehan, IE; Francesco Lo Voi, IT; Raivo Sepp, EE, Vice-Präsident; Michèle Coninx, BE, Präsidentin; Carlos Zeyen, LU, Vize-Präsident; Donatella Frendo Dimech, MT; Lampros Patsavellas, EL; Mariana Lilova, BG; Gunars Bundzis, LV

Stehend von links nach rechts: László Venczl, HU; Francisco Jiménez-Villarejo, ES; Jolien Kuitert, NL; Lukáš Starý, CZ; Jesper Hjørttenberg, DK; Hans-Holger Herrnfeld, DE; Harri Tiesmaa, FI; Leif Görts, SE; Frances Kennah, UK; Daniela Buruiană, RO; Sylvie Petit-Leclair, FR; Mariusz Skowroński, PL; Ingrid Maschl-Clausen, AT; Malči Gabrijelčič, SL; Ladislav Hamran, SK; Katerina Loizou, CY

plexität der Aktivitäten bei der Koordinierung hochrangiger Fälle von Drogenhandel eingegangen, und

- *Eurojust's Action against Trafficking in Human Beings: Final Report and Action Plan for 2012 – 2016 (Vorgehen von Eurojust gegen Menschenhandel: Abschlussbericht und Aktionsplan für 2012 – 2016).*
- Die sechste Runde gegenseitiger Bewertungen, bei der es um die praktische Anwendung und die Umsetzung des Eurojust-Beschlusses in den Mitgliedstaaten geht, lief im Mai 2012 an und wird sich bis Ende 2014 erstrecken. Nach den bis Ende 2012 vorliegenden Angaben der Mitgliedstaaten hatten 11 Mitgliedstaaten den Eurojust-Beschluss noch nicht umgesetzt. Eurojust hofft, dass die sechste Runde gegenseitiger Bewertungen den Mitgliedstaaten den notwendigen Schwung für die vollständige Umsetzung des Eurojust-Beschlusses verleihen wird.
- Interne Umsetzung des Eurojust-Beschlusses: Es wurde weiter am ENCS für die sichere Übermittlung von E-Mails, an der vollen Funktionsfähigkeit des OCC und an der Entwicklung des „intelligenten“ PDF-Formblatts gemäß Artikel 13 gearbeitet. Darüber hinaus fand ein erstes Treffen der nationalen Korrespondenten statt, bei dem bewährte Vorgehensweisen und Erfahrungen diskutiert und ausgetauscht wurden und über den Stand des Aufbaus und die Funktionsweise des ENCS in den Mitgliedstaaten gesprochen wurde.
- Die Task Force zur Zukunft von Eurojust hat ihre Arbeit 2009 aufgenommen. Mit Blick auf die angekündigten Vorschläge der Kommission zu Artikel 85 AEUV setzte die Task Force ihre Arbeiten an der Reform von Eurojust fort und hat sich dabei auch mit möglichen Governance-Regelungen sowie der Einbeziehung des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente in die Bewertung der Arbeit von Eurojust beschäftigt. Ferner hat sich die Task Force weiterhin mit Artikel 86 AEUV über die Einsetzung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) befasst.
- Vereinbarung zwischen Eurojust und Kommission: Am 20. Juli 2012 unterzeichneten Eurojust und die Europäische Kommission eine Vereinbarung, mit der der Informationsaustausch formalisiert und eine engere Zusammenarbeit in Fragen gegenseitigen Interesses herbeigeführt werden soll.
- Administrative Entwicklungen:
 - 2012 hatten 45 Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamte ihren ständigen Arbeitsplatz bei Eurojust in Den Haag.
 - Der Haushalt von Eurojust für 2012 belief sich auf 32 967 000 EUR, der Haushaltsvollzug erreichte den Rekordwert von 98 %.
 - Die Zahl der von Eurojust finanziell unterstützten JITs verdoppelte sich fast im Vergleich zu 2011; nunmehr gab es 62 JITs, an denen 22 Mitgliedstaaten beteiligt waren.



Zehnjähriges Bestehen von Eurojust



Feierlichkeiten in der Nieuwe Kerk und im Ridderzaal am 27./28. Februar 2012

Am 28. Februar 2012 feierte Eurojust ein wichtiges Ereignis, nämlich sein zehnjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass fanden zwei Veranstaltungen statt. Am Abend des 27. Februar veranstaltete Eurojust seine ALUMNIGHT in der Nieuwe Kerk in Den Haag. Zu den Teilnehmern gehörten Botschafter, Justizminister und hochrangige Vertreter von Rat, Kommission und Europäischem Parlament. Es gab Interviews mit früheren Präsidenten und der derzeitigen Präsidentin von Eurojust, nationalen Mitgliedern und Verwaltungsmitarbeitern, die eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung von Eurojust gespielt haben. Der erste Werbefilm von Eurojust wurde gezeigt und die neue Website online gestellt.

Am folgenden Vormittag würdigten, als Auftakt zur informellen Tagung, der Minister für Justiz und Inneres der Europäischen Union unter dänischem Ratsvorsitz, hochrangige Persönlichkeiten Eurojust im historischen Ridderzaal in Den Haag. Redner waren Herr Ivo Opstelten, Justizminister der Niederlande in Vertretung Ihrer Majestät Königin Beatrix, Herr Morten Bødskov, Justizminister Dänemarks, Herr J.J. van Aartsen, Bürgermeister von Den Haag, Herr Aled Wil-

liams, ehemaliger Präsident von Eurojust, Herr Gilles de Kerchove, EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, Frau Myria Vassiliadou, EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, und Frau Françoise Le Bail, Generaldirektorin der GD Justiz, Europäische Kommission, in Vertretung von Frau Viviane Reding, Vizepräsidentin und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft.

Im Anschluss an die Eröffnungszeremonie fand eine Pressekonferenz statt, an der Herr Williams, die jetzige Präsidentin von Eurojust, Frau Michèle Coninx, und der Vizepräsident, Herr Raivo Sepp, sowie die Herren Bødskov und de Kerchove und Frau Le Bail teilnahmen.

Das Thema der informellen Tagung des Rates der Minister für Justiz und Inneres im Anschluss an die Eröffnungszeremonie lautete: *Hauptergebnisse und weitere Entwicklung von Eurojust: Wie lässt sich die Rolle von Eurojust in der justiziellen Zusammenarbeit zwischen Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten stärken?*

Besuch Ihrer Majestät Königin Beatrix der Niederlande

Im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Bestehens von Eurojust hatte die Präsidentin von Eurojust, Frau Coninx, die große Ehre, am 26. September 2012 Ihre Majestät Königin Beatrix der Niederlande zu einem Besuch bei Eurojust zu empfangen. Ihre Majestät führte Gespräche mit den nationalen Mitgliedern und Verbindungsstaatsanwälten sowie mit Mitarbeitern; ein eigens zum Anlass

ihres Besuchs angefertigtes Erinnerungsstück aus Kristall wurde enthüllt. Es wurden mehrere Vorträge über Eurojust und seine Geschichte gehalten und einige Fälle geschildert. Ihre Majestät zeigte sich gut informiert über die Arbeit von Eurojust und die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität steht.







Operative Tätigkeiten

1.1 Einleitung

Die Arbeitsschwerpunkte für Eurojust für das Jahr 2012 wurden im Lichte der Schlussfolgerungen des Rates über die Festlegung der EU-Prioritäten für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität festgelegt; dabei handelt es sich um Terrorismus, Drogenhandel, Menschenhandel, Betrug, Korruption, Cyberkriminalität (einschließlich Bilder vom sexuellen Missbrauch von Kindern), Geldwäsche, organisierte Kriminalität (einschließlich (wandernde) organisierte kriminelle Vereinigungen), illegale Einwanderung und Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (sogenannte PIF-Straftaten). Informationen zur Fallarbeit von Eurojust in diesen Bereichen, zu Problemen und bewährten Vorgehensweisen sowie seinen strategischen Initiativen und Beiträgen werden im Folgenden dargelegt.

2012 wurde Eurojust in 1 533 registrierten Fällen auf Ersuchen der Mitgliedstaaten um Unterstützung tätig; das entspricht einem Anstieg von 6,4 % gegenüber 2011. Bei rund 20 % der Fälle waren drei oder mehr Länder beteiligt, bei 78 % ging es um die oben genannten, von der EU als vorrangig eingestuften Straftaten. Bei den übrigen Fällen waren mehrheitlich andere, nicht in Artikel 4 Absatz 1 des Eurojust-Beschlusses genannte Straftaten betroffen, bei denen die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten

Eurojust um Unterstützung ersucht haben (Artikel 4 Absatz 2 des Eurojust-Beschlusses), gefolgt von Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit. Detaillierte Statistiken zur Fallarbeit und zur Beteiligung der Mitgliedstaaten befinden sich im Anhang.

Nach Ansicht der Praktiker gehören Koordinierungstreffen zu den wichtigsten Instrumenten von Eurojust, denn sie bringen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden zusammen. Zwar ging 2012 die Gesamtzahl der Koordinierungstreffen gegenüber 2011 leicht von 204 auf 194 zurück, doch ist dieser Rückgang Ausdruck einer effizienteren Nutzung dieses Instruments. An etwa 55 % der Koordinierungstreffen waren drei oder mehr Länder beteiligt, und 89 % betrafen prioritäre Straftaten.

Wie schon 2011 gab es auch 2012 bei Eurojust sieben Koordinierungszentren.

Die Zahl der gemeinsamen Ermittlungsgruppen, an deren Bildung Eurojust beteiligt war, stieg um 42 %, und zwar von 33 im Jahr 2011 auf 47, und die Zahl der von Eurojust finanziell unterstützten gemeinsamen Ermittlungsgruppen verdoppelte sich fast im Vergleich zu 2011 auf 62.

1.2 Überblick über die Fallarbeit von Eurojust

Allgemeine Probleme und bewährte Vorgehensweisen in der Fallarbeit von Eurojust

Die Fallarbeit von Eurojust im Jahr 2012 ist Ausdruck seines fortgesetzten Engagements bei der Lösung von Problemen in Fällen schwerer grenzüberschreitender Kriminalität. Eurojust unterstützte die Erledigung von Ersuchen um justizielle Zusammenarbeit und die Entscheidungen darüber und half den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei der Beseitigung praktischer und rechtlicher Hindernisse, auf die diese bei ihren Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gestoßen waren.

Nach wie vor auftretende rechtliche Hindernisse waren auf Unterschiede in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten zurückzuführen und waren bedingt durch unterschiedliche Vorschriften über die Zuläs-

sigkeit von Beweismitteln, insbesondere im Zusammenhang mit der Telekommunikationsüberwachung. Schwierigkeiten verursachten ferner unterschiedliche Verfahren bei Hausdurchsuchungen und der Aufnahme von Zeugenaussagen sowie voneinander abweichende Vorschriften für die Vorratsdatenspeicherung in den Mitgliedstaaten, häufig im Zusammenhang mit Cyberkriminalität, aber auch mit anderen Formen der organisierten Kriminalität. Derartige Probleme lassen sich in relativ frühen Phasen der Ermittlungen durch Koordinierung lösen, bei der die Verfahrensnormen und die Anforderungen an Beweismittel allen Beteiligten erklärt und die erforderlichen Rechtshilfeersuchen vorbereitet werden können.

Zu weiteren, eher praktischen Schwierigkeiten gehören i) Ersuchen um die Benennung der nationalen Behörde, die für die gerichtliche Genehmigung von Fällen grenzüberschreitender Überwachung und

kontrollierter Lieferung zuständig ist; ii) Probleme bei der Organisation von Koordinierungstreffen, weil nationale Behörden inländischen Fällen höhere Priorität einräumen; iii) Schwierigkeiten nationaler Behörden beim Zugang zu Unternehmensregistern, vor allem bei Fällen, in denen es um Straftaten mit finanziellem oder wirtschaftlichem Hintergrund geht, und

iv) Schwierigkeiten, andere Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, Parallelermittlungen aufzunehmen, oder Schwierigkeiten, ihnen ausreichendes und zulässiges Material hierfür zu übermitteln.

Die spontane Bereitstellung von Informationen gemäß Artikel 7 des Rechtshilfeübereinkommens aus dem Jahr 2000 mit seinem Protokoll von 2001 kann möglicherweise nicht als hinreichende Grundlage für die Aufnahme von Ermittlungen gelten, weil im empfangenden Mitgliedstaat andere Anforderungen an Beweismittel gelten und damit Beweismittel in der Verhandlung als unzulässig abgelehnt werden könnten.

Zu den immer wiederkehrenden Problemen gehören auch Verzögerungen bei der Erledigung von Rechtshilfeersuchen, häufig zurückzuführen auf unterschiedliche Anforderungen hinsichtlich der Detailliertheit der Angaben im Ersuchen, die dann erst erledigt werden, wenn weitere Informationen und Klarstellungen eingegangen sind. Verschärft entstehen Verzögerungen bei der Erledigung von Rechtshilfeersuchen durch die gleichzeitige Übermittlung von Ersuchen über verschiedene Kanäle, durch mangelhafte Übersetzung, das Fehlen von zentralen Datenbanken und durch langwierige Vollstreckungsverfahren in bestimmten Mitgliedstaaten. In einigen Fällen konnte Eurojust Hilfe bei der Abfassung von Rechtshilfeersuchen, der Identifizierung der zuständigen innerstaatlichen Behörden und der Übermittlung der Ersuchen an diese sowie bei der Beratung der ersuchenden und der ersuchten Länder bezüglich der Anforderungen an Beweismittel leisten.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung von Europäischen Haftbefehlen (EuHb) besteht nach wie vor das Problem, dass die Übergabe einer Person in Fällen abgelehnt wird, in denen nach Auffassung der vollstreckenden Behörde bei einer Verurteilung in Abwesenheit die gesuchte Person wahrscheinlich kein Wiederaufnahmeverfahren bekommt.

Weitere Probleme, die die zeitnahe Vollstreckung von EuHb gefährden, sind unterschiedliche Definitionen der Straftat, Ersuchen um weitere Informationen sowie Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Übersetzungen. Eurojust leistet Unterstützung durch Förderung des Dialogs zwischen dem ausstellendem und dem vollstreckendem Mitgliedstaat und durch Beratung bei der Klärung der Definitionen von Straftaten in den betroffenen Rechtsordnungen.

Schwierigkeiten bereiten ferner die geringen Rückmeldungen nationaler Behörden an Eurojust im

2011 wurden Edelmetalle im Wert von mehr als 1 Mio. GBP, bestehend aus 29 kg Gold und 160 kg Silber, aus einem Lastwagen in Belgien geraubt. Der Lkw-Fahrer gab an, Opfer eines bewaffneten Raubüberfalls geworden zu sein, in dessen Verlauf die Edelmetalle gestohlen worden seien. Der Lkw war von der Schweiz über Belgien in das Vereinigte Königreich unterwegs. Der Fahrer war in Wirklichkeit Mitglied der organisierten kriminellen Vereinigung, die sich zum Diebstahl der Fracht verschworen hatte.

Es kam zu einem Kompetenzkonflikt, weil drei Verdächtige in Belgien festgenommen wurden, die übrigen Verdächtigen jedoch im Vereinigten Königreich ausfindig gemacht wurden. Der Kompetenzkonflikt konnte im Rahmen eines Koordinierungstreffens bei Eurojust beigelegt werden. Die Behörden Belgiens und des Vereinigten Königreichs konnten sich darauf einigen, dass alle Verdächtigen im Vereinigten Königreich strafrechtlich verfolgt werden sollten.

Nach der Festnahme der Verdächtigen wurde eine Vereinbarung über eine gemeinsame Ermittlungsgruppe unterzeichnet, durch die die Behörden in Belgien und im Vereinigten Königreich auf einfache Weise Beweismittel weitergeben und schnell reagieren konnten, um die noch flüchtigen Verdächtigen festzunehmen. Der engen Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft und den Polizeibehörden des Vereinigten Königreichs, der belgischen Polizei und Eurojust ist es zu verdanken, dass die Beteiligten vor Gericht gestellt werden konnten.

Im Dezember 2012 wurden sechs Angeklagte zu insgesamt dreiundzwanzig Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Hinblick auf die Ergebnisse der gewünschten Unterstützung und des Ausgangs des Falls, weshalb sich wiederum die Maßnahmen von Eurojust oder die Arbeitsweise einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe nur schwer beurteilen lassen.

Eurojust leistet Hilfe bei der Koordinierung von Zwangsmaßnahmen wie Durchsuchungsanordnungen und Haftbefehlen sowie bei der Herstellung direkter Kontakte zwischen den sowohl an bilateralen als auch an multilateralen Fällen beteiligten nationalen Behörden. Eurojust bietet einen offenen Kommunikationskanal und spielt eine wichtige Rolle als Vermittler, indem es unter anderem bei der Vermeidung von Kompetenzkonflikten hilft. Dank seines raschen Eingreifens können Rechtshilfeersuchen unter Umständen sofort erledigt werden.

Eurojust fördert den Austausch von fallbezogenen Informationen mit Hilfe von Koordinierungstreffen und durch die Finanzierung und Förderung der Einrichtung und der Tätigkeit gemeinsamer Ermittlungsgruppen; beide Instrumente haben sich bei komplexen Fällen als äußerst wirksam erwiesen.

Koordinierungstreffen

2012 führte Eurojust Koordinierungstreffen im Zusammenhang mit 194 Fällen durch. Dieser Mechanismus erwies sich erneut als wertvoll für nationale Behörden in Fällen, an denen andere Mitgliedstaaten oder Drittstaaten beteiligt waren. Koordinierungstreffen werden aus einer Reihe von Gründen anberaumt; ein wichtiger Grund ist der Informationsaustausch zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten. Der größte Vorteil des Informationsaustauschs liegt darin, dass er den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eröffnet, Ermittlungen einzuleiten, von möglichen Parallelermittlungen in anderen Mitgliedsstaaten zu erfahren, Beweismittel auszutauschen, Sprachbarrieren zu überwinden und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen.

Ein Koordinierungstreffen kann auch einberufen werden, um die Erledigung von Rechtshilfeersuchen zu erleichtern und/oder zu koordinieren und damit beispielsweise das Aufspüren und Sicherstellen von Geldern zu vereinfachen. Bei anderen Koordinierungstreffen kann ein Drittstaat um Unterstützung ersucht, können laufende Ermittlungen koordiniert oder kann eine gemeinsame Strategie für Ermittlungen in teilnehmenden Staaten festgelegt werden. Mitunter mag das Ziel auch darin bestehen, sich auf eine konkrete Arbeitsteilung zwischen den teilnehmen-

den nationalen Behörden zu einigen oder sich darauf zu verständigen, welche nationalen Behörden für die Strafverfolgung der betreffenden Straftaten am besten geeignet sind.

Ein wichtiges Merkmal von Koordinierungstreffen, das 2012 häufig zum Tragen kam, besteht darin, dass Staaten die Möglichkeit zur Planung gemeinsamer Aktionen und zur Bildung gemeinsamer Ermittlungsgruppen eröffnet wird. Neben den Behörden aus Mitgliedstaaten können gegebenenfalls auch Vertreter von Drittstaaten und EU-Einrichtungen wie Europol und OLAF an Koordinierungstreffen teilnehmen. 2012 waren Drittstaaten bei 49, Europol bei 85 und OLAF bei fünf Koordinierungstreffen vertreten.

Koordinierungszentren

Ein Koordinierungszentrum gewährleistet in Echtzeit die Übermittlung und Koordinierung von Informationen zwischen Behörden während eines gemeinsamen Aktionstages bei Festnahmen, Durchsuchungen und Zeugenvernehmungen.

Ein Koordinierungszentrum ermöglicht nicht nur die Koordinierung auf justizieller Ebene bei der Vollstreckung von EuHb, der Erledigung von Rechtshilfeersuchen und der Vollstreckung von Sicherstellungsentscheidungen, sondern unterstützt auch die Entscheidungsfindung vor Ort und erleichtert das unverzügliche Reagieren nationaler Justizbehörden auf neue, vom Koordinierungszentrum vorgelegte Fakten. Die 2011 als neues Instrument bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität auf EU-Ebene eingeführten Koordinierungszentren wurden 2012 weiter ausgebaut und kamen verstärkt zum Einsatz.

Wie schon 2011 wurden bei Eurojust sieben Koordinierungszentren durchgeführt, und zwar von Frankreich (3), Finnland (1), Italien (1), den Niederlanden (1) und dem Vereinigten Königreich (1). Sie befassten sich mit folgenden Straftaten: illegale Einwanderung (3), Menschenhandel (1), Drogenhandel (1), Kinderpornographie (1) und Steuerbetrug in Verbindung mit dem Handel mit Düngemittel (1).

Drei Koordinierungszentren wurden in Fällen eingerichtet, in denen bereits eine gemeinsame Ermittlungsgruppe tätig war. Im Rahmen der bereits bestehenden gemeinsamen Ermittlungsgruppe unterstützte das Koordinierungszentrum die Koordinierung zwischen den teilnehmenden Behörden aus verschiedenen Mitgliedstaaten, beseitigte Informati-

Die französischen Behörden legten bei Eurojust einen Fall an, in dem es um eine albanische organisierte kriminelle Vereinigung ging, die zwischen den Niederlanden, Frankreich und Albanien mit Heroin und Kokain handelte. Diese Vereinigung verfügte über Kontakte in Belgien und anderen Ländern auf der Route von Frankreich nach Albanien (Italien, Schweiz, Spanien und möglicherweise Griechenland). Ersuchen um grenzüberschreitende Observation ergingen und wurden erledigt.

Eurojust war Gastgeber dreier Koordinierungstreffen, auf denen Informationen ausgetauscht, die Vollstreckung der Observationersuchen koordiniert und eventuelle Fragen im Zusammenhang mit dem Grundsatz *ne bis in idem* erörtert wurden. Im Ergebnis wurde ein gemeinsamer Aktionstag in den Niederlanden, Belgien, Frankreich und der Schweiz vereinbart. Dank dieser gemeinsamen Bemühungen konnten die Ermittler einen anstehenden Transport illegaler Drogen von den Niederlanden nach Frankreich aufdecken.

Im März 2012 fand bei Eurojust ein Koordinierungstreffen statt, mit dem ein reibungsloser Informationsaustausch während des Aktionstages mit analytischer Unterstützung durch Europol gewährleistet werden sollte. An dem Drogenhandel beteiligte Personen wurden festgenommen und die Drogen beschlagnahmt. Dieser gemeinsame Aktionstag war der Auslöser für anschließende Strafverfolgungsmaßnahmen, in deren Rahmen 17 Festnahmen und mehrere Hausdurchsuchungen in Frankreich und den Niederlanden erfolgten und 12 kg Heroin beschlagnahmt wurden.

Die italienischen Behörden hatten schon seit rund einem Jahr in engem Kontakt mit der französischen und der niederländischen Polizei dieselbe Vereinigung im Visier und führten im Mai 2012 auf italienischem Hoheitsgebiet eine Maßnahme gegen sie durch. Nach dieser Maßnahme konnten 13 EuHb vollstreckt und 15 kg Kokain sowie 4 kg Heroin beschlagnahmt werden.

Die schnelle und flexible Organisation dieser Vereinigung machte einen intensiven Informationsaustausch zwischen den zuständigen nationalen Behörden und hier vor allem zwischen den Ermittlungsbehörden in den beteiligten Ländern erforderlich. Dieser Informationsaustausch rund um die Uhr über ungefähr zwei Wochen wurde durch Eurojust ermöglicht.

onslücken und förderte die Koordinierung zwischen den nationalen Behörden auch in den Fällen, in denen im Rahmen einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe bereits eine Koordinierung gegeben war.

Die Zusammenarbeit mit Dritten wie Europol wurde ausgebaut. Europol nahm an sechs von sieben Koordinierungszentren teil und unterstützte die gleichzeitig ablaufenden Aktionen durch den Abgleich, die Auswertung und Verknüpfung neuer Daten, die an das Koordinierungszentrum übermittelt wurden. Auch die Schweiz und Interpol brachten sich 2012 aktiv in die Koordinierungszentren von Eurojust ein.

Artikel 6 und 7 des Eurojust-Beschlusses

Gemäß Artikel 6 und 7 des Eurojust-Beschlusses dürfen nationale Mitglieder und das Kollegium gegenüber zuständigen nationalen Behörden Empfehlungen für die Fallarbeit aussprechen. Diese Empfeh-

lungen illustrieren den kontinuierlichen, täglichen Dialog zwischen den Mitgliedern des Kollegiums und ihren jeweiligen nationalen Behörden über Fragen der operativen Fallarbeit, und häufig sind sie das Ergebnis von Informationen aus einem Rechtshilfeersuchen oder Koordinierungstreffen oder auch informellen Gesprächen mit nationalen Behörden. Koordinierungstreffen gehören zu den am häufigsten verwendeten Instrumenten.

In der Regel sind diese Empfehlungen informeller Art. Die nachstehend genannten Zahlen bieten daher keinen vollständigen Überblick über die formulierten Empfehlungen, weil sie sich nur auf Fälle beziehen, in denen nach dem Recht eines Mitgliedstaats ein bestimmtes Prüfungsschema erforderlich ist.

Im Verlauf des Jahres 2012 wurden neun offizielle Empfehlungen gemäß Artikel 6 des Eurojust-Beschlusses vermerkt, die sämtlich von den nationalen Behörden aufgegriffen wurden.

Ersuchen, zu bestimmten Tatbeständen Ermittlungen zu führen oder die Strafverfolgung aufzunehmen – Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz i

Der italienische Tisch bei Eurojust stellte zwei Ersuchen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz i.

Ersuchen an zuständige Behörden, sich damit einverstanden zu erklären, dass eine andere zuständige Behörde gegebenenfalls besser in der Lage ist, zu bestimmten Tatbeständen Ermittlungen zu führen oder die Strafverfolgung aufzunehmen – Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz ii

Der spanische Tisch stellte zwei Ersuchen gemäß dieser Bestimmung.

Ersuchen an zuständige Behörden, eine Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten vorzunehmen – Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz iii

Ein Ersuchen wurde gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz iii gestellt. Der spanische Tisch ersuchte um ein Koordinierungstreffen mit den belgischen Behörden, um ein Problem bei der Vermögensabschöpfung in einem Fall von organisierter Kriminalität und Geldwäsche zu erörtern.

Ersuchen eines nationalen Mitglieds, ihm alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, damit es seine Aufgaben wahrnehmen kann – Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz v, und Ersuchen, alle sonstigen im Hinblick auf die Ermittlung oder Strafverfolgung gerechtfertigten Maßnahmen zu ergreifen – Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz vii

Gestützt auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz v und vii wurden drei Ersuchen gestellt. Die spanischen Behörden wurden um Informationen und andere Ermittlungsmaßnahmen (Anhörung von Beschuldigten und Zeugen) in einem belgischen Fall von Betrug und Euro-Fälschung ersucht.

Ersuchen, besondere Ermittlungsmaßnahmen zu ergreifen – Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz vi

Die spanischen Behörden wurden in einem Fall von Betrug, Fälschung und Geldwäsche gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a Unterabsatz i um die Durchführung von Hausdurchsuchungen und die Einleitung von Ermittlungen ersucht.

Rechtshilfeübereinkommen

Zu den beiden am häufigsten für die justizielle Zusammenarbeit in der Europäischen Union verwendeten Instrumenten gehören das Rechtshilfeübereinkommen und das Europäische Übereinkommen des Europarates von 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen mit seinen Protokollen (Übereinkommen von 1959). Generell wird ihre Anwendung als positiv und wirksam beurteilt.

Schwierigkeiten treten weiterhin auf, weil nicht alle Mitgliedstaaten das Rechtshilfeübereinkommen ratifiziert haben. Diese Tatsache stellt allerdings nicht unbedingt ein Hindernis beispielsweise für die Einrichtung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe dar, wenn der betreffende Mitgliedstaat den Rahmenbeschluss über gemeinsame Ermittlungsgruppen umgesetzt hat, und auch nicht für die Durchführung einer Vernehmung per Videokonferenz, die auch gestützt auf das Übereinkommen von 1959 oder auf den Grundsatz der Gegenseitigkeit stattfinden kann oder dann erfolgen kann, wenn das innerstaatliche Recht dessen ungeachtet derartige Maßnahmen zulässt.

Nach wie vor bestehen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Telekommunikationsüberwachung und grenzüberschreitenden Observationen, unzureichender oder unangemessener Nutzung des Instruments des spontanen Informationsaustauschs und fehlenden Fristangaben in Eilersuchen; hier sind Verbesserungen möglich.

Praktische Probleme können auftreten, wenn Rechtshilfeersuchen nicht dem geforderten Detailgrad im vollstreckenden Staat entsprechen; daraus könnten Unsicherheiten und möglicherweise die Nicht-Erledigung von Ersuchen resultieren. Probleme bestehen nach wie vor auch im Hinblick auf mangelnde oder verzögerte Rückmeldung oder Informationsweitergabe durch den ersuchten Mitgliedstaat über Fortschritte bei der Erledigung von Rechtshilfeersuchen. Besonders problematisch ist dies in dringenden Fällen, in denen Beschuldigte in Untersuchungshaft sind, oder wenn die Nutzung anderer Kanäle innerhalb der Frist unter Umständen nicht zu Ergebnissen führt. Eurojust wurde von nationalen Behörden aufgefordert, in derartigen Fällen informelle Kontakte zu fördern, die häufig das Verfahren erheblich beschleunigen. Nationalen Staatsanwälten wurde für die Praxis empfohlen, bei dringenden Rechtshilfeersuchen die im eigenen Land geltenden Fristen und den gewünschten Zeitraum für die Erledigung des Ersuchens anzugeben.

Fragen in Bezug auf die Sammlung und Zulässigkeit von Beweismitteln

Wie sich schon 2011 zeigte, bereiten die unterschiedlichen Bestimmungen hinsichtlich Sammlung, Zulässigkeit und Offenlegung von Beweismitteln weiterhin Schwierigkeiten bei der wirksamen Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität. Unterschiede in den Vorschriften über die Vorratsdatenspeicherung, insbesondere in Fällen von Cyberkriminalität und bei anderen Straftaten, bei denen Beschuldigte sich mit Telekommunikationsmitteln verständigen, haben zunehmend Probleme hervorgerufen. In derartigen Fällen spielt der Zeitfaktor eine entscheidende Rolle, insbesondere in Mitgliedstaaten mit sehr kurzen Fristen für die Datenspeicherung.

Auch die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über die Erhebung von Beweismitteln variieren. Dieser Zustand, der Kenntnis der betreffenden Rechtsordnungen verlangt, macht die Unterstützung durch Eurojust besonders wertvoll. In einem Fall, in den ein slowenischer Staatsangehöriger verwickelt war, trug die Verteidigung vor, die bei einer internationalen Operation in Deutschland zur Identifizierung des Täters gesammelten Beweismittel entsprächen nicht dem deutschen Recht und seien daher vor dem slowenischen Gericht nicht zulässig. Eurojust konnte mit Erfolg die slowenischen Justizbehörden bei der Einholung von Informationen über die in Deutschland geltende Strafprozessordnung unterstützen. Ein direkter Informationsaustausch und Diskussionen über die verschiedenen Rechtsordnungen bei Koordinierungstreffen vermeiden häufig Schwierigkeiten und tragen zur Lösung von Problemen in Bezug auf die Sammlung und Zulässigkeit von Beweismitteln bei, und zwar auch in gemeinsamen Ermittlungsgruppen.

Die Bereitstellung der einzelstaatlichen Bestimmungen hinsichtlich Sammlung und Zulässigkeit von Beweismitteln an andere Mitgliedstaaten hat zum Wissensaustausch und zur Vermeidung von Hindernissen beigetragen. Eurojust stellt gerne seine besonderen Fachkenntnisse über bewährte Vorgehensweisen in diesem Bereich zur Verfügung.

Bei der Einrichtung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen hat sich die von Eurojust entwickelte Vorgehensweise bewährt, in die JIT-Vereinbarung Klauseln über die Zulässigkeit von Beweismitteln und über Offenlegungspflichten aufzunehmen; damit lassen sich Probleme in späteren Phasen vermeiden.

Mit der Annahme einer Richtlinie zur Europäischen Ermittlungsanordnung in der Zukunft ließen sich

derartige Schwierigkeiten möglicherweise leichter ausräumen.

Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten

Nur in sehr wenigen Fällen hat Eurojust von seiner Befugnis Gebrauch gemacht, mit Empfehlungen positive oder negative Kompetenzkonflikte zu vermeiden und beizulegen.

Häufig kommt es vor, dass zwei oder mehr Mitgliedstaaten nach ihrem innerstaatlichen Recht für einen Fall zuständig sind; die allermeisten Fälle lassen sich jedoch mit Unterstützung durch Eurojust und ohne dass ein förmliches Ersuchen an die beteiligten Mitgliedstaaten registriert worden wäre, beilegen. Die Koordinierungstreffen haben sich in diesem Zusammenhang als äußerst nützliches Instrument erwiesen, weil sie frühzeitige Erörterungen und Vereinbarungen zwischen den an Parallelermittlungen beteiligten zuständigen Behörden ermöglichen. Gelegentlich erwiesen sich fehlende Informationen als Hindernis bei der Vermeidung von Kompetenzkonflikten. Die Abklärung des Geltungsbereichs von miteinander in Verbindung stehenden Ermittlungen und eine rechtzeitige Vorbereitung und Analyse im Vorfeld von Koordinierungstreffen haben sich bewährt.

Die Rolle von Eurojust bei der Vermeidung von Kompetenzkonflikten liegt überwiegend in der Förderung des frühzeitigen informellen Meinungsaustauschs. Eine umfassende Einführung in die Thematik enthalten die *Guidelines for deciding „Which jurisdiction should prosecute?“* (Leitlinien für die Entscheidung, welche Gerichtsbarkeit die Strafverfolgung übernehmen sollte), die im Eurojust-Jahresbericht 2003 zu finden sind.

Eurojust war auch mit Fällen negativer Kompetenzkonflikte befasst, in denen sich kein Mitgliedstaat für die Ermittlung und/oder Strafverfolgung empfohlen hatte. Im Juli 2012 nahm das Kollegium die *Guidelines for the Application of Article 7(2) and (3) of the Eurojust Decision* (Leitlinien für die Anwendung von Artikel 7 Absätze 2 und 3 des Eurojust-Beschlusses) an, in denen die internen Verwaltungsverfahren bei der Beilegung von Kompetenzkonflikten und bei wiederkehrenden Ablehnungen oder Schwierigkeiten bei der Erledigung von Rechtshilfersuchen beschrieben und auch Instrumente zur Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung dargestellt werden.

Eine in Bulgarien und Spanien ansässige organisierte kriminelle Vereinigung zwang Opfer, mit meist bulgarischer Staatsangehörigkeit, zur Prostitution in Spanien. Der bulgarische Zweig dieser Vereinigung rekrutierte die Opfer in benachteiligten Bevölkerungsgruppen und bot ihnen Arbeitsmöglichkeiten im Ausland an. Die Opfer wurden nach Spanien gebracht und mussten ihre Pässe abgeben. Der spanische Zweig dieser Vereinigung zwang die Opfer mit Drohungen und physischer Gewalt zur Ausübung der Prostitution in Spanien.

Die Ermittlungen wurden aufgenommen, nachdem eines der Opfer in die bulgarische Botschaft in Madrid fliehen konnte, die sofort die spanischen Behörden kontaktierte. Diese leiteten eine Ermittlung ein, die schließlich zur Auflösung der Vereinigung in Spanien führte. Nach Einleitung der Ermittlungsverfahren in beiden Ländern stellten beide Länder Rechtshilfeersuchen. Um bei der Koordinierung dieser Aktivitäten Unterstützung zu leisten registrierte der spanische Tisch einen Fall bei Eurojust.

Eurojust hielt ein Koordinierungstreffen ab, bei dem beide Länder direkt miteinander den Stand ihrer Ermittlungen austauschen konnten. Im Verlauf dieser Sitzung erzielten sie eine Einigung in mehreren wichtigen Punkten. Erstens sicherten beide Länder eine schnelle Erledigung der anhängigen Ersuchen zu. Zweitens wurde eine mögliche *ne bis in idem*-Situation durch genaue Abgrenzung der innerstaatlichen Verfahren vermieden. Bulgarien konzentrierte sich auf die Verfolgung von Geldwäscheaktivitäten, und Spanien unterstützte dies mit der Bereitstellung von Beweismitteln bezüglich des organisierten Charakters der Vereinigung, gegen die ermittelt wurde. Spanien stellte in den Mittelpunkt seiner Ermittlungen die Beschuldigungen wegen Menschenhandel und sexueller Ausbeutung, Bulgarien wiederum vernahm auf seinem Hoheitsgebiet ansässige Zeugen. Bulgarien nahm ferner die Familie eines der Opfer in Spanien in ein Zeugenschutzprogramm auf.

Die Beteiligung von Eurojust trug erheblich zu einer soliden Grundlage für den Fortgang der Strafverfolgungsmaßnahmen in den beiden Ländern bei.

Übertragung der Strafverfolgung

Die meisten Mitgliedstaaten wandten auch weiterhin das Europäische Übereinkommen über die Übertragung der Strafverfolgung in Strafsachen von 1972 oder das Übereinkommen von 1959 (Artikel 21) in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 1 letzter Unterabsatz des Rechtshilfeübereinkommens an. Einige Mitgliedstaaten zogen auch das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Artikel 21) heran. Die Nutzung dieser verschiedenen Rechtsinstrumente kann zu Schwierigkeiten führen, aufgrund derer die nationalen Behörden sich dann an Eurojust wenden.

Eurojust konnte in diesen Fällen durch die Herstellung informeller Kontakte zwischen Mitgliedstaaten und die informelle Prüfung der Wahrscheinlichkeit der Übertragung im Vorfeld eines amtlichen Ersuchens Unterstützung leisten. Gelegentlich wird die Übertragung der Strafverfolgung bei einem Koordinierungstreffen als Bestandteil einer Vereinbarung über die Zuständigkeit für die Strafverfolgung vereinbart, wobei die tatsächliche Übertragung gegebenenfalls durch die Ausstellung und Vollstreckung von EuHb und Rechtshilfeersuchen erfolgt.

Das Übertragen von Verfahren kann aus verschiedenen Gründen schwierig sein. So muss unter anderem das zusammengetragene Beweismaterial vor dem Gericht des ersuchten Mitgliedstaats zulässig sein (siehe weiter oben den Abschnitt *Fragen in Bezug auf die Sammlung und Zulässigkeit von Beweismitteln*), und es muss erwiesen sein, dass der ersuchte Mitgliedstaat ein klares Interesse an der Übernahme der Strafverfolgung hat. Wird um die Übertragung von dem Mitgliedstaat ersucht, der die Strafverfolgung übernehmen möchte, treten gelegentlich Schwierigkeiten auf, wenn das Risiko besteht, dass die Übertragung eine damit in Zusammenhang stehende laufende Ermittlung im ersuchten Mitgliedstaat gefährden könnte.

Schwierigkeiten ergeben sich auch aus unterschiedlichen materiellen und formellen Regelungen. Bevor von den nationalen Behörden eine Entscheidung getroffen werden kann, muss die gesamte Akte übersetzt werden, die nationalen Tische bei Eurojust können nur eine erste Bewertung anhand einer vorab bereitgestellten Zusammenfassung des Falls vornehmen.

Austausch von Informationen aus den Strafregistern

Beim Austausch von Informationen aus den Strafregistern ergaben sich für Eurojust keine größeren Schwierigkeiten, und wenn solche auftraten, waren sie tendenziell eher praktischer Art.

In Mitgliedstaaten, in denen das Europäische Strafregisterinformationssystem (ECRIS) noch nicht genutzt wird, werden Ersuchen um den Austausch von Strafregisterausügen mitunter unter Anwendung der Rechtshilfeübereinkommen erledigt. Probleme können auftreten, wenn nationale Tische keinen Zugriff auf Strafregister haben oder wenn die Register bei unterschiedlichen nationalen Behörden (z. B. Polizei und Justizbehörden) geführt werden und es keine zentrale Strafregisterdatenbank gibt. In dringenden Fällen konnte Eurojust bei der Beschaffung von Strafregisterausügen behilflich sein.

Unterschiedliche Definitionen von Straftatbeständen in den Mitgliedstaaten haben gelegentlich Schwierigkeiten bereitet und zu Unklarheit darüber geführt, welche Straftat tatsächlich gemeint war. In Verbindung hiermit stehen Fragen wie der im Strafregister enthaltene Umfang an Informationen, der für einige Mitgliedstaaten nach ihrem innerstaatlichen Recht als unzureichend gilt, hieraus ergeben sich Verzögerungen, weil erst das Ersuchen um zusätzliche Informationen erledigt werden muss.

In eingehenden Strafregisterausügen wird mitunter auf Rechtsvorschriften verwiesen, ohne dass der Straftatbestand genau beschrieben wird. In solchen Fällen bittet der ersuchende Mitgliedstaat häufig Eurojust um Unterstützung bei der Beschaffung der einschlägigen Rechtsvorschrift, um hier Klarheit zu schaffen.

Zu Komplikationen und Verzögerungen kommt es, wenn Richter in bestimmten Mitgliedstaaten eine Kopie des vollständigen Originalurteils und dessen Übersetzung anfordern; häufig ist ein Rechtshilfeersuchen erforderlich, damit eine Kopie des Urteils übermittelt wird, weil der Strafregisterauszug nicht ausreicht (für Urteilszwecke).

Weitere Schwierigkeiten können auftreten, wenn eine Person, die in einem Mitgliedstaat strafrechtlich verfolgt wird, angibt, in einem anderen Mitgliedstaat wegen derselben Straftat bereits verurteilt worden zu sein. Es kann vorkommen, dass ein Mitgliedstaat diese Behauptung aufgrund abweichender innerstaatlicher Normen für die Feststellung der Identität

einer Person und damit nicht korrekter Erfassung der Angaben zu dieser Person nicht bestätigen kann.

Europäische Haftbefehle

2012 wurden bei Eurojust 259 EuHb-Fälle registriert; das entsprach 16,8 % aller Eurojust-Fälle. In den allermeisten Fällen (252) ging es um Unterstützung bei der Vollstreckung von EuHb. Dem Trend der Vorjahre folgend wurden die meisten Ersuchen vom polnischen Tisch gestellt, gefolgt vom belgischen und schwedischen Tisch.

Beim spanischen Tisch gingen die meisten Ersuchen ein, gefolgt vom deutschen und polnischen Tisch.

Das Kollegium befasste sich auch mit zwei allgemeineren Themen, die die Anwendung des EuHb betrafen. Beim ersten ging es darum, Informationen darüber zu sammeln, ob eine Behörde, die nicht befugt ist, innerstaatliche Haftbefehle auszustellen, in dem Mitgliedstaat EuHb ausstellen darf, und ob die Behörden/Gerichte des Mitgliedstaats die Vollstreckung eines EuHb abgelehnt haben, weil die ausstellende Behörde nicht befugt ist, innerstaatliche Haftbefehle auszustellen.

Das zweite Thema betraf die Frage, ob seit Einführung des EuHb ein Mitgliedstaat die Übergabe einer Person mit dem Argument abgelehnt hat, dass das Justizministerium des erlassenden Staates von den Behörden des vollstreckenden Mitgliedstaats nicht als „Justizbehörde“ gemäß Artikel 6 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI über den Europäischen Haftbefehl (EuHb-Rahmenbeschluss) angesehen wird.

Fälle betreffend Mehrfachersuchen

Gemäß Artikel 16 Absatz 2 des EuHb-Rahmenbeschlusses kann die vollstreckende Justizbehörde Eurojust um Stellungnahme dazu ersuchen, welcher der von zwei oder mehr Staaten erlassenen Europäischen Haftbefehle gegen eine Person vollstreckt werden soll. Die Zahl der Fälle, in denen Eurojust offiziell um eine Stellungnahme ersucht wurde, stieg von vier im Jahr 2011 auf sechs im Jahr 2012. Immer wieder wird in Verhandlungen oder im direkten Kontakt mit den betroffenen Behörden das Fachwissen von Eurojust in diesem Bereich gesucht und in Koordinierungstreffen bereitgestellt.

In allen sechs vorstehend angeführten Fällen leistete Eurojust Unterstützung, indem es einen Konsens

Im Verlauf der Vollstreckung von drei griechischen EuHb gegen einen schwedischen Staatsangehörigen ging bei den belgischen Behörden ein weiterer EuHb ein, der von den zyprischen Behörden gegen dieselbe Person erlassen worden war. In Anbetracht des neuen Ersuchens waren die Behörden gezwungen, die Vollstreckung der griechischen EuHb auszusetzen, die vom belgischen Berufungsgericht bereits für zulässig erklärt worden waren.

Der belgische Staatsanwalt ersuchte Eurojust um Beratung in der Frage, an welchen Mitgliedstaat die Person übergeben werden sollte. Der belgische Tisch konsultierte sowohl den griechischen als auch den zyprischen Tisch zu den rechtlichen Möglichkeiten, wie etwa der Übergabe der Person an den anderen Mitgliedstaat im Verlauf der Ermittlung, Strafverfolgung oder Vollstreckung von Urteilen. Der belgische Tisch befragte ferner die teilnehmenden Mitgliedstaaten zu den Meinungen der betroffenen innerstaatlichen Behörden.

Unter Berücksichtigung der erhaltenen Informationen riet der belgische Tisch dazu, die Person an Griechenland zu übergeben. Die belgischen Behörden stimmten diesem Rat zu. Nach Annahme eines weiteren, vierten griechischen EuHb wurde die betreffende Person an Griechenland übergeben, das wiederum die Vollstreckung des zyprischen EuHb gewährleistete. Dank der Unterstützung durch Eurojust konnten die drei betroffenen Mitgliedstaaten die Erledigung der Ersuchen schnell und effizient abstimmen.

zwischen den betroffenen Mitgliedstaaten in der Frage herbeiführte, welchem EuHb Vorrang eingeräumt werden soll, und indem es bei Bedarf Regelungen für die Übergabe oder vorübergehende Übergabe der gesuchten Person vorsah. In allen sechs Fällen wurde dem Rat von Eurojust gefolgt. Die im Juni 2011 von Eurojust angenommenen *Leitlinien für das interne Vorgehen hinsichtlich der Erteilung der Stellungnahme durch Eurojust im Falle konkurrierender Europäischer Haftbefehle* wurden angewandt. In einem Fall wurde in einem Koordinierungstreffen eine Einigung über die Priorität erzielt, und das in der Sache entscheidende innerstaatliche Gericht folgte dem Rat von Eurojust und zitierte in seinem Urteil die bei Eurojust während des Koordinierungstreffens herbeigeführte Einigung.

Fälle betreffend Fristverletzungen

Kann ein Mitgliedstaat in Ausnahmefällen die in Artikel 17 des EuHb-Rahmenbeschlusses vorgesehenen Fristen nicht einhalten, setzt er Eurojust von diesem Umstand und von den Gründen für die Verzögerung in Kenntnis. 2012 wurden bei Eurojust 94 Fristverletzungen registriert. In zwei dieser Fälle war ein weiteres Tätigwerden erforderlich. Wie schon in den Vorjahren meldete Irland die meisten Fristverletzungen. Weitere Fälle wurden von der Tschechischen Republik, Bulgarien, Slowenien und Spanien gemeldet. Wie bereits in den Vorjahren festgestellt wurde, geht aus den EU-Statistiken hervor, dass es mehr Fälle von

Fristverletzungen gibt, als bei Eurojust registriert werden.

In einem Fall, der die Auslegung von Artikel 28 Absatz 2 des EuHb-Rahmenbeschlusses zum Gegenstand hatte, erging am 28. Juni 2012 ein Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (C-192/12). Die finnische, mit dem EuHb-Verfahren befasste Staatsanwaltschaft ersuchte das Vereinigte Königreich über Eurojust um Informationen dazu, wie das Verfahren beschleunigt werden kann, falls für die Übergabe der gesuchten Person von Finnland an Frankreich die Zustimmung des Vereinigten Königreichs erforderlich sein sollte. Unter Einbeziehung von Eurojust sollte verhindert werden, dass Finnland möglicherweise die Fristen gemäß Artikel 17 des EuHb-Rahmenbeschlusses nicht einhält. Eurojust konnte rechtzeitig die erforderliche Unterstützung leisten.

Hauptursachen für Verzögerungen bei der Vollstreckung von EuHb waren die Länge von Berufungsverfahren, Ersuchen um zusätzliche Auskünfte, das Untertauchen von gegen Kautions auf freien Fuß gesetzten Personen und die hohe Anzahl der zu vollstreckenden EuHb.

Probleme bei der praktischen Anwendung des EuHb

Eurojust spielte auch weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Erleichterung des Informationsaustauschs, bei der Klarstellung der Anforderungen sowohl der

ausstellenden als auch der vollstreckenden Behörden und ganz allgemein bei der Beschleunigung der Vollstreckung von EuHb. Bei eiligen Fällen erwies sich die Unterstützung durch Eurojust als besonders wichtig. In einem Fall konnte die Unterstützung am Rande einer Plenarsitzung des Kollegiums gewährt werden, in einem anderen konnte Eurojust über den Koordinierungsdauerdienst (OCC) Rat und Hilfe bieten und so zu einer rechtzeitigen Übergabe beitragen.

Am 16. Oktober 2012 traten die zwischen den nordischen Ländern (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden) geltenden Übergabeverfahren des Nordischen Haftbefehls in Kraft; dadurch wird bei Übergabeverfahren zwischen Finnland, Dänemark und Schweden künftig eher der Nordische Haftbefehl als der EuHb-Rahmenbeschluss zum Tragen kommen. Bisher liegen keine Erfahrungsberichte vor.

Die Praktiker stehen bei der Vollstreckung von EuHb auch weiterhin vor praktischen und rechtlichen Problemen. Bei seiner Fallarbeit ist Eurojust auf folgende Probleme gestoßen:

- ▶ mangelhafte Qualität der Übersetzung des EuHb;
- ▶ Verzögerungen aufgrund unzureichender oder unangemessener Angaben im EuHb in folgender Hinsicht: i) Sachverhaltsdarstellung einschließlich der Verbindung zwischen der gesuchten Person und der Straftat, ii) Darstellung der Straftatbestände, iii) verhängtes oder vorgesehenes Strafmaß für alle oder einige der Straftatbestände oder iv) Zusammenfassung aller Strafmaße zu einem endgültigen Strafmaß nach der Vollstreckung eines für die Vollstreckung mehrerer Urteile ausgestellten EuHb;
- ▶ schleppende Kommunikation zwischen zuständigen Behörden;
- ▶ Verzögerungen aufgrund von Transitgenehmigungsverfahren, weil die Mitgliedstaaten in diesen Verfahren unterschiedliche Verfahrensregeln und Fristen haben;
- ▶ Fälle, in denen über Eurojust vor einer EuHb-Anhörung sehr kurzfristig das Original oder eine beglaubigte Abschrift des übersetzten EuHb angefordert wird;
- ▶ Verzögerungen in Fällen, in denen Sicherheiten im Zusammenhang mit der Übergabe von Bürgern des eigenen Landes verlangt werden und die für die Ausstellung der Sicherheiten zuständige

Behörde (Justizministerium) nicht die Behörde (Staatsanwaltschaft) ist, die für die Ausstellung des EuHb zuständig ist und nähere Auskünfte hierzu geben kann;

- ▶ verzögerte Bereitstellung der Angaben gemäß Artikel 26 Absatz 2 des EuHb-Rahmenbeschlusses durch die vollstreckenden Justizbehörden, dies birgt das Risiko, dass die gesuchte Person länger in Haft bleibt, als es in den anwendbaren Rechtsvorschriften des Ausstellungsmitgliedstaats vorgesehen ist;
- ▶ rechtliche Probleme im Zusammenhang mit der Frage, ob ein Justizministerium als Justizbehörde im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 des EuHb-Rahmenbeschlusses gilt und damit zur Ausstellung von EuHb befugt ist;
- ▶ Fragen der Verhältnismäßigkeit im Vollstreckungsmitgliedstaat im Zusammenhang mit dem Legalitätsprinzip im Ausstellungsmitgliedstaat, wodurch zu viele EuHb ausgestellt werden und es zunehmend zu Schwierigkeiten in Fällen kommt, in denen dem Erfordernis beidseitiger Strafbarkeit nicht Genüge getan wird (Artikel 2 Absatz 2 des EuHb-Rahmenbeschlusses);
- ▶ bei Übergaben entstehende Kosten;
- ▶ Verzögerungen bei der Erlangung der Zustimmung zur Strafverfolgung wegen zusätzlicher Straftaten (Grundsatz der Spezialität, Artikel 27 des EuHb-Rahmenbeschlusses);
- ▶ unterschiedliche Ansätze bezüglich Verurteilungen in Abwesenheit und des Rechts auf Wiederaufnahme des Verfahrens, weil nicht alle Mitgliedstaaten den Rahmenbeschluss 2009/299/JI des Rates zur Änderung des Rahmenbeschlusses über den EuHb hinsichtlich des Rechts auf Wiederaufnahme des Verfahrens umgesetzt haben;
- ▶ Verwendung verschiedener Kanäle zur Übermittlung des EuHb (Antrag auf Zusatzinformationen bei der nationalen Eingangsstelle (SIRENE), Interpol, Verbindungsrichter, Europäisches Justizielles Netz (EJN) und Eurojust), ohne Mitteilung darüber, dass er über einen bestimmten Kanal übermittelt wird;
- ▶ Fälle, in denen die Person, deren Übergabe angeordnet worden war, gegen Kaution freigelassen wurde, dann aber nicht wie angeordnet erschien;

- Mehrfach-EuHb, ausgestellt von verschiedenen Behörden innerhalb ein- und desselben Mitgliedsstaats, schaffen Unsicherheit in der Frage, welcher EuHb Grundlage für die Übergabe ist.

Sicherstellungsentscheidungen

Auch wenn die meisten Mitgliedstaaten den Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union (Rahmenbeschluss von 2003) umgesetzt haben, wird dieses Instrument noch nicht in großem Umfang genutzt. Dies hat zur Folge, dass Justizbehörden, die die Sicherstellungsentscheidung umsetzen und den Nutzen der darin festgelegten knappen Fristen anerkennen, auf Behörden in anderen Mitgliedstaaten treffen, die sich mit diesem Instrument nicht auskennen oder es nicht anwenden können. Diese verlassen sich lieber auf herkömmliche Rechtshilfeersuchen gemäß den Rechtshilfeübereinkommen und dem Übereinkommen von 1959 sowie auf das Übereinkommen des Europarates über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten von 1990, das auch Ersuchen um die Ermittlung, Sicherstellung und Einziehung von Vermögensgegenständen enthalten kann.

Die Fallarbeit von Eurojust im Jahr 2012 zeigt, dass dieser Zustand aus folgenden Gründen fortauern dürfte: i) beschränkter Geltungsbereich des Rahmenbeschlusses von 2003 (er ermächtigt nicht zur Ermittlung, Sicherstellung und Einziehung auf nur ein Ersuchen hin), ii) Schwierigkeiten bei der Verwendung einer Sicherstellungsentscheidung, wenn die sicherzustellenden Beweismittel den Ausstellungsbehörden zum Zeitpunkt der Abfassung des Ersuchens noch unbekannt waren und erst später ermittelt werden konnten und iii) die allgemein verbreitete Auffassung, dass der Rahmenbeschluss von 2003 zusätzliche aufwändige Formalitäten mit sich bringt.

Mitunter verursacht die gerichtliche Zuständigkeitsverteilung in einigen Mitgliedstaaten zusätzliche Schwierigkeiten wenn die Sicherstellungsentscheidungen Vermögensgegenstände betreffen, die unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen unterliegen.

Da es diesbezügliche zentrale innerstaatliche Register bzw. Datenbanken nicht gibt, führen parallele Sicherstellungsentscheidungen für dieselben Vermögensgegenstände teilweise zu Schwierigkeiten.

Die Tatsache, dass der Rahmenbeschluss von 2003 nicht einheitlich umgesetzt und angewandt wird, führt dazu, dass immer noch nicht von allen Mitgliedstaaten die Sicherstellung (und Einziehung) von Vermögensgegenständen in einer frühen Phase der Ermittlungen oder Strafverfolgung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität in Erwägung gezogen werden. Diese Situation spiegelt sich in der relativ kleinen Zahl von Ersuchen an Eurojust um Unterstützung bei der Vollstreckung von Sicherstellungsentscheidungen wieder.

Bei der Fallarbeit von Eurojust konnten folgende bewährte Vorgehensweisen herausgearbeitet werden: i) Erweiterung des ursprünglichen Sicherstellungsersuchens um ein Ersuchen um eine frühzeitige Veräußerung der Vermögensgegenstände vor der Einziehung (verderbliche, im Zeitverlauf an Wert verlierende oder hohe Verwaltungskosten verursachende Gegenstände), ii) frühzeitige Überlegungen zur Verwaltung von Vermögensgegenständen bis zu einer abschließenden Entscheidung und iii) Erinnerung innerstaatlicher Behörden an ihre Berichtspflichten gemäß dem Rahmenbeschluss von 2003. In einem Fall konnten mit der Unterstützung durch Eurojust an demselben Tag in einem Mitgliedsstaat Sicherstellungsentscheidungen vollstreckt und in einem anderen Mitgliedstaat mehrere Festnahmen und Durchsuchungen vorgenommen werden.

2012 befasste sich das Kollegium mit der Frage der Sammlung von Informationen über innerstaatliche Rechtsvorschriften in Bezug auf die Möglichkeit der Beschlagnahme von Vermögen in Zivilverfahren und der Frage, ob in diesem Fall der Rahmenbeschluss von 2003 anzuwenden wäre. Ferner nahm Eurojust an den jüngsten Beratungen der Plattform der Vermögensabschöpfungsstellen (ARO-Plattform) durch seine ARO-Kontaktstelle sowie als Beobachter an der fünften Runde der gegenseitigen Bewertung von Finanzkriminalität und Finanzermittlungen teil.

Einziehung und Vermögensabschöpfung

Der Rahmenbeschluss 2006/783/JI über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen und der Rahmenbeschluss 2005/212/JI über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten sind noch nicht von allen Mitgliedstaaten umgesetzt worden; daher stehen Einziehung und die Anerkennung von Einziehungsentscheidungen noch auf unsicherem Boden. Nach wie vor bestehen zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unter-

schiede in den Rechtsvorschriften über Einziehung, genauso wie bei Begriffen wie erweiterte Einziehung, Einziehung ohne vorhergehende Verurteilung und Einziehung von Wertersatz.

Die Fallarbeit von Eurojust im Bereich Einziehung und Vermögensabschöpfung ist noch immer nicht sehr umfangreich und zeigt, dass die Verfahren nach wie vor langwierig sind. Die Rolle von Eurojust liegt hier hauptsächlich in der Unterstützung und Vermittlung. Eurojust hilft bei der Abklärung rechtlicher Anforderungen in den verschiedenen Rechtsordnungen und bei der Übermittlung von Ersuchen. Mehrere erfolgreiche Fälle im Jahr 2012 verdeutlichen die entscheidende Rolle, die die Unterstützung durch Eurojust spielt. In einem Fall konnte ein Mitgliedstaat nur aufgrund der von Eurojust zur Verfügung gestellten Informationen zwei Verurteilungen gewährleisten. Seine Steuerbehörden konnten EUR 295 500 wieder einziehen, und den verurteilten Personen wurde auferlegt, rund EUR 900 000 an die Steuerbehörden zu zahlen. In einem anderen Fall wurden dank der Unterstützung durch Eurojust in einem Mitgliedstaat zehn Luxus-Appartements eingezogen.

Im Zusammenhang mit dem konkreten Problem der Verwaltung sichergestellter Vermögensgegenstände ermöglichte Eurojust den Meinungsaustausch von Experten der Steuerbehörden zweier Mitgliedstaaten in einem Fall, in dem es um sichergestellte Vermögensgegenstände in Höhe von EUR 110 000 ging. In einem Fall von Einziehung ohne vorherige Verurteilung wurde nach Unterstützung durch Eurojust eine Einziehungsentscheidung über EUR 580 000 erlassen.

Immer wieder treten Schwierigkeiten mit dem Nachweis auf, dass die Vermögensgegenstände dem Beschuldigten tatsächlich gehören (ausgenommen sind erweiterte Einziehungen, bei denen die Beweislast geringer ist) sowie mit der langen Verfahrensdauer der Verwertung eingezogener Vermögensgegenstände, bei denen sich die Beteiligung von Behörden und ein als unnötig wahrgenommener bürokratischer Aufwand weiter erschwerend auswirken. Die Fallarbeit von Eurojust zeigt, dass die Einwilligung des Beschuldigten (in Rechtsordnungen, in denen Prozessabsprachen möglich sind) und die frühzeitige Veräußerung bestimmter Arten sichergestellter Vermögensgegenstände im Vorfeld der Einziehung das Einziehungsverfahren beschleunigen können.

Der derzeit in der Diskussion befindliche Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sicherstellung und Einziehung

von Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union zielt auf eine Harmonisierung der Begriffsbestimmungen in bestimmten Bereichen der schweren Kriminalität ab und soll den Rahmenbeschluss von 2005 über die Einziehung von Erträgen, Tatwerkzeugen und Vermögensgegenständen aus Straftaten ersetzen. Die Stellungnahme von Eurojust zu diesem Entwurf wurde 2012 im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE-Ausschuss) des Europäischen Parlaments vorgelegt (siehe auch Abschnitt 2.1). Eurojust leistete ferner weiterhin Unterstützung über das CARIN-Netzwerk (Camden Asset Recovery Inter-Agency Network), an dem es als Beobachter teilnimmt.

Kontrollierte Lieferungen

Die Ermittlungsmethode der kontrollierten Lieferungen ist bei der Bekämpfung des Betäubungsmittelhandels besonders wirksam. Der Eurojust-Beschluss sieht vor, dass nationale Mitglieder die Befugnis erhalten können, kontrollierte Lieferungen zu genehmigen und zu koordinieren. Bisher wurde diese Befugnis jedoch nur auf wenige nationale Mitglieder übertragen.

Auch 2012 leistete Eurojust Unterstützung bei der Ermittlung der zuständigen Behörde bzw. der Beseitigung von Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Verzögerungen, der Einholung von Genehmigungen, der Übersetzung von Rechtshilfeersuchen, der Überwindung verfahrenstechnischer Hindernisse oder auch durch Koordinierungstreffen, mit denen in komplexen Fällen die Einrichtung dieses Instruments gefördert wurde. Unterstützung konnte Eurojust auch bei der Vermeidung von *ne bis in idem*-Fällen und, ganz allgemein, in eiligen Fällen leisten.

Schwierigkeiten waren auf folgende Gründe zurückzuführen: i) Unterschiede in den Anforderungen an Inhalte und Verfahren bei der Genehmigung kontrollierter Lieferungen; ii) Zeitdruck bei der Vorbereitung und Durchführung kontrollierter Lieferungen und iii) Ermittlung der für die gerichtliche Genehmigung kontrollierter Lieferungen zuständigen innerstaatlichen Behörde; dieses Problem ist besonders gravierend, wenn der Transit durch nicht unmittelbar an dem Fall beteiligte Mitgliedstaaten erfolgt, für diesen jedoch ebenfalls eine Genehmigung erforderlich ist. Die Genehmigung für kontrollierte Lieferungen wird in einigen Mitgliedstaaten durch die Gerichte erteilt, in anderen hingegen liegt diese Zuständigkeit bei der Polizei.

1.3 Überblick über die Tätigkeit von Eurojust in vorrangigen Kriminalitätsbereichen

Terrorismus

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	32	27
Zahl der Koordinierungstreffen	3	1

Die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung war der in den Terrorismusfällen bei Eurojust am häufigsten angegebene Straftatbestand. Die 2012 bei Eurojust gemeldeten Fälle konnten keiner bestimmten

Straftatkatégorie zugeordnet werden, sondern betrafen vielfältige Straftaten, darunter Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit.

Auf der Grundlage der Beiträge und Empfehlungen seiner nationalen Terrorismuskorrespondenten entwickelte Eurojust das Konzept und die Inhalte seines TCM (Terrorism Convictions Monitor); darin wird ein Überblick über justizielle Entwicklungen in den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Terrorismus gegeben und es werden ausgewählte Fälle aus juristischer Perspektive beleuchtet. Besonderes Augen-

Bei einem Bombenattentat und einer Schießerei tötete am 22. Juli 2011 in Norwegen eine einzige Person 77 Menschen. Im Fall des von einem einzigen Menschen begangenen ersten großen Terrorangriffs in Europa und des viertgrößten terroristischen Angriffs in Europa seit dem 2. Weltkrieg wurden Ermittlungen eingeleitet.

Eurojust konnte sowohl in der Ermittlungsphase als auch während der Gerichtsverhandlung im Hinblick auf mehrere Aspekte dieses Falls wertvolle Unterstützung leisten. Unter Einbeziehung des norwegischen Verbindungsstaatsanwalts bei Eurojust sowie des lettischen Tisches und des Tisches des Vereinigten Königreichs wurden zügig Bankinformationen aus Lettland, Antigua und Barbuda erhalten. Der polnische Tisch stellte Nachforschungen bezüglich eines Rechtshilfeersuchens um Befragung eines Zeugen an. Der spanische Tisch und der Tisch des Vereinigten Königreichs waren gerne bereit, ihre Erfahrungen im Umgang mit einem so großen Terrorismusfall weiterzugeben. Dank eines direkten Kontakts zwischen dem französischen Tisch und dem norwegischen Verbindungsstaatsanwalt konnten zwei Rechtshilfeersuchen an Frankreich mit der Bitte um die Ermittlung, Ortung und Vernehmung eines Zeugen schnell erledigt werden. Der Verbindungsstaatsanwalt für die USA leistete Unterstützung bei der Vollstreckung eines dringlichen Ersuchens um die Vernehmung eines Zeugen in den USA per Videokonferenz während der Gerichtsverhandlung.

Die von Eurojust erbrachte Unterstützung erwies sich in der internationalen Zusammenarbeit in diesem Fall als wertvoll. Im Rahmen dieser Unterstützung wurden kontinuierlich Rechtshilfeersuchen gefördert und direkte persönliche Kontakte zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten über die nationalen Tische und die Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust ermöglicht. Die Bemühungen von Eurojust trugen zu einer effizienten, wirksamen und zeitsparenden justiziellen Zusammenarbeit zwischen zuständigen nationalen Behörden bei.

Die Hauptverhandlung fand in Norwegen zwischen April und Juni 2012 statt. Am 24. August 2012 wurde der Angeklagte schuldig gesprochen und zu der in Norwegen möglichen Höchstfreiheitsstrafe, einer Sicherungsverwahrung von 21 Jahren verurteilt; eine Freilassung kann frühestens nach zehn Jahren erfolgen.

merk galt bestimmten Analyseaspekten, und in die nächste Ausgabe des Berichts sollen weitere prioritäre Bereiche aufgenommen werden. Der TCM stützt sich auf Informationen, die in Anwendung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates vom 20. September 2005 an Eurojust übermittelt werden, sowie auf öffentlich zugängliche Quellen. 2012 wurden drei Ausgaben des TCM herausgegeben.

Eurojust leistete einen Beitrag zum TE-SAT-Bericht von Europol durch quantitative und qualitative Analysen von Gerichtsurteilen im Bereich Terrorismus und einen Überblick über die Änderungen der Terrorismusgesetze in den Mitgliedstaaten.

Im Rahmen des World Justice Project, einer unabhängigen Initiative, deren Hauptziel die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit weltweit ist, verfasste Eurojust einen Artikel über die Stärkung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (*Strengthening Inter-State Cooperation – the Eurojust Experience*), der im Januar 2012 in Counter-Terrorism: International Law and Practice veröffentlicht wurde. Der Artikel enthält Empfehlungen für die Durchführung der justiziellen Zusammenarbeit, sodass den nationalen und regionalen Sicherheitserfordernissen unter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit entsprochen wird.

Am 20. Juni veranstaltete Eurojust seine Jahresstrategiesitzung zum Thema Terrorismus. Im Mittelpunkt der Sitzung standen das Phänomen des allein agierenden Terroristen („einsamer Wolf“) sowie soziale Netzwerke im Zusammenhang mit Terrorismus. Es wurden die Ergebnisse eines Fragebogens zu diesem Thema bekanntgegeben und von Praktikern einschlägige Fallbeispiele aus mehreren Mitgliedstaaten und Norwegen vorgestellt und diskutiert.

Am 11./12. Dezember nahmen an einem von Eurojust und Europol gemeinsam organisierten Seminar für Praktiker Experten für Terrorismusbekämpfung aus Indien und der Europäischen Union teil. Ziel des Seminars war die Förderung der justiziellen Zusammenarbeit durch Ermittlung gemeinsamer Interessen und Nachdenken über Standards für die Zusammenarbeit. Ein ganzer Tag war Fragen der justiziellen Zusammenarbeit und gemeinsamen Fällen der Terrorismusbekämpfung vorbehalten. Um vor den Diskussionen relevante justizielle Informationen zusammenzutragen, hatte Eurojust an die Terrorismusbekämpfungsbehörden in den Mitgliedstaaten einen Fragebogen zum Thema gesandt.

Drogenhandel

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	263	242
Zahl der Koordinierungstreffen	59	50
Zahl der JITs	13	7

Eine Analyse bestätigt, dass kriminelle Vereinigungen und Geldwäsche sehr häufig mit den bei Eurojust gemeldeten Fällen von Drogenhandel verknüpft sind. Die Mitgliedstaaten, die am stärksten von dieser Straftat betroffen waren und über Eurojust um justizielle Zusammenarbeit ersucht haben, waren Schweden, Frankreich und Italien, während die meisten Ersuchen an die Niederlande, Spanien und Belgien gerichtet waren.

Im Januar veröffentlichte Eurojust den Abschlussbericht über sein strategisches Projekt zur Stärkung der Arbeit von Eurojust bei Fällen im Zusammenhang mit Drogenhandel (*Enhancing the work of Eurojust in drug trafficking cases*), darin wurden die komplexen Koordinationstätigkeiten in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Vorläufige Ergebnisse dieses Projekts wurden auf einem Strategieseminar in Krakau im Oktober 2011 diskutiert. Der Abschlussbericht befasst sich mit verschiedenen Schwierigkeiten bei Informationsaustausch und Koordinierung, mit Kompetenzkonflikten, der Erledigung von Rechtshilfeersuchen und der Vollstreckung von EuHb, mit JITs, kontrollierten Lieferungen, der Vermögensabschöpfung und den Beziehungen zu Drittstaaten. Die zentralen Empfehlungen des Berichts für Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels wurden im Juni im Ständigen Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) vorgestellt. Ausgehend von dieser Analyse erarbeitete Eurojust einen Aktionsplan 2012-2013 mit Empfehlungen für die Verbesserung seiner Fallarbeit in Zusammenarbeit mit innerstaatlichen Behörden.

Im Zusammenhang mit der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) beteiligte sich Eurojust unter anderem an vier Projekten zur Bekämpfung des Betäubungsmittelhandels, deren Schwerpunkte synthetische Drogen, der von westafrikanischen organisierten kriminellen Vereinigungen betriebene Handel, der durch das Gebiet des Westbalkan betriebene Handel und der Handel mit Hilfe von Containersendungen waren.

Vertreter von Eurojust waren an einer vorbereitenden Studie zur Folgenabschätzung eines neuen

Von einer organisierten kriminellen Vereinigung in der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien waren mehrere Drogenvertriebsnetze in Österreich, Deutschland, Belgien und den Niederlanden aufgebaut worden. Aus der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien wurden umfangreiche Herointransporte nach Belgien und in die Niederlande organisiert. Nach Ankunft der Drogen in Westeuropa wurde das Heroin in Mengen von bis zu 5 kg nach Frankfurt und Wien verteilt. Offenbar bestanden Verbindungen in das Vereinigte Königreich, nach Schweden, Dänemark, Frankreich und in die Schweiz.

Dank der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Deutschland und dank intensiver Ermittlungen konnten große Mengen Heroin in beiden Ländern beschlagnahmt werden. Es konnten zwar einige Mitglieder aus den unteren Rängen der Vereinigung festgenommen werden, doch wurden sie innerhalb von zwei bis drei Tagen ersetzt. Um die gemeinsamen Anstrengungen bei der Bekämpfung der Vereinigung zu intensivieren, kamen die Beteiligten überein, dass Eurojust die Ermittlungen in den Mitgliedstaaten koordinieren und die Einleitung von Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien fördern sollte.

Bei Beginn der Mitwirkung von Eurojust an den Ermittlungen hatten weder die Niederlande noch die frühere jugoslawische Republik Mazedonien innerstaatliche Strafverfahren eingeleitet. Da die frühere jugoslawische Republik Mazedonien eine Auslieferung ihrer Staatsangehörigen nicht zulässt, und da die meisten Beschuldigten in diesem Land ihren Wohnsitz hatten, hielt Eurojust zwei Koordinierungstreffen ab, um das Land zu einer stärkeren Mitwirkung zu bewegen und die Ermittlungen zu beschleunigen. Als Ergebnis des ersten Koordinierungstreffens bei Eurojust leitete die frühere jugoslawische Republik Mazedonien Strafverfahren ein. Koordinierte Ermittlungen führten zur Festnahme und Verurteilung der Hauptverdächtigen und mehrerer anderer Täter.

In der Folge baute die organisierte kriminelle Vereinigung ihr Netzwerk wieder auf, und bei Eurojust fand ein drittes Koordinierungstreffen statt, bei dem es um Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit ging. Mehrere rechtliche Probleme, die auf Unterschiede in den Rechtsordnungen der beteiligten Länder zurückzuführen waren, behinderten die Offenlegung von Informationen und die vollständige Einbeziehung der potenziellen Partner. Das dritte Koordinierungstreffen bot ein Forum für eine gründliche Aussprache über die Lösung rechtlicher Probleme und die Erarbeitung von Lösungsansätzen unter Anwendung mehrerer justizieller Instrumente. Nach Konsultation und Einigung über die zu ergreifenden Maßnahmen auf innerstaatlicher Ebene wurde nach einem vierten Koordinierungstreffen bei Eurojust eine gemeinsame Ermittlungsgruppe (JIT) mit den Mitgliedern Österreich, Deutschland, Niederlande und frühere jugoslawische Republik Mazedonien gebildet, die noch immer tätig ist. Die JIT erhielt finanzielle Unterstützung aus dem JIT-Finanzierungsprojekt von Eurojust.

Rechtsinstrument beteiligt, das an die Stelle des Rahmenbeschlusses 2004/757/JI des Rates über illegalen Drogenhandel treten soll.

Eurojust entsandte Vertreter zur zweiten Konferenz der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogenabhängigkeit (EMCDDA) zum Thema Indikatoren des Drogenangebots (*Second European conference on drug supply indicators*) im November 2012 in Lissabon. Ende 2012 wurden formelle Verhandlungen über eine Vereinbarung zwischen Eurojust und EMCDDA aufgenommen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Ländern nahm Eurojust im Februar in Me-

xiko an dem hochrangigen Seminar der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika zum Thema Drogenbekämpfung und organisiertes Verbrechen in Europa und Lateinamerika (*Fight Against Drug Trafficking and Organised Crime in Europe and Latin America*) teil. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dem Netzwerk von Staatsanwälten gegen organisierte Kriminalität in Mittelamerika (REFCO), einer Initiative des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC), erkundet.

Die Zusammenarbeit mit dem Iberoamerikanischen Netzwerk für internationale rechtliche Zusammenarbeit (IberRed) war ergiebig.

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	60	79
Zahl der Koordinierungstreffen	20	24
Zahl der JITs	6	6

Die Analyse zeigt, dass bei rund der Hälfte der Fälle Menschenhandel der alleinige Straftatbestand ist. Bei den Eurojust gemeldeten THB-Fällen war Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung häufig ein weiterer Straftatbestand, gefolgt von illegaler Einwanderung. Die Mitgliedstaaten, die am stärksten von dieser Straftat betroffen waren und daher bei Eurojust Fälle angelegt haben, sind Deutschland und das Vereinigte Königreich, gefolgt von Bulgarien und Spanien; die Mitgliedstaaten, die am häufigsten um Zusammenarbeit ersucht wurden, sind Rumänien, Bulgarien und die Niederlande.

Ziel der Gemeinsamen Erklärung der JI-Agenturen aus dem Jahr 2011 war es, den Menschenhandel auf koordinierte, kohärente und umfassende Weise zu bekämpfen; daraufhin sagte Eurojust zu, zusammen mit anderen Agenturen die Mitgliedstaaten bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Bereich Menschenhandel und bei der Koordinierung grenzüberschreitender Aktionen in stärkerem Maße zu unterstützen.

Im Nachgang zu dieser Gemeinsamen Erklärung und im Einklang mit der EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels 2012-2016 gründete Eurojust ein strategisches Projekt zur Bekämpfung von Menschenhandel (*Eurojust's Action against Trafficking in Human Beings*). Im Rahmen dieses Projekts soll die Zusammenarbeit zwischen innerstaatlichen Justizbehörden bei der Bekämpfung des Menschenhandels intensiviert und verbessert werden, sollen bestehende Rechtsinstrumente effizienter zum Einsatz kommen, die Anstrengungen zur Verfolgung dieser Straftaten auf innerstaatlicher Ebene verstärkt und die Einbeziehung von Eurojust in THB-Fälle verbessert werden. Grundlage des Projekts waren i) eine Analyse der Antworten von einem an alle Mitgliedstaaten, Kroatien und Norwegen versandten Fragebogen, ii) eine Auswertung konkreter THB-Fälle, die bei Eurojust im Zeitraum 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2011 behandelt wurden, und iii) die Schlussfolgerungen einer Strategiesitzung bei Eurojust im April 2011 zum Thema Menschenhandel. Die Ergebnisse flossen in einen Abschlussbericht und einen Aktionsplan für 2012-2016 ein, die auf dem Europäi-

Frankreich eröffnete einen Fall von Menschenhandel, der sexuelle Ausbeutung bulgarischer Staatsangehöriger betraf. Mitglieder einer organisierten kriminellen Vereinigung rekrutierten in Bulgarien Opfer, die dann zur Prostitution in mehreren europäischen Ländern gezwungen wurden.

Die französischen Behörden baten Eurojust um Unterstützung beim Auffinden eventueller Parallelverfahren in Belgien und bei der Einrichtung eines JIT. Nach einem ersten Koordinierungstreffen bei Eurojust leiteten die belgischen Behörden Vorermittlungen gegen zwei Verdächtige ein, die in den französischen Verfahren auftraten.

Für den leichteren Austausch von Informationen und Beweismitteln wurde ein JIT unter Beteiligung von Frankreich, Bulgarien, Eurojust und Europol gebildet. Das JIT erhielt finanzielle Unterstützung aus dem JIT-Finanzierungsprojekt von Eurojust. Die Ermittlungen betrafen sowohl den Menschenhandel als kriminelle Tätigkeit als auch die daraus resultierenden Geldströme. In diesem Zusammenhang erwies sich die von Eurojust vorgenommene Analyse finanzieller Transaktionen in Form von Western Union-Geldsendungen als besonders hilfreich bei der Ermittlung illegaler Gewinne, die aus Frankreich an die Hauptverdächtigen mit Wohnsitz in Bulgarien geschickt worden waren.

Nach gründlichen Ermittlungen durch das JIT initiierte Frankreich einen gemeinsamen Aktionstag. Wegen der hohen Mobilität der organisierten kriminellen Vereinigung nahmen auch belgische und polnische Behörden an dem Aktionstag teil. Bei Eurojust wurde ein Koordinierungszentrum aus den betroffenen nationalen Tischen, dem Fallanalysereferat und Europol eingerichtet, das Entscheidungsfindung und Informationsaustausch in Echtzeit gewährleistete. Dieses Koordinierungszentrum ermöglichte auch die Ausstellung von vier EuHb im Verlauf des Aktionstags und ermöglichte die Analyse und den Abgleich von Informationen, aus denen sich Verbindungen zu anderen Ermittlungen in der Europäischen Union ergaben. Bei 13 Durchsuchungen wurden Unterlagen und Mobiltelefone beschlagnahmt, es wurden sechs EuHb vollstreckt und neun Personen festgenommen.

schen Tag gegen den Menschenhandel in Brüssel am 18. Oktober 2012 vorgestellt wurden.

Mit seinen Erfahrungen und seinem Fachwissen unterstützte Eurojust Fortbildungsinitiativen bei Frontex und EPA. Eurojust stellte Kontakte zur informellen Gruppe Menschenhandel der Vereinten Nationen und zur Menschenhandelsplattform der Internationalen Vereinigung von Staatsanwälten (IAP) her.

Eurojust war Teilnehmer des Projekts EMPACT zur Bekämpfung des Menschenhandels und beteiligte sich auch an dem Projekt zur Einführung von Anforderungen zur Bildung von JITs zur Bekämpfung des Menschenhandels in Südosteuropa (*The introduction of the requirements for establishing JITs to fight THB in South Eastern Europe*) unter der Federführung von Bulgarien und Slowenien, bei dem der Schwerpunkt sowohl auf der justiziellen Zusammenarbeit und Koordination als auch auf dem Opferschutz lag.

Betrug

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle* (* Die Gesamtzahlen für 2012 lassen sich nicht mit den Vorjahren vergleichen – siehe nachstehende Erläuterung)	382	218
Zahl der Koordinierungstreffen	33	58
Zahl der JITs	11	4

Am stärksten vertreten waren 2012 Betrug (86 Fälle) und Mehrwertsteuerbetrug (58 Fälle). Die Analyse zeigt, dass bei den meisten Fällen (256) Betrug der alleinige Straftatbestand ist. Sofern ein weiterer Straftatbestand hinzukam, handelte es sich am häufigsten um organisierte Kriminalität, Dokumentenfälschung und Geldwäsche. Die Mitgliedstaaten, die die meisten Fälle dieser Art gemeldet haben, waren Österreich, die Tschechische Republik und Ungarn; die meisten Ersuchen waren an das Vereinigte Königreich, Spanien und Deutschland gerichtet.

Seit 2012 wendet Eurojust neue Kriterien bei der statistischen Klassifizierung von Eurojust-Fällen nach Deliktstyp an. Dies erklärt den Anstieg der Zahl der Betrugsfälle.

Ferner nahm Eurojust an einer Expertensitzung teil, die von Europol im Rahmen des Europol-Focalpoint zum Karussellbetrug (*Missing Trader Intra-Community (MTIC) fraud Focal Point*) veranstaltet wurde.

Justizbehörden in Schweden baten den schwedischen Tisch bei Eurojust um Anberaumung eines Koordinierungstreffens, in dem über eine Reihe rechtlicher Hindernisse bei Ermittlungen in einem fortgeschrittenen Fall von Kapitalanlagebetrug (sogenannter „Boiler Room Fraud“, auch bekannt als „High Yield Investment Fraud“), gesprochen werden sollte. In dem Fall gab es Verbindungen nach Finnland, Island, Zypern und in das Vereinigte Königreich. In Schweden konnten 19 Opfer ermittelt werden, die um insgesamt EUR 800 000 betrogen worden waren.

Das Koordinierungstreffen bei Eurojust diente folgenden Zwecken: Austausch von Informationen über in den betreffenden Ländern gewonnene Beweismittel und Erkenntnisse, Bestimmung des die Strafverfolgung übernehmenden Landes und Entscheidung über eine mögliche Verlängerung der bilateralen JIT-Vereinbarung zwischen Schweden und Finnland. Im Anschluss an das Koordinierungstreffen wurde die bilaterale JIT-Vereinbarung zwischen Schweden und Finnland verlängert und auf das Vereinigte Königreich, Zypern und Island ausgedehnt. Eurojust unterstützte den Prozess der Änderung der JIT-Vereinbarung und stellte die erforderlichen EU-Mittel über das JIT-Finanzierungsprojekt zur Verfügung. Bei dem Koordinierungstreffen erklärten sich alle Länder damit einverstanden, dass Schweden die Federführung bei den Ermittlungen und der Strafverfolgung übernimmt, wodurch ein Kompetenzkonflikt vermieden wurde.

Korruption

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	30	26
Zahl der Koordinierungstreffen	7	19
Zahl der JITs	3	1

Bei den meisten Fällen bestand eine Verbindung zu Geldwäsche und Betrug.

Repräsentanten eines finnischen Herstellers gepanzerter Fahrzeuge standen im Verdacht, an kroatische Regierungsbeamte und Entscheidungsträger Bestechungsgelder gezahlt zu haben. Die finnischen Behörden hatten eine Ermittlung wegen des Verdachts auf schwere Bestechung eingeleitet, nachdem sie entdeckt hatten, dass die Geldströme denen einer Transaktion desselben Unternehmens mit slowenischen Behörden sehr ähnlich waren. Ein österreichisches Unternehmen trat als Vermittler bei der Geschäftsabwicklung auf und erhielt Zahlungen vom Fahrzeughersteller. Die finnischen Behörden hatten Grund zu der Annahme, dass die Bestechungsgelder als Teil von Anzahlungen geflossen waren.

Mit Unterstützung durch Eurojust wurde ein JIT eingerichtet. Mit dessen Hilfe konnten die zuständigen finnischen, österreichischen und kroatischen Behörden gemeinsam wirksame Ermittlungen im Vorfeld des Strafverfahrens durchführen. Im Rahmen des JIT konnten die innerstaatlichen Behörden die erforderlichen Befragungen vornehmen, Zwangsmittel einsetzen und andere notwendige Ermittlungsmaßnahmen ergreifen. Bei Eurojust fanden zwei Koordinierungstreffen statt, auf denen sich die Teilnehmer des JIT auf den Wortlaut eines operativen Plans einigten, der von allen JIT-Parteien unterzeichnet wurde. Die Unterstützung durch Eurojust erwies sich als wichtig, da sie den Ermittlungsparteien die Möglichkeit bot, wirksam zusammenzuarbeiten und Vertrauen zueinander aufzubauen. 2012 setzte Eurojust die Unterstützung der Arbeit der nationalen Behörden an diesem Fall fort.

In diesem Bereich befasste sich Eurojust mit mehreren Fällen, in denen es um öffentliche Aufträge mit Beteiligung von EU-Mitteln oder um Ausschreibungen ging.

Eurojust war Teilnehmer an einer Expertengruppe, die sich mit den Ergebnissen einer von der Kommission finanzierten Studie zur Entwicklung eines Evaluierungsmechanismus der EU im Bereich der Korruptionsbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung der Ermittlung und Verringerung der durch Korruption bei öffentlichen Beschaffungsmaßnahmen unter Beteiligung von EU-Mitteln entstehenden Kosten

(*Development of an EU Evaluation Mechanism in the area of Anti-Corruption with a particular focus on identifying and reducing the cost of corruption in Public Procurement involving EU Funds*), befasste. Eurojust stellte sein Fachwissen in den Bereichen Ermittlung und Strafverfolgung zur Verfügung.

Eurojust nahm im September 2012 an der Fernsehdebatte von *Euronews* über Korruption teil. Bei dieser Gelegenheit wurde die Rolle von Eurojust bei der Bekämpfung von Korruption betont und es wurden konkrete Vorschläge zur Lösung von Problemen unterbreitet, auf die Staatsanwälte bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Bereich Korruption immer wieder stoßen. Nach Annahme des Korruptionsbekämpfungspakets der EU im Jahr 2011 waren diese Probleme und die Vorschläge von Eurojust bei einer Diskussionsrunde des Beratenden Forums der Generalstaatsanwälte und der Leiter der Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten bei Eurojust erörtert worden. Die Kernbotschaft war, dass sich Eurojust aktiv in die Korruptionsbekämpfung einbringt und dass die weitere Entwicklung von Eurojust im Lichte des AEUV zu gesteigerter Effizienz und Wirksamkeit führen soll.

Cyberkriminalität

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	42	24
Zahl der Koordinierungstreffen	5	10
Zahl der JITs	2	2

Die Analyse bestätigt, dass die bei Eurojust gemeldeten Fälle von Cyberkriminalität häufig in Verbindung mit organisierter Kriminalität, Betrug und Geldwäsche standen. Ein erheblicher Teil dieser Fälle betraf Phishing oder ins Internet gestellte Bilder von Kindesmissbrauch. Die insoweit am häufigsten Ersuchen stellenden Mitgliedstaaten waren Rumänien, Belgien, Estland, Deutschland, Frankreich und Italien; die am häufigsten um justizielle Zusammenarbeit ersuchten Mitgliedstaaten waren Italien, das Vereinigte Königreich und Deutschland, gefolgt von Spanien und den Niederlanden. Im Berichtszeitraum war bei Eurojust ein Koordinierungszentrum für Cyberkriminalität angesiedelt.

Eurojust war wieder an der Europäischen Plattform für Cyberkriminalität (*European Cybercrime Platform*) beteiligt, die das Online-System zur Meldung von In-

Seit August 2010 hatte eine organisierte kriminelle Vereinigung gefälschte und gestohlene Kreditkartendaten zur Bezahlung von Waren eingesetzt, die sie auf deutschen Internetseiten gekauft hatte. Diese Waren, bei denen es sich überwiegend um hochwertige elektronische Erzeugnisse wie Tablet-Computer, Digitalkameras, Flachbildschirmfernseher und Mobiltelefone sowie um Designer-Kleidung und Uhren handelte, wurden an Händler in Deutschland gesandt, die die Pakete dann nach Nordeuropa (vor allem Estland) weiterleiteten.

Es fanden zwei Koordinierungstreffen bei Eurojust statt. Bei der ersten Sitzung im Jahr 2011 wurde mit dem Ziel der Identifizierung der Verdächtigen und der Auflösung der Vereinigung eine JIT-Vereinbarung zwischen Estland und Deutschland unterzeichnet. Darüber hinaus tauschten die JIT-Mitglieder zur Förderung der Strafverfolgung in beiden Ländern Informationen aus. Die estnischen Justizbehörden benötigten von den deutschen Justizbehörden Informationen über die in Deutschland als Vortat zur Geldwäsche begangenen Straftaten. Aufgrund unterschiedlicher Vorgaben für das Strafverfahren hatten die deutschen Behörden die Informationen für das Verfahren in Deutschland zusammengestellt, die aber nicht den gesetzlichen Anforderungen in Estland entsprachen. In dem JIT konnten diese Probleme gelöst und seitens der deutschen Behörden schnell weitere Unterlagen zusammen gestellt werden, sodass die estnischen Behörden den Beweismittelanforderungen ihrer Strafprozessordnung Genüge tun konnten.

Die Ermittlungen mündeten 2011 in die Beschlagnahme in Deutschland von Waren im geschätzten Wert von EUR 250 000. Der von den Tätern verursachte Gesamtschaden wurde auf drei Millionen Euro geschätzt. In dem Strafverfahren in Estland wurden 27 Beschuldigte identifiziert und der Geldwäsche angeklagt.

2012 fand ein zweites Koordinierungstreffen bei Eurojust statt, in dem die Behörden der betroffenen Länder mitteilten, dass die Ermittlungen Verbindungen nach Russland, Italien, dem Vereinigten Königreich, Österreich und Litauen erbracht hätten.

ternetstraftaten (Internet Crime Reporting Online System, I-CROS) sowie den Cyborg Focalpoint von Europol umfasst.

Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates über die Errichtung des Europäischen Cyberkriminalitätszentrums (European Cybercrime Centre, EC3), in denen die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen EC3 und Eurojust unterstrichen wurde, ernannte das Kollegium von Eurojust im Dezember 2012 einen Vertreter des Kollegiums für den EC3-Programmausschuss. Auf der ersten Sitzung des Ausschusses machte Eurojust den Vorschlag, als Kontaktstelle für Akteure aus dem Justizwesen zu fungieren und alle denkbaren Verbindungen zwischen EC3 und Fortbildungen für Vertreter der Justiz zum Thema Cyberkriminalität zu erkunden. Das Kollegium von Eurojust beschloss die Einsetzung einer Task Force Cyberkriminalität und damit verbundene Straftaten bei Eurojust sowie die Entsendung eines Mitarbeiters an EC3, um dort auch die justizielle Dimension abzudecken.

Da der Tätigkeitsbereich von Eurojust auch die Zusammenarbeit mit Drittstaaten umfasst, veranstaltete Eurojust am 25./26. Oktober ein Seminar über Cyberkriminalität im Rahmen des Workshop zur Anwendung von Rechtshilfe- und Auslieferungsverein-

barungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika (*Workshop on the application of the Mutual Legal Assistance and Extradition Agreements between the European Union and the United States of America*).

Geldwäsche

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	144	122
Zahl der Koordinierungstreffen	34	27
Zahl der JITs	8	4

Die Analyse zeigt, dass in einer erheblichen Zahl der Fälle (64) Geldwäsche der alleinige Straftatbestand war. Betrug, organisierte Kriminalität und Drogenhandel waren die Straftatkategorien, die am häufigsten mit Geldwäsche in den Fällen einhergingen, in denen Geldwäsche nicht der einzige Straftatbestand war. Die Mitgliedstaaten, die die meisten Fälle einbrachten, waren Österreich, Zypern und das Vereinigte Königreich. Die am häufigsten ersuchten Mitgliedstaaten waren Italien, die Niederlande und Frankreich.

Behörden in Spanien und dem Vereinigten Königreich führten Ermittlungen gegen ein raffiniertes Geldwäschesystem durch. Zu den illegalen Aktivitäten gehörten die Einfuhr, der Erwerb und der Vertrieb von Betäubungsmitteln. Zu den weiteren Methoden, mit denen die organisierte kriminelle Vereinigung mehr als zwei Millionen Euro wusch, gehörten Kreditbetrug, die betrügerische Veräußerung von Fahrzeugen und der Erwerb von Vermögensgegenständen in Spanien und dem Vereinigten Königreich.

Ziel der Ermittlung war die Aufdeckung der Investitionen der organisierten kriminellen Vereinigung in Spanien und die Beschlagnahme von Vermögenswerten. Eurojust unterstützte den Informationsaustausch zwischen Spanien und dem Vereinigten Königreich, wodurch die spanischen Behörden weitere Immobilien ermitteln konnten, die in Spanien ansässigen Mitgliedern der organisierten kriminellen Vereinigung gehörten. Dank der Datenanalyse durch Europol konnten die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der organisierten kriminellen Vereinigung und ihren Komplizen offengelegt werden. Nach zwei Koordinierungssitzungen nahmen die spanischen Behörden mehrere Verdächtige fest und beschlagnahmten deren Vermögenswerte.

Eurojust nahm an Sitzungen der Financial Action Task Force (FATF) sowie an der Expertensitzung teil, die Europol im Rahmen seines Schwerpunktbereichs (FocalPoints) „Sustrans“ abhielt.

(Mobile) organisierte kriminelle Vereinigungen

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	231	197
Zahl der Koordinierungstreffen	43	56
Zahl der JITs	5	6

Die Analyse der Art der Straftat zeigt, dass bei einer erheblichen Zahl der Fälle (68) organisierte Kriminalität der alleinige Straftatbestand war. In Fällen, in denen organisierte Kriminalität nicht der einzige Straftatbestand war, ging sie am häufigsten mit Drogenhan-

Die italienischen Behörden ermittelten gegen eine organisierte kriminelle Vereinigung, die sich zum Nachteil von Leasing-Gesellschaften durch Unterschlagung oder vorgetäuschten Diebstahl in den Besitz schwerer Nutzfahrzeuge (Traktoren, Sattelanhänger, Lkw usw.) brachte und Verluste von mehreren Millionen Euro verursachte. Nummernschilder und Fahrgestellnummern wurden verändert und die Fahrzeuge dann nach Osteuropa, Nordafrika, Albanien, in die Türkei, nach Polen und Saudi-Arabien verkauft. Die organisierte kriminelle Vereinigung war in Italien, Österreich und Deutschland aktiv. Die italienischen Behörden ersuchten das italienische Tisch bei Eurojust um Unterstützung, um die Ermittlungen auf diese Länder ausdehnen zu können.

Eurojust wurde ersucht, die gleichzeitige Vollstreckung von Europäischen Haftbefehlen und Durchsuchungsanordnungen zu organisieren. Die beteiligten nationalen Tische koordinierten die Aktionen mit ihren jeweiligen nationalen Behörden und vereinbarten einen gemeinsamen Aktionstag im Dezember 2011. An diesem Tag erfolgten 13 Festnahmen in Italien, eine in Österreich und eine in Deutschland; außerdem fanden zahlreiche Hausdurchsuchungen statt. Nach Abschluss der Aktionen wurde Eurojust um Unterstützung bei der Erledigung weiterer Rechtshilfeersuchen und um die Bereitstellung einer Plattform zur Diskussion darüber gebeten, wie sich die Strafverfahren in den betroffenen Ländern am besten koordinieren ließen, um *ne bis in idem*-Probleme zu vermeiden. Eine der Beschuldigten war in ihrem Heimatland festgenommen worden, durfte jedoch nach innerstaatlichem Recht nicht ausgeliefert werden, weshalb die Strafverfolgung in diesem Land stattfinden musste. Zu diesen Fragen wurde im März 2012 ein Koordinierungstreffen abgehalten, in dem vereinbart wurde, das italienische Verfahren an die österreichischen Behörden zu übertragen.

del, Betrug, Straftaten gegen Leib und Leben oder die persönliche Freiheit und Menschenhandel einher. . Die Mitgliedstaaten, die am häufigsten Fälle in Verbindung mit organisierter Kriminalität registrierten, waren Italien, Österreich und Bulgarien; die Mitgliedstaaten, die am häufigsten um Zusammenarbeit ersucht wurden, waren Italien, Belgien und das Vereinigte Königreich.

Organisierte kriminelle Vereinigungen sind auch weiterhin in der Fallarbeit von Eurojust vertreten, und zwar nicht nur als eigenständiger Straftatbestand, sondern als allgemein auftretendes Merkmal, das bei anderen Straftaten erschwerend hinzukommt.

Gemäß den Prioritäten der EU wurden mit dem Beschluss des Kollegiums Nr. 2012-10 über die operativen Schwerpunkte von Eurojust 2012-2013 mobile (umherziehende) organisierte kriminelle Vereinigungen als eigene Kategorie der organisierten Kriminalität eingeführt. In dieser Kategorie werden umherziehende kriminelle Netzwerke erfasst, die überall in der Europäischen Union aktiv sind und üblicherweise auf Straftaten wie Einbruch, Raubüberfälle auf gepanzerte Fahrzeuge und Metalldiebstahl spezialisiert sind.

Eurojust setzte sich für multidisziplinäre Ansätze bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität ein. Im März 2012 fand in Kopenhagen ein zusammen mit dem dänischen EU-Ratsvorsitz veranstaltetes strategisches Seminar zum Thema ein multidisziplinärer Ansatz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität: administrative Maßnahmen, justizielle Weiterführung und die Rolle von Eurojust (*A Multidisciplinary Approach To Organised Crime: Administrative Measures, Judicial Follow-Up And The Role Of Eurojust*) statt.

Ferner nahm Eurojust an den Sitzungen des Informellen Netzwerkes für einen administrativen Ansatz bei der Verhütung und Bekämpfung der organisierten Kriminalität teil und leistete als Mitglied der Kerngruppe des Netzwerkes einen aktiven Beitrag zur Schaffung einer virtuellen Gemeinschaft für Praktiker in diesem Bereich.

Die Frage des Umgangs mit Erträgen aus organisierter Kriminalität ist nach wie vor ein Anliegen für Eurojust, das auch Thema des Seminars *Confiscation and Organised Crime: procedures and perspectives in international judicial cooperation* (Beschlagnahme und organisierte Kriminalität: Verfahren und Perspektiven der internationalen justiziellen Zusammenarbeit) im Mai 2012 in Palermo war.

Illegale Einwanderung

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	29	31
Zahl der Koordinierungstreffen	18	13
Zahl der JITs	4	2

Im Dezember 2010 leiteten finnische Grenzbehörden eine Ermittlung ein, nachdem zwei Frauen in Begleitung eines indischen Mannes auf einem finnischen Flughafen mit gefälschten indischen Pässen angetroffen worden waren. Nach ersten Ermittlungen stießen die Behörden auf eine äußerst aktive organisierte kriminelle Vereinigung, die illegale Einwanderung aus Sri Lanka in die Europäische Union unterstützte. Die finnischen Behörden verdächtigten die Vereinigung, die illegale Einreise von Menschen aus Sri Lanka nach Frankreich zu fördern, häufig auf einer Route über die Vereinigten Arabischen Emirate, Kenia, Tansania, die Türkei und Finnland. Einige der illegalen Einwanderer benutzten in Thailand hergestellte gefälschte britische Pässe, um nach Kanada einzureisen.

Die finnischen Behörden ersuchten Eurojust um Unterstützung bei der Einrichtung eines JIT mit Frankreich. Trotz der unterschiedlichen Verfahren für die JIT-Genehmigung in den beiden Mitgliedstaaten wurde das JIT während eines Koordinierungstreffens bei Eurojust im September 2011 eingerichtet. Der rechtliche Rahmen des JIT erlaubte einen sofortigen Informationsaustausch für justizielle Zwecke ohne langwierige Rechtshilfeverfahren. Hindernisse hätten sich sowohl aus der Sprachbarriere als auch aus der Notwendigkeit von Übersetzungen ergeben können. Eurojust organisierte drei Koordinierungstreffen, die der Vertrauensbildung, dem Informationsaustausch und der Überwindung sprachlicher Hindernisse dienten.

Darüber hinaus wurde im Februar 2012 bei Eurojust ein Koordinierungszentrum eingerichtet, das der gleichzeitigen Durchführung der Operation in Finnland, Frankreich und Belgien diene. Das Koordinierungszentrum war direkt verbunden mit einem in Paris eingerichteten Operationszentrum von Europol. Dank der beiden Zentren waren ein Echtzeit-Austausch von Informationen und Beweismitteln zwischen Polizei- und Justizbehörden in den betroffenen Ländern und eine sofortige Auswertung der erhobenen Daten möglich. Im Verlauf des gemeinsamen Aktionstages wurden 23 Hausdurchsuchungen durchgeführt und 27 Personen festgenommen. Nach dem koordinierten Aktionstag behielt Eurojust die weiteren Entwicklungen im Auge, um das bestmögliche Ergebnis auf justizieller Ebene zu gewährleisten.

Die Analyse der Art der Straftat zeigt, dass bei rund der Hälfte der Fälle illegale Einwanderung der alleinige Straftatbestand war. Menschenhandel, organisierte Kriminalität und Dokumentenfälschung waren die Straftatbestände, die am häufigsten mit illegaler Einwanderung einhergingen, sofern diese nicht der einzige Straftatbestand war. Die Mitgliedstaaten, die die meisten Fälle registrierten, waren Frankreich, Österreich und Italien; die Mitgliedstaaten, die am häufigsten um Zusammenarbeit ersucht wurden, waren Italien, die Niederlande und das Vereinigte Königreich.

Wie bereits ausgeführt wurde, stehen die operativen Prioritäten von Eurojust im Einklang mit den EU-Prioritäten und umfassen nunmehr auch die illegale Einwanderung. Diese Art von Straftat wird in unserem Jahresbericht zum ersten Mal behandelt.

Eurojust war Teilnehmer des EMPACT Projekts, zur illegalen Einwanderung.

Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU

Kriminalitätsstatistik	2012	2011
Zahl der registrierten Fälle	27	21

Besondere Aufmerksamkeit widmete Eurojust dem Bereich der Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (sogenannte PIF-Straftaten). Wie in anderen Bereichen der Kriminalität unterstützte Eurojust auch innerstaatliche Behörden durch die Förderung der unverzüglichen Erledigung von Rechtshilfeersuchen und die Koordinierung von Ermittlungsschritten und Strafverfolgungsmaßnahmen unterstützt. So hielt Eurojust beispielsweise Koordinierungstreffen ab, förderte die Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und bearbeitete dringende Ersuchen, vor allem in Fällen, in denen im innerstaatlichen Recht festgelegte Fristen abzulaufen drohten.

In seiner Antwort vom Juni 2012 auf die öffentliche Konsultation der Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der EU und zur Verstärkung der Strafverfolgung (*Protecting the EU's financial interests and enhancing prosecutions*) unterstrich Eurojust, dass aus dem Blickwinkel der justiziellen Zusammenarbeit Probleme beim Schutz der finanziellen Interessen der EU aus Unterschieden in den Strafprozessordnungen der Mitgliedstaaten herrühren können,

beispielsweise hinsichtlich Verjährungsfristen und Regeln für die Aufnahme von Beweismitteln. Darüber hinaus kann der Mangel an Ressourcen und an Spezialisierung auf innerstaatlicher Ebene zu praktischen Schwierigkeiten bei der Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU führen. In Fällen schwerer Kriminalität sind Zusammenarbeit und Koordinierung nationaler zuständiger Behörden in einer frühen Phase von entscheidender Bedeutung. Auf Ersuchen bietet Eurojust den zuständigen nationalen Behörden hierbei Unterstützung.

Die italienischen Behörden ermittelten gegen eine kriminelle Vereinigung mehrerer in Steuerrückzahlung verwickelter italienischer Verdächtiger. Diese Verdächtigen hatten im Auftrag mehrerer ausländischer Unternehmen einen notariellen Kaufvertrag über die Veräußerung von Anteilen an einem italienischen Unternehmen mit Sitz in Siena an einen Dritten, ein in Bermuda registriertes Unternehmen, unterzeichnet, um so in Italien Steuern zu hinterziehen. Zu dem Steuerrückzahlungssystem gehörten auch ein amerikanisches und ein portugiesisches Unternehmen, beide als Tochtergesellschaften ihrer in Bermuda eingetragenen Muttergesellschaft. Die Kapitalerträge beider Unternehmen wurden an das Unternehmen in Bermuda abgeführt.

Die italienischen Behörden ersuchten Eurojust um Unterstützung bei der Förderung der Erledigung von Rechtshilfeersuchen an die zuständigen Behörden in den USA und in Portugal, mit denen die relevanten Informationen und Unterlagen zum Nachweis dafür beschafft werden sollten, dass es sich bei den Tochtergesellschaften um Scheinunternehmen gehandelt habe. Dank des raschen Eingreifens von Eurojust antworteten die portugiesischen Behörden schnell auf das italienische Rechtshilfeersuchen, so dass die Steuerschulden des italienischen Unternehmens, gegen das ermittelt wurde, noch innerhalb der Fristen der italienischen Vorermittlung in vollem Umfang beglichen wurden. Dank der sofortigen Reaktion von Eurojust und der portugiesischen Behörden konnten die italienischen Behörden 67 Millionen Euro an nicht gezahlten Steuern eintreiben.

Für Eurojust war es schwierig, zu diesen Straftaten verlässliches statistisches Material zusammenzutragen. Im Wesentlichen war dies darauf zurückzuführen, dass es auf EU-Ebene keine eindeutige Definition einer PIF-Straftat gibt; aus diesem Grund gehen sowohl in den Mitgliedstaaten als auch folglich in den nationalen Tischen die Auffassungen darüber auseinander, was eine solche Straftat ausmacht.

Zur Lösung dieses Problems nahm das Kollegium im Dezember 2012 Maßnahmen an welche die Erhebung statistischer Daten und die rechtliche Analyse der Fallarbeit von Eurojust im Bereich der PIF-Straft

taten verbessern sollten. Mit Interesse verfolgt Eurojust den *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug*.

Am 14. September 2012 legte Eurojust eine detaillierte Antwort auf eine Anfrage des EU-Ausschusses des britischen Oberhauses zur EU-Politik und den Maßnahmen zur Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichtetem Betrug (*House of Lords: Call for evidence on EU Policies and actions to combat fraud against the financial interest of the EU*) vor.

Eurojust-Kontaktstelle zum Schutz des Kindes - Straftaten gegen Kinder

Die Fallarbeit von Eurojust zeigt, dass die häufigsten Straftaten gegen Kinder Kinderpornografie, sexueller Missbrauch von Kindern, Entführung, Menschenhandel und Straftaten gegen Leib und Leben waren.

Im Zusammenhang mit konkreten Anfragen war Eurojust weiterhin führend in der Koordinierung von Informationen und in der Beratung zu möglichen Aktionen im Rahmen grenzüberschreitender Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen schwere Straftaten gegen Kinder tätig. Die Tätigkeiten umfassten eine enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen Büros, um u. a. relevante Informationen auszutauschen und die nationalen zuständigen Behörden zu ermutigen, bei Eurojust mehr grenzüberschreitende Fälle von Straftaten gegen Kinder zu registrieren.

Eurojust befasste sich mit 27 Straftaten gegen Kinder; drei dieser Fälle waren von Norwegen registriert worden. Ende 2012 nahm die Kontaktstelle an der offiziellen Präsentation zweier wichtiger europäischer und internationaler Instrumente teil, mit denen Kinder besser vor schweren Straftaten geschützt werden sollen: 1) der Neuen Europäischen Finanzkoalition gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet, ein Projekt, das sich mit bekannten und neuartigen Praktiken des Vertriebs von Bildern von Kindesmissbrauch im Internet beschäftigt und auf Zahlungs- und IKT-Systeme abzielt, die für diese illegalen Geschäfte genutzt werden; und 2) der Weltweiten Allianz gegen sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet, deren Ziel es ist, Kinder, die Opfer geworden sind, besser zu identifizieren und ihnen besser zu helfen, und die Täter strafrechtlich wirksam zu verfolgen. Eurojust nahm an der jährlichen Europol-Expertenkonferenz zu sexueller Ausbeutung (*Annual Sexual Exploitation Experts Conference*) und der 11. ICLN-Jahreskonferenz zur Bekämpfung von Cyberkriminalität (*ICLN 11th Annual Conference on Combating Cybercrime*) teil.

Gemäß dem Eurojust-Beschluss sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Eurojust über komplexe grenzüberschreitende Fälle zu unterrichten, in denen es um sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie geht. Seit 2004 hat Eurojust 187 Fälle registriert, bei denen Kinder die Opfer waren; weitere neun Fälle wurden von Norwegen, ein Fall von den USA registriert.

Der italienische Tisch ersuchte elf Mitgliedstaaten sowie Norwegen, die USA, Europol und Interpol um Unterstützung bei italienischen Ermittlungen in einem Fall der Verbreitung pornografischen Materials von Kindern. Ein italienischer Verdächtiger leitete ein soziales Netzwerk, das auf Servern in den USA lief und das als Plattform für den weltweiten Austausch von Bildern und Videos von Kindern unter 14 Jahren diente.

Im Januar und Februar 2012 fanden bei Eurojust zwei Koordinierungstreffen statt, aus denen koordinierte Aktionen resultierten, die sogleich terminlich fixiert wurden. Über ihre IP-Adressen konnten Nutzer in 12 Mitgliedstaaten und Norwegen, der Türkei, der Ukraine, den USA und in Asien identifiziert werden.

Eurojust wurde ersucht, mit Unterstützung von Europol und Interpol die in Mitgliedstaaten durchzuführenden Hausdurchsuchungen mit internationalen Instrumenten der justiziellen Zusammenarbeit zu koordinieren, um Beweismittel zu sichern und das Netzwerk zu zerschlagen.

Bei Eurojust wurde ein Koordinierungszentrum eingerichtet, an dem sich Frankreich, Portugal, Deutschland, Spanien, Schweden und Italien aktiv beteiligten.

Dadurch konnten 112 Personen identifiziert und wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt, weltweit zehn Personen festgenommen, zahlreiche Häuser durchsucht und Beweismittel beschlagnahmt werden. Die US-Behörden schlossen das soziale Netzwerk und beschlagnahmten seinen Inhalt zur Beweissicherung.

1.4 Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs)

Auch 2012 leistete Eurojust Praktikern Unterstützung und Hilfe bei der Einrichtung und Nutzung von JITs. Im Berichtszeitraum gab es 78 aktive JITs, von denen 62 Mittel von Eurojust erhielten. Nationale Mitglieder beteiligten sich an 47 neu gebildeten JITs, von denen sich einige mit mehr als einer Art von Straftaten befassten. Nationale Mitglieder nahmen entweder in ihrer Eigenschaft als innerstaatliche zuständige Behörden oder als Vertreter von Eurojust teil. Die JITs beschäftigten sich mit den schwersten Straftatkatégorien wie Drogenhandel, Geldwäsche, Menschenhandel und Betrug. Darüber hinaus erhielt Eurojust 14 Meldungen von Mitgliedstaaten gemäß Artikel 13 Absatz 5 des Eurojust-Beschlusses.

Die zunehmende Nutzung der von Eurojust unterstützten JITs deutet darauf hin, dass Praktiker das Instrument des JIT immer besser kennenlernen, das Fachwissen von Eurojust in diesem Bereich und auch die Bedeutung des JIT-Finanzierungsprojekts anerkennen.

Die besondere Rolle von Eurojust bei der Einrichtung und reibungslosen Abwicklung von JITs äußert sich insbesondere in folgenden Bereichen: i) Unterstützung bei der Abfassung von JIT-Vereinbarungen und

operativen Aktionsplänen, vor allem, wenn der Standardvorlage spezifische Klauseln hinzugefügt werden müssen, ii) Beratung der nationalen Behörden in der Frage, ob das Instrument des JIT in konkreten Fällen angebracht ist, iii) Ermittlung von Fällen, die für ein JIT geeignet sind, iv) Bereitstellung von Informationen über verschiedene Verfahrenssysteme, v) Unterstützung von JITs in Koordinierungstreffen und vi) Koordinierung operativer Tätigkeiten an Aktionstagen.

Aus der Fallarbeit von Eurojust geht hervor, dass noch immer rechtliche und praktische Schwierigkeiten das reibungslose Funktionieren des Instruments JIT behindern. Folgende Hindernisse bestehen insbesondere: i) unterschiedliche Ebenen oder Geschwindigkeiten der Ermittlungsverfahren in den an einem JIT beteiligten Mitgliedstaaten, ii) Unterbleiben paralleler Ermittlungsverfahren in jenen Mitgliedsstaaten, in denen ein solches Ermittlungsverfahren Voraussetzung für die Mitgliedschaft in einem JIT ist, und iii) Unterschiede in den Rechtsordnungen, insbesondere im Hinblick auf die Regeln über die Vertraulichkeit der Ermittlungsergebnisse, die Akteneinsicht (Fragen der Offenlegung), Fristen für die Datenspeicherung und Einvernahmen per Videokonferenz oder

im Zusammenhang mit der richterlichen Kontrolle. Erneut hat sich Eurojust mit immer wieder auftretenden Problemen im Zusammenhang mit der Zulässigkeit von Beweismitteln und der Offenlegung von Informationen befasst und mit Erfolg Praktiker bei der Überwindung solcher Probleme unterstützt.

Insbesondere in Mitgliedstaaten, die noch nicht über umfangreiche Erfahrungen mit JITs verfügen, hat Eurojust seine Aufklärungsarbeit bei den Praktikern fortgesetzt und auf den Mehrwert dieses Instruments hingewiesen.

Eurojust und Praktiker in den Mitgliedstaaten setzen sich nachdrücklich für eine systematische Evaluierung des Instruments JIT ein, um seinen Einsatz zu erweitern und seine Funktionsweise zu verbessern. Die Fallarbeit von Eurojust im Jahr 2012 zeigt, dass Eurojust an der Evaluierung einiger JITs im Einzelfall mitgewirkt hat, sowohl vor der Erweiterung als auch nach der Beendigung der JITs.

Die Evaluierung von JITs war auch Thema auf der 8. Jahrestagung der nationalen Experten für gemeinsame Ermittlungsgruppen, die gemeinsam von Eurojust und Europol am 18./19. Oktober veranstaltet wurde. Die Experten waren sich über die Wichtigkeit einer systematischen und zentralisierten Sammlung von Informationen über JITs einig und unterstrichen die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer Standardvorlage oder Checkliste zur Unterstützung der Praktiker bei JIT-Evaluierungen.

Als wesentliches Element des Evaluierungsprozesses wurde die Einbeziehung der nationalen Kontaktstellen des Netzes nationaler Experten für gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs-Netzwerk) angesehen, entweder in Form von Unterstützung bei der Sammlung der Evaluierungsergebnisse oder ihrer Weitergabe an eine zentrale Stelle, welche das Sekretariat des JIT-Netzwerkes sein könnte. Mit der Einrichtung einer internetgestützten Plattform für die Ergebnisse solcher Bewertungen könnte den Praktikern ein wertvolles Instrument mit aktuellen Informationen und Unterstützung geboten werden. Über die nationale Evaluierung hinaus sahen die Experten auch Bedarf an einer Evaluierung des Einsatzes des Instruments JIT auf EU-Ebene.

Eurojust und die finanzielle Unterstützung von JIT-Operationen

Wie Praktiker in den Mitgliedstaaten nachdrücklich bestätigt haben, bedeutet die finanzielle und logisti-

Bei Eurojust wurde eine JIT-Vereinbarung zur Unterstützung von Ermittlungen im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung und zum Menschen-smuggel - unter anderem durch das Arrangieren von Scheinehen, durch Urkundenfälschung und Drogendelikte durch organisierte kriminelle Vereinigungen oder Einzelpersonen - unterzeichnet.

Die in den Niederlanden operierende organisierte kriminelle Vereinigung veranlasste Frauen von den Niederländischen Antillen zur Eheschließung mit nigerianischen Staatsangehörigen im Vereinigten Königreich, wodurch deren Aufenthaltsstatus legitimiert wurde.

Bei Eurojust wurden drei Koordinierungstreffen abgehalten, auf denen Informationen über den aktuellen Stand der Ermittlungen im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden ausgetauscht, taktische Optionen für die Phase der Festnahme in den Niederlanden, die Möglichkeit eines strategischen Treffens über Scheinehen und die Verbesserung der Aufklärung über diese Art von Straftaten erörtert wurden.

Nach zweijähriger Tätigkeit des JIT vermeldeten beide Mitgliedstaaten eine sehr erfolgreiche Partnerschaft. Im Vereinigten Königreich führte der Aktionsplan zu 68 Festnahmen, 56 Verurteilungen und Freiheitsstrafen von insgesamt mehr als 72 Jahren. In den Niederlanden wurde der Hauptverdächtige festgenommen und an das Vereinigte Königreich übergeben.

sche Unterstützung für JITs eine entscheidende Erleichterung für deren Einrichtung und laufende Arbeit. Eurojust gilt weithin als der Hauptakteur bei der finanziellen Unterstützung von JITs.

2012 führte Eurojust sein JIT-Finanzierungsprojekt mit dem Titel „Förderung einer breiteren Nutzung von JITs“ fort. Dieses Projekt basiert auf Mitteln, welche die Europäische Kommission im Rahmen des Programms *Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung 2007-2013* zur Verfügung gestellt hat;

das Projekt lief im Oktober 2010 an. Mit Hilfe dieses Projekts kann Eurojust die operative Tätigkeit von JITs unterstützen, es läuft Ende September 2013 aus. Eurojust ist aktiv auf der Suche nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten, um seine finanzielle Unterstützung für JITs aufrechterhalten zu können.

2012 unterstützte Eurojust insgesamt 62 JITs, an denen 22 Mitgliedstaaten beteiligt waren. Die Kriminalitätsbereiche, mit denen sich die meisten der geförderten JITs befassten, waren Drogen- und Menschenhandel. Die bei der Finanzierung von JITs aktivsten Mitgliedstaaten waren das Vereinigte Königreich, Frankreich, Belgien, Deutschland, die Niederlande

und Estland. 2012 gingen 143 Finanzierungsanträge ein (doppelt so viele wie 2011), auf deren Grundlage Eurojust für Reise-, Unterbringungs-, Übersetzungs- und Dolmetschkosten, die im Rahmen der operativen Tätigkeit von JITs anfielen, Unterstützung leistete. Zur Verbesserung der Kommunikation stellte Eurojust darüber hinaus Mobiltelefone, Laptops, mobile Drucker und Scanner JIT-Mitgliedern zur Verfügung. Die steigende Zahl von Finanzierungsanträgen bestätigt, wie wichtig die Verfügbarkeit von Mitteln ist.

Weitere Einzelheiten zum JIT-Finanzierungsprojekt sind der Eurojust-Website zu entnehmen.

Nach der Aussage eines bulgarischen Opfers von Menschenhandel, das unter Androhung von Gewalt über Griechenland in das Vereinigte Königreich gebracht worden war und dort rund einen Monat lang zur Arbeit als Prostituierte gezwungen worden war, leitete das Vereinigte Königreich ein Ermittlungsverfahren ein. Es stellte sich heraus, dass dieselben Verdächtigen noch mehr Opfer in das Vereinigte Königreich geschleust hatten, und die britischen Behörden schlossen daraufhin eine JIT-Vereinbarung mit Bulgarien ab. Das JIT erhielt finanzielle Unterstützung aus dem JIT-Finanzierungsprojekt von Eurojust. Die Ermittlungsgruppe stellte drei Anträge auf Finanzhilfe, durch die EUR 98 330, zwei Laptops, ein Drucker und ein Scanner bereitgestellt werden konnten.

Vor der Unterzeichnung der JIT-Vereinbarung durch die Parteien fanden zwei Koordinierungstreffen bei Eurojust statt. Größtes Problem waren verfahrensrechtliche Fragen, da die Straftaten sowohl im Vereinigten Königreich als auch in Bulgarien stattgefunden hatten und sich Verdächtige und Opfer in beiden Ländern befanden. Unterschiede im Strafverfahren, wie z.B. das Erfordernis einer Bestätigung, erwiesen sich als Herausforderungen, die das JIT aber erfolgreich bewältigte. Das gegenseitige Interesse am JIT und sein Nutzen überwogen schließlich und führten zum Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen sowohl der britischen als auch der bulgarischen Behörden.

Die Arbeit des JIT und die vereinfachte Zusammenarbeit im Wege von Koordinierungstreffen bei Eurojust mündeten in der Identifizierung mehrerer Verdächtiger und weiterer Opfer dieser organisierten kriminellen Vereinigung. Der Hauptverdächtige wurde vor Gericht gestellt und zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt.

1.5 Fallarbeit von Eurojust mit Beteiligung von Drittstaaten

Im Verlauf des Jahres 2012 wurden 242 Ersuchen von Eurojust an Drittstaaten registriert, mehr als in den Vorjahren. Die am häufigsten ersuchten Staaten waren die Schweiz, Norwegen, die USA, Kroatien, Serbien, Albanien, Brasilien und die Ukraine. Bei diesen Fällen waren Drogenhandel, Betrug und Geldwäsche die wichtigsten Straftatenkategorien. Eurojust wurde

überdies in Fällen von Cyberkriminalität, Korruption, organisiertem Raub, Schleuserkriminalität, Schmuggel und illegalem Handel um Unterstützung ersucht.

Drittstaaten waren in 49 Fällen in Eurojust-Koordinierungstreffen vertreten, das waren mehr als 2011; die am häufigsten beteiligten Drittstaaten waren

Norwegen (10), die Schweiz (9), die Türkei (6), die USA (5), Albanien (5), die frühere jugoslawische Republik Mazedonien (3), Kroatien (2) und Serbien (2).

Die meisten von Eurojust an Drittstaaten gerichteten Ersuchen hatten Folgendes zum Inhalt: Beschleunigung oder Unterstützung der Erledigung von Auslieferungs- oder Rechthilfeersuchen (z. B. Vollstreckung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen, Vernehmungen per Videokonferenz, Telekommunikationsüberwachung, Übernahme der Strafverfolgung, Einholung von Strafregisterauszügen), Klärung der rechtlichen Anforderungen und der maßgeblichen Rechtsvorschriften oder Erlangung der Kontaktdaten zuständiger Behörden.

Die Fallarbeit von Eurojust zeigt, dass die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und die Unterstützung durch die Kontaktstellen von Eurojust in Drittstaaten nützlich und erfolgreich ist. Schwierigkeiten und Verzögerungen ergeben sich jedoch nach wie vor aus folgenden Gründen: i) Mangel an direkten Kontakten in manchen Drittstaaten, ii) Nutzung diplomatischer Kanäle anstatt zentraler Behörden für die Übermittlung von Ersuchen und iii) erhebliche Unterschiede in den Rechtsordnungen. Diese Schwierigkeiten bestehen vor allem mit Drittstaaten, mit denen die betroffenen Mitgliedstaaten keine bilateralen oder multilateralen Abkommen abgeschlossen haben oder mit denen Eurojust kein Kooperationsabkommen abgeschlossen hat.

Die Vereinbarung zwischen Eurojust und IberRed hat die Kommunikationskanäle zwischen den Mitgliedstaaten und Lateinamerika verbessert und damit auch die Zusammenarbeit erleichtert. In der Fallarbeit mit lateinamerikanischen Ländern haben der spanische und der portugiesische Tisch bei Eurojust eine wichtige Rolle gespielt. Die Unterstützungsersuchen haben meist Folgendes zum Inhalt: Informationen über rechtliche Voraussetzungen und Rechtsvorschriften, den Stand der Erledigung von Rechtshilfe- und Auslieferungsersuchen sowie die Ermittlung zuständiger Behörden und Kontaktstellen.

Zu Eurojust entsandte Verbindungsstaatsanwälte aus Drittstaaten

Die Anwesenheit der Verbindungsstaatsanwälte aus Kroatien, Norwegen und den USA hat die justizielle Zusammenarbeit zwischen nationalen zuständigen Behörden erleichtert. Der Verbindungsstaatsanwalt aus Kroatien registrierte im Jahr 2012 fünf Fälle von Korruption und nahm an zwei Koordinierungstref-

fen teil. Der Verbindungsstaatsanwalt aus Norwegen registrierte 41 Fälle im Zusammenhang mit Drogenhandel, Betrug, Mord, organisiertem Raub, Menschenhandel und Terrorismus sowie drei Fälle von Kindesmissbrauch. Norwegen hielt in einem Fall von Drogenhandel ein Koordinierungstreffen ab, nahm an zehn Koordinierungstreffen und einem JIT teil. Der Verbindungsstaatsanwalt der USA nahm an fünf Koordinierungstreffen teil.

Die größten Probleme und praktischen Schwierigkeiten, die von den Verbindungsstaatsanwälten in der justiziellen Zusammenarbeit festgestellt wurden, betreffen unter anderem Verzögerungen oder Nichterledigung von Ersuchen, Probleme mit Zeugenvernehmungen per Videokonferenz, Auslieferung eigener Staatsangehöriger, unterschiedliche Vorschriften für den Zugriff auf oder die Erlangung von Daten, Informationen und Beweismitteln, Zuständigkeitsfragen sowie die Frage, wie mehrere Staaten, die an mitei-

2009 leiteten die USA eine Ermittlung gegen ein äußerst raffiniert vorgehendes und gut organisiertes internationales kriminelles Netzwerk ein, das im Bereich des sexuellen Missbrauchs von Kindern aktiv war und Fotos und Videos von Kindesmissbrauch in der ganzen Welt herstellte und verbreitete. Über ein in den USA angesiedeltes privates Internetforum konnten die Mitglieder eindeutige Fotos und Videos vertreiben, die zeigen, wie sie selbst und andere Erwachsene, die Kinder - häufig jünger als 12 Jahre - sexuell und oft äußerst gewalttätig missbrauchten. Die Täter verwendeten verschiedene Methoden wie Alias-Namen, Proxy-Server, Verschlüsselung und Passwörter, um ihre Enttarnung zu verhindern. Zu den beteiligten Ländern gehörten Belgien, Kanada, Dänemark, Ecuador, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Kenia, die Niederlande, die Philippinen, Qatar, Serbien, Schweden und die Schweiz.

2010 weiteten die USA ihre Ermittlungen aus und eröffneten einen Fall bei Eurojust, um so die Koordinierung zwischen Ermittlungen in Amerika und den Mitgliedstaaten zu verbessern. Die Ermittlungen erbrachten Verbindungen zu 45 verschiedenen Ländern und zeigten Ergebnisse bis in den Herbst 2012.

nander verbundenen Ermittlungen beteiligt sind, die Strafverfolgung betreiben sollen.

Bewährt haben sich enge Arbeitsbeziehungen zwischen den nationalen Tischen untereinander sowie mit den Verbindungsstaatsanwälten. In einem Fall, an dem Norwegen und die USA beteiligt waren, konnte der Verbindungsstaatsanwalt der USA unmittelbar FBI-Beamte in Europa und den USA kontaktieren und um Unterstützung bei der Auffindung eines Zeugen

ersuchen und innerhalb von 48 Stunden abschließende Vorkehrungen für seine Einvernahme treffen. Eurojust-Koordinierungstreffen gelten ferner als äußerst wirksam, um umfangreiche strafrechtliche Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zu koordinieren. Bewährt haben sich außerdem möglichst frühe Kontakte und Gespräche darüber, wie am besten Informationen ausgetauscht werden und schnell Beweismittel übermittelt werden können.

1.6 Eurojust und die Praktiker-Netzwerke

Europäisches Justizielles Netz

Eurojust nahm am 38. Plenartreffen des EJN in Kopenhagen teil, das sich mit Fragen im Zusammenhang mit JITs und der Zusammenarbeit mit dem JIT-Netzwerk sowie dem Europäischen Netzwerk der Kontaktstellen betreffend Personen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlich sind (Genozid-Netzwerk) befasste. Weiter nahm Eurojust an der 39. Plenarsitzung des EJN in Nicosia teil, auf der Themen im Zusammenhang mit der Anwendung des EuHb und insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erörtert wurden.

Wie schon in den Vorjahren arbeitete Eurojust an seinen Beziehungen zum EJN.

Unter dänischem Ratsvorsitz wurde die Gemeinsame Task Force Eurojust-EJN aufgefordert, sich näher mit der Frage der Komplementarität von EJN und Eurojust zu befassen. Das innerhalb von Eurojust bestehende Team für das EJN und für Verbindungsrichter war an der Vorbereitung der Task Force-Sitzung in Kopenhagen beteiligt und bereitete ein gemeinsames Dokument vor, in dem die justiziellen Praktiker in den Mitgliedstaaten über die Arbeit von EJN und Eurojust informiert und die von diesen beiden Organisationen erbrachten Dienstleistungen dargestellt werden. Erörtert wurden auch Pläne, denen zufolge die Task Force in Zukunft zum Aufbau des ENCS beitragen soll, sowie die Anwendung von Artikel 13 und 13a des Eurojust-Beschlusses.

Eurojust war Gastgeber des 33. Ordentlichen Treffens der EJN-Kontaktstellen, des 11. Treffens der technischen Anlaufstellen (*Tools Correspondents Meeting*) und des 4. Treffens der nationalen Korrespondenten.

JIT-Netzwerk

Seit 2005 arbeiten Eurojust und das JIT-Netzwerk zusammen, um über JITs zu informieren, ihren Einsatz zu fördern und unterstützende Maßnahmen für ihren Einsatz in den Mitgliedstaaten zu entwickeln.

Mit der Einrichtung des Sekretariats für das JIT-Netzwerk im Jahr 2011 bietet Eurojust den JIT-Praktikern eine nützliche Koordinierungsplattform. 2012 stellte das Sekretariat für das JIT-Netzwerk Praktikern in den Mitgliedstaaten und einschlägigen Organen und Agenturen der EU mehr als 3 500 Exemplare der gedruckten Fassung des *Eurojust-Europol JIT-Handbuchs* zur Verfügung.

Am 18./19. Oktober 2012 kamen mehr als 100 JIT-Experten beim 8. Treffen der Nationalen Experten für gemeinsame Ermittlungsgruppen zusammen. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Evaluierung von JITs. Weitere Informationen über die Arbeit von Eurojust zu JITs sind unter Abschnitt 1.4 zu finden.

Genozid-Netzwerk

Seit 2004 arbeiten Eurojust und das Genozid-Netzwerk effizient bei der Bekämpfung der Straffreiheit für Straftaten nach internationalem Strafrecht zusammen. Seit der Errichtung des Sekretariats des Genozid-Netzwerks bei Eurojust im Jahr 2011 hat das Genozid-Netzwerk seine Aktivitäten deutlich vermehrt. Als Gastgeber der Sitzungen des Genozid-Netzwerks und seines Sekretariats bietet Eurojust ein Forum für Praktiker, um einander zu treffen, miteinander zu diskutieren, Informationen, bewährte Verfahrensweisen und Erfahrungen auszutauschen sowie zusammen zu arbeiten und einander bei Er-

mittlungen und der Strafverfolgung von Personen, die für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verantwortlich sind, unterstützen zu können.

Das 12. und 13. Treffen des Genozid-Netzwerks fanden in den Räumlichkeiten von Eurojust statt. An beiden Sitzungen nahmen Praktiker aus den Mitgliedsstaaten und ihre Kollegen aus Kanada, Norwegen, der Schweiz und den USA, ferner der Internationale Strafgerichtshof (ICC) und internationale ad hoc-Strafgerichtshöfe, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Interpol sowie Vertreter der Zivilgesellschaft teil.

Beim 12. Treffen erörterten die Teilnehmer die Zusammenarbeit zwischen nationalen Einwanderungsbehörden und Strafverfolgungsbehörden bei der Identifizierung mutmaßlicher Täter, die in das Hoheitsgebiet der Europäischen Union eingereist sind bzw. dort bereits ihren Wohnsitz haben. Ferner diskutierten die Teilnehmer über Voraussetzungen für effektive Ermittlung und Verfolgung von Fällen basierend auf Artikel 1F der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951.

Beim 13. Treffen wurde dieses Thema unter Beteiligung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen und von NGOs vertieft, die bei der Ermittlung von Zeugen, Opfern und Tätern von Straftaten nach internationalem Strafrecht helfen. Weitere Themen der Experten waren: i) das Sammeln von Informationen über Straftaten im derzeitigen Konflikt in Syrien, ii) das Urteil des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) zu Fragen im Zusammenhang mit der Pflicht zur Strafverfolgung oder zur Auslieferung (Belgien gegen Senegal) und seine Auswirkungen auf Übereinkommen über die Zusammenarbeit in Strafsachen, iii) die Initiative für einen neuen internationalen Rechtsrahmen bezüglich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen und iv) Möglichkeiten für die Einrichtung von JITS zur Ermittlung und Verfolgung von Straftaten des internationalen Strafrechts. Eurojust konnte mit seinem Fachwissen wesentliche Beiträge leisten.

Eurojust und das Genozid-Netzwerk arbeiten weiterhin gemeinsam aktiv an der Ausarbeitung von Instrumenten für den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Genozid-Netzwerks.



Beziehungen zu EU-Institutionen und -Partnern

2.1 Institutionelle Beziehungen



Europäisches Parlament

Wie bereits in den Vorjahren, stellte der Präsident von Eurojust im Juni dem LIBE-Ausschuss den Jahresbericht für das Jahr 2011 vor, gefolgt von einem Meinungsaustausch über die Zukunft von Eurojust. Der LIBE-Ausschuss kündigte an, Eurojust einen Besuch abstatten zu wollen. Ebenfalls im Juni stellte Eurojust ferner seine Erkenntnisse zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden der Mitgliedstaaten die mit der Bekämpfung von organisierter Kriminalität befasst sind, und zur Rolle von Eurojust (*Enhancement of cooperation between the judicial authorities of the Member States involved in the fight against organised crime and the role of Eurojust*) im Sonderausschuss Organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche (CRIM-Ausschuss) vor.

Eurojust gab eine Stellungnahme zum Vorschlag für eine EU-Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union ab. Diese Stellungnahme bietet einen Überblick über Methoden, die sich in einer Reihe von Mitgliedstaaten bewährt haben. Außerdem finden sich darin Informationen über die Systeme einiger Mitgliedstaaten. Ferner wird darin die Möglichkeit der Anwendung von Einziehungen ohne vorherige Verurteilung thematisiert.

Rat der Europäischen Union

Eurojust nahm an einer Reihe von Arbeitsgruppen des Rates, die sich mit der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen befassen, teil. So leistete Eurojust vor allem Beiträge zur Arbeit der Gruppen „Allgemeine Angelegenheiten einschließlich Bewertung“ (GENVAL), „Zusammenarbeit in Strafsachen“ (COPEN) und JAIEX. Darüber hinaus nahm Eurojust auf Einladung an Tagungen des Rates Justiz und Inneres (JI) und an CATS-Sitzungen teil.

Eurojust beteiligte sich wie in den Vorjahren an den Sitzungen und der Arbeit von COSI teil und lieferte Beiträge aus justizieller Sicht zur operativen Zusammenarbeit in Strafsachen. So leistete Eurojust insbesondere Beiträge zum zweiten Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie für die innere Sicherheit und zu den Erwägungen zur wirksamen Finanzierung des EU-Politikzyklus (*Considerations about effectively financing the EU policy cycle*) des Rates im Zusammenhang mit der Finanzierung von JIAs durch Eurojust. Eurojust nahm an der Umsetzung des Politikzyklus teil und war an allen operativen Aktionsplänen für die vorrangigen Bereiche der Kriminalitätsbekämpfung in der EU beteiligt.

Die wichtigsten Erkenntnisse und Empfehlungen des strategischen Projekts von Eurojust zur Stärkung der Arbeit von Eurojust bei Fällen im Zusammenhang mit Drogenhandel (*Enhancing the work of Eurojust in drug trafficking cases* – Abschließende Ergebnisse (11483/12)), das zusammen mit dem dänischen Ratsvorsitz veranstaltete strategische Seminar zum multidisziplinären Ansatz bei organisierter Kriminalität (*A Multidisciplinary Approach to Organised Crime: Administrative Measures, Judicial Follow-Up and the Role of Eurojust* – Kopenhagen, 11.–13. März 2012 – Ergebnisbericht (11298/12)), und das strategische Projekt zu den Maßnahmen von Eurojust bei der Bekämpfung von Menschenhandel (*Strategic Project on Eurojust's action against trafficking in human beings* – Abschlussbericht und Aktionsplan (16947/12)) wurden den Arbeitsgruppen des Rates vorgelegt.

Europäische Kommission

Nach Abschluss von 2011 durchgeführten Verhandlungen unterzeichneten Eurojust und die Europäische Kommission am 20. Juli 2012 eine Vereinbarung, mit der der Informationsaustausch formalisiert und die Zusammenarbeit in Fragen gegenseitigen Interesses verstärkt werden soll. Zur besseren Kommunikation über strategische Fragen und Haushaltsangelegenheiten fanden im Verlauf des Jahres 2012 wiederholt Treffen zwischen dem Präsidium und dem Verwaltungsdirektor von Eurojust und ihren Gesprächspartnern in der Europäischen Kommission statt.

Eurojust nahm im Rahmen der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der EU und der verstärkten

Strafverfolgung (*Protecting the EU's financial interests and enhancing prosecutions*) Stellung. Dabei ging Eurojust vor allem auf praktische und rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) ein, insbesondere auf die Bedeutung enger Beziehungen zwischen EPPO und Eurojust.

Auf Einladung von Vizepräsidentin Viviane Reding, Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, nahm Eurojust am 26. Juni 2012 zusammen mit Generalstaatsanwälten und Leitern der Staats-

anwaltschaften der Mitgliedstaaten an einer Tagung zum Thema Strafverfolgung von Betrug gegen die finanziellen Interessen der EU teil.

Im Oktober 2012 akzeptierte Eurojust eine Einladung zu einer Sitzung der Europäischen Kommission mit Experten der Mitgliedstaaten über die Reform der Governance von Eurojust, die parlamentarische Kontrolle und mögliche zusätzliche Befugnisse, wie z.B. die Einleitung von Ermittlungen und bindende Entscheidungen zur Lösung von Kompetenzkonflikten.

2.2 Beziehungen zu Praktiker-Netzwerken

Europäisches Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN)

Eurojust unterstützt und ist weiterhin aktiv im Austauschprogramm des Europäischen Netzes für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN). Im Jahresverlauf verbrachten neun Staatsanwälte und Richter aus verschiedenen Mitgliedstaaten je drei Monate bei Eurojust und waren in die Alltagsarbeit der nationalen Tische ihres jeweiligen Herkunftslandes (Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Deutschland, Spanien, Ungarn, Italien, Portugal und Slowakische Republik) eingebunden. Das Austauschprogramm bringt den Teilnehmern die Arbeit der Organisation insgesamt näher und vermittelt ihnen ein besseres Verständnis des Einsatzes und der Effizienz der Arbeit der nationalen Tische.

Eurojust und das EJTN verfolgten ferner das neu geschaffene Programm für EJTN-Praktika über einen kürzeren Zeitraum von einer Woche. Drei nationale Tische (Ungarn, Portugal und Spanien) nahmen im Dezember 2012 derartige Kurzzeit-Praktikanten auf. Das Kurzzeit-Austauschprogramm bietet Staatsanwälten und Richtern die Möglichkeit, in kurzer Zeit Kenntnisse über die Bandbreite der Arbeit der nationalen Tische zu erwerben und sich einen umfassenden Überblick über die von Eurojust geleistete Arbeit zu verschaffen.

Eurojust unterstützte aktiv eine Fortbildungsveranstaltung zur Praxis der internationalen justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (*International judicial cooperation in criminal matters in practice*), bei der Fälle von EuHb und Rechtshilfeersuchen simuliert wurden. Diese Fortbildungsveranstaltung fand

in mehreren europäischen Städten (Bukarest, Madrid, Lissabon, Krakau, Rom, Tartu und Zagreb) statt.

Beratendes Forum der Generalstaatsanwälte und Leiter von Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten

Auch 2012 unterstützte Eurojust umfassend in rechtlichen und logistischen Belangen die Arbeit des Beratenden Forums der Generalstaatsanwälte und Leiter von Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten (Beratendes Forum).

Unter dänischem Ratsvorsitz übermittelte Eurojust im Juni die Antwort des Beratenden Forums im Rahmen der öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission über den Schutz der finanziellen Interessen der EU und die verstärkte Strafverfolgung (*Protecting the European Union's financial interests and enhancing prosecutions*). Dabei handelte es sich um einen Beitrag zur Harmonisierung des Strafrechts und zur Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO), der auf den Antworten zahlreicher Mitglieder des Beratenden Forums basiert.

Im Dezember fand bei Eurojust ein vom zyprischen Ratsvorsitz veranstaltetes Treffen des Beratenden Forums statt. Die Teilnehmer sprachen über Herausforderungen bei der polizeilichen und justiziellen Verfolgung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU, den Mehrwert des Entwurfs einer Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von Betrug gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union und die jeweiligen Aufgaben von Europäischer Union, Eurojust und Mitgliedstaaten.

Erörtert wurden ferner Begriffsbestimmungen von PIF-Straftaten, Zuständigkeitsfragen, die Harmonisierung von Sanktionen, Fristen und die Bedeutung all dieser Fragen für die künftige Einrichtung der EPPO. Zur Diskussion standen auch Fragen der justiziellen Zusammenarbeit bei Sicherstellung und Einziehung. Besonderes Gewicht lag dabei auf den Hindernissen für die Vermögensabschöpfung, den Erfahrungen, bewährten Vorgehensweisen und Bedürfnissen der Praktiker, dem praktischen Nutzen bestehender EU-Instrumente und den möglichen Auswirkungen des Entwurfs der Richtlinie über die Sicherstellung und

Einziehung von Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union. Die Teilnehmer erörterten ferner die Zukunftsperspektiven des Beratenden Forums. In diesem Zusammenhang ersuchte das Beratende Forum Eurojust, seine Arbeit auch weiterhin zu unterstützen. Das Ergebnis dieses Treffens wird an die einschlägigen EU-Organen übermittelt, um sie über die Auffassungen des Beratenden Forums zu sämtlichen erörterten Fragen zu informieren und um die legislativen und politischen Bemühungen um die Bekämpfung schwerer Kriminalität auf EU-Ebene zu unterstützen.

2.3 EU-Agenturen und -Einrichtungen

Europol

Die operative Zusammenarbeit zwischen Eurojust und Europol wurde im Rahmen der einander ergänzenden Mandate der beiden Organisationen verstärkt und war weiterhin für die Tätigkeiten von Eurojust von zentraler Bedeutung.

Gemäß AEUV stützt sich die Koordinierungsrolle von Eurojust auf „die von den Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol gelieferten Informationen“. Beide Organisationen streben eine Verbesserung des Informationsaustauschs an, damit Eurojust seinen Aufgaben in vollem Umfang nachkommen kann.

Positiv auf die Fallarbeitszusammenarbeit zwischen Eurojust und Europol wirkte sich die Teilnahme von Europol an Koordinierungstreffen in 85 Fällen aus. Der Ausbau der direkten Kommunikation und Kooperation zwischen nationalen Tischen bei Eurojust und den Verbindungsbüros von Europol wurde fortgesetzt, wobei viele nationale Tische regelmäßig Kontakt mit den entsprechenden Europol Verbindungsbüros pflegen und Treffen abhalten.

Der Austausch operativer Informationen über die sichere Kommunikationsverbindung zwischen Eurojust und Europol erfolgte mit 943 ausgetauschten Mitteilungen in unverändertem Umfang.

Eine zusätzliche Verbesserung des Informationsaustauschs ergab sich durch das Inkrafttreten am 1. April einer Vereinbarung über die Einrichtung einer sicheren Kommunikationsverbindung, die rechtlich die Voraussetzung für die Nutzung von SIENA (Secure Information Exchange Network Application) für

den Informationsaustausch mit Eurojust ist. Ende des Jahres waren die technische Umsetzung und die SIENA-Schulungen für die nationalen Tische und das Fallanalysereferat (Case Analysis Unit) von Eurojust nahezu abgeschlossen. Die Nutzung von SIENA für den Informationsaustausch mit Europol wird einer regelmäßigen Evaluierung unterzogen, um seine umfassende Nutzung zu gewährleisten.

Eurojust war weiterhin mit 17 Europol-FocalPoints (früher Analysedateien) verbunden und begann mit den Arbeiten an einer Machbarkeitsstudie. Die Bemühungen um eine engere Anbindung von Eurojust an FocalPoints, wie z.B. jene für islamistischen Terrorismus und Extremismus im Inland, werden fortgesetzt.

Das 2011 eingerichtete Austauschprogramm für Mitarbeiter beider Organisationen erwies sich als Erfolg; es war ein Anstieg der gegenseitigen Besuche und der Teilnehmer zu verzeichnen. Insgesamt 44 Mitarbeiter waren jeweils bei Eurojust bzw. Europol zu Besuch. Die Teilnehmer aus den Reihen von Europol hörten bei Eurojust Vorträge, die auf ihren jeweiligen beruflichen Hintergrund und ihre Bedürfnisse zugeschnitten waren.

Die operative Zusammenarbeit bei JITs wurde durch ein System gegenseitiger Benachrichtigungen über die Teilnahme an JITs verbessert.

Am 12. April und 24. November fanden informelle Treffen zwischen dem Präsidium und dem Verwaltungsdirektor von Eurojust sowie der Europol-Direktion statt, eine begrüßenswerte Initiative, die in Zukunft fortgesetzt werden soll. Wie in den Vorjahren nahm Eurojust an den Treffen der Leiter der Nationalen Stellen von Europol (HENUs) teil.

Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ist ein bevorzugter Partner in der Bekämpfung von Betrug, Korruption und anderen Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union. Eurojust eröffnete fünf Fälle, in die OLAF einbezogen wurde; ein weiterer Fall, der bei Eurojust bereits seit 2010 anhängig war, wurde 2012 auf OLAF ausgedehnt. OLAF nahm ferner an fünf Koordinierungstreffen teil.

Während des gesamten Jahres fanden regelmäßig Treffen der Verbindungsteams von Eurojust und OLAF statt. Diese Treffen dienen der Verstärkung der operativen Zusammenarbeit in laufenden Fällen und der Diskussion von Fragen gemeinsamen Interesses. Dabei wurde auch die Möglichkeit eines Austauschprogramms für Eurojust und OLAF angesprochen.

Eurojust nahm im November an der 10. OLAF-Konferenz von auf Betrugsbekämpfung spezialisierten Staatsanwälten sowie im Juni an der Konferenz über die Modellbestimmungen zum Strafverfahren für die Europäische Staatsanwaltschaft (*A blueprint for the European Public Prosecutor's Office? EU model rules of criminal procedure*) teil, die von der Universität Luxemburg mit Unterstützung von OLAF veranstaltet wurde. Während des gesamten Jahres bemühten sich Eurojust und OLAF weiterhin um eine Verbesserung Ihrer Zusammenarbeit in der Fallarbeit. Die Zusammenarbeit soll beginnen, sobald Koordinierungsbedarf erkennbar wird, unabhängig davon, ob es sich um einen bi- oder einen multilateralen Fall handelt. Die Liste gemeinsamer Fälle wird regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht, und es wurde eine gemeinsame Evaluierung abgeschlossener Fälle vereinbart, an denen sowohl OLAF als auch Eurojust beteiligt waren.

Im Grundsatz wurde Einigung über einen „gemeinsamen Ansatz“ erzielt, wie Eurojust und OLAF in Fällen vorgehen sollen, in denen die Ergebnisse einer Ver-

waltungsuntersuchung nachfolgende justizielle Ermittlungen erfordern.

Schließlich dürfte die neue OLAF-Verordnung der künftigen operativen Zusammenarbeit zwischen Eurojust und OLAF größeres Gewicht verleihen, da sie ausdrücklich von der Übermittlung sachdienlicher Informationen an Eurojust spricht.

Frontex

Eurojust und Frontex setzten ihre Verhandlungen über ein Instrument zur Förderung und Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Einrichtungen und zur Unterstützung ihrer gegenseitigen Bemühungen bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Straftaten fort.

Frontex folgte Eurojust im Vorsitz der Leiter von JI-Agenturen nach. Eurojust nahm an den Aktivitäten der JI-Agenturen teil, in deren Mittelpunkt die multilaterale Zusammenarbeit stand, sowie an der Jahrestagung der Leiter der JI-Agenturen am 3. Dezember bei Frontex teil.

EPA

Eurojust leistete weiterhin Beiträge zur Arbeit der Europäischen Polizeiakademie (EPA), beispielsweise zum Online-Lernmodul der EPA zum Thema Menschenhandel; es beteiligte sich am EPA-Webinar für EU-Agenturen im Bereich der Strafverfolgung und justiziellen Zusammenarbeit und an Fortbildungskursen über JIT-Finanzierung. Im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit in der Zukunft fand ein Treffen zwischen EPA und Eurojust über die Erarbeitung eines gemeinsamen Eurojust-Schulungsplans (*Eurojust Common Curriculum*) statt und wurde bei Eurojust eine interne Arbeitsgruppe zu diesem Thema eingesetzt.

2.4 Beziehungen zu Drittstaaten und Organisationen außerhalb der Europäischen Union

Im Dezember legte Eurojust dem Rat der Europäischen Union den Entwurf einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und dem

Fürstentum Liechtenstein zur Genehmigung vor und setzte den Rat über seine Pläne in Kenntnis, offizielle Verhandlungen über den Abschluss einer Vereinba-

rung mit der Republik Moldau aufzunehmen. Kooperationsvereinbarungen mit der Russischen Föderation und der Ukraine wurden erneut als Priorität bestätigt. Zu Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kap Verde, Israel, Montenegro, Serbien und der Türkei wurden die Kontakte fortgesetzt, um die Möglichkeit zu erkunden, in Verhandlungen über Kooperationsabkommen einzutreten. Lateinamerikanische Länder, insbesondere Brasilien, Kolumbien und Mexiko, wurden auf die Prioritätenliste für die Aushandlung von Kooperationsvereinbarungen gesetzt. Ferner wurde Tunesien von Eurojust in sein Netzwerk von Kontaktstellen in Drittstaaten aufgenommen. Außerdem nahmen Eurojust und Interpol Verhandlungen über den Abschluss einer Vereinbarung auf.

Am 4./5. Oktober fand in Limassol in der Republik Zypern ein strategisches Seminar zur justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den südlichen Nachbarländern der EU (*Judicial Cooperation in Criminal Matters between the EU Member States and Southern neighbours of the EU*) – Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästinensische Behörde und Tunesien – statt; dieses Seminar wurde gemeinsam von Eurojust, dem zyprischen EU-Ratsvorsitz, dem Generalstaatsanwalt der Republik Zypern und der Europäischen Kommission veranstaltet. Themen waren bewährte Verfahrensweisen und Schwierigkeiten in den verschiedenen Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit, mögliche weitere Schritte zur Intensivierung der Zusammenarbeit sowie die Nominierung

von Eurojust-Kontaktstellen in den südlichen Nachbarländern der EU.

Ein Workshop zur Anwendung von Rechtshilfe- und Auslieferungsvereinbarungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika (*Workshop on the Application of the Mutual Legal Assistance and Extradition Agreements between the European Union and the United States of America*) fand am 25./26. Oktober bei Eurojust statt; er wurde gemeinsam von Eurojust und den USA organisiert und vom zyprischen Ratsvorsitz, dem Generalsekretariat des Rates und der Europäischen Kommission unterstützt. Themen des Workshops waren Schwierigkeiten in den Bereichen Auslieferung und Rechtshilfeersuchen sowie Fragen im Zusammenhang mit Einziehung und Vermögensabschöpfung, Ermittlungen gegen Cyberkriminalität und der Austausch elektronischer Beweismittel.

Eurojust setzte seine Unterstützung für Initiativen in den Balkanländern einschließlich des Projekts der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption durch Stärkung des Netzwerks der Staatsanwälte (*Fight against organised crime and corruption: Strengthening the Prosecutors' Network*) fort.

Zu Informationen über die Fallarbeit von Eurojust mit Beteiligung von Drittstaaten und zur Rolle von zu Eurojust entsandten Verbindungsstaatsanwälten aus Drittstaaten siehe Abschnitt 1.5.



Der Eurojust-Beschluss und die Zukunft



3.1 Umsetzung des Ratsbeschlusses über Eurojust

In 20 Mitgliedstaaten mussten Rechtsvorschriften erlassen werden, um das innerstaatliche Recht bis zum Fristablauf im Juni 2011 in Einklang mit dem Eurojust-Beschluss zu bringen. Bis Ende 2012 hatten jedoch nur 12 Mitgliedstaaten den Eurojust-Beschluss vollständig umgesetzt (sieben mit Rechtsvorschriften, fünf mit Verwaltungsvorschriften); vier Mitgliedstaaten hatten ihn teilweise umgesetzt, und nach den von Mitgliedstaaten erhaltenen Informationen hatten ihn 11 gar nicht umgesetzt.

Eurojust schloss mehrere Projekte zur internen Umsetzung des Eurojust-Beschlusses ab. Der Koordinierungsdauerdienst (OCC), der 2011 seine Arbeit aufgenommen hatte, ist nunmehr voll funktionsfähig; ihm ist es zu verdanken, dass Eurojust rund um die Uhr über eine kostenlose internationale Telefonnummer zu erreichen ist.

Eurojust hat sein Fallbearbeitungssystem (CMS) sowie sein „intelligentes“ PDF-Formblatt zum Informationsaustausch gemäß Artikel 13 weiterentwickelt. Dieses war 2011 zur Erleichterung der strukturierten Übermittlung von Informationen von Praktikern an Eurojust entwickelt worden und wurde auf Wunsch der Nutzer 2012 mit seiner Version 2.0 verbessert, die auch halbautomatisch in das CMS importiert werden kann.

Eine der wichtigsten Entwicklungen 2012 in den Mitgliedstaaten war die Weiterentwicklung des Nationalen Eurojust-Koordinierungssystems (ENCS). Eurojust widmete sich weiter der technischen Verbindung zwischen den Mitgliedern des ENCS in den Mitgliedstaaten und dem Fallbearbeitungssystem von Eurojust, um dem Bedarf der Nutzer besser gerecht zu werden und die Übermittlung von Informationen sowohl sicherer als auch bequemer zu gestalten. Kurzfristig bedeutet diese Verbindung mehr Sicherheit bei Übermittlungen per E-Mail, während langfristig die ENCS-Mitglieder in den Mitgliedstaaten an das CMS

angeschlossen werden können. Mit Bulgarien und Rumänien bestehen bereits Verbindungen. Andere Mitgliedstaaten werden schon bald folgen.

Am 12. November fand bei Eurojust ein erstes Treffen der nationalen Korrespondenten für Eurojust statt. Zweck des Treffens waren Diskussionen und der Austausch bewährter Verfahrensweisen und Erfahrungen. Im Mittelpunkt des Treffens standen der Stand der Einrichtung und die Arbeitsweise der ENCS in den Mitgliedstaaten, der Informationsaustausch gemäß Artikel 13 des Eurojust-Beschlusses, die Verwendung des „intelligenten“ PDF-Formblatts zu Artikel 13, Rückmeldungen von Eurojust auf der Grundlage von Artikel 13a und der Stand der technischen Verbindung zwischen den ENCS und dem CMS von Eurojust. Die Übersicht „*Fiches suédoises*“, die Eurojust zusammengestellt hatte, um einen Überblick über die Umsetzung des ENCS in den Mitgliedstaaten zu erhalten, war 2008 unter dem schwedischen EU-Ratsvorsitz eingeführt und danach in regelmäßigen Abständen auf den neuesten Stand gebracht worden.

Mehrere Mitgliedstaaten meldeten zwar die Einrichtung eines ENCS, konnten aber aufgrund der Kürze der seitdem vergangenen Zeit noch von keinen praktischen Erfahrungen berichten. In einigen Mitgliedstaaten wurden die ENCS unter strengster Beachtung von Artikel 12 des Eurojust-Beschlusses eingerichtet (es werden also nur die im Eurojust-Beschluss erwähnten Mitgliederkategorien in das ENCS aufgenommen). Andere Mitgliedstaaten haben sich für eine etwas großzügigere Vorgehensweise entschieden und auch Vertreter anderer Stellen, die nicht in Artikel 12 des Eurojust-Beschlusses erwähnt werden, wie Vertreter von Strafverfolgungsbehörden, die sich mit Finanzstraftaten befassen, und Kontaktstellen für OLAF und Europol entweder in das ENCS aufgenommen oder zu ENCS-Treffen eingeladen.

3.2 Sechste Runde der gegenseitigen Bewertung der praktischen Umsetzung und der Anwendung der Beschlüsse über Eurojust und das Europäische Justizielle Netz in den Mitgliedstaaten

Im Juni 2011 beschloss die Arbeitsgruppe „Allgemeine Angelegenheiten einschließlich Bewertung“ (GENVAL) des Rates die praktische Umsetzung und die Anwendung der Beschlüsse über Eurojust und das Europäische Justizielle Netz in den Mitgliedstaaten zum Thema der sechsten Runde der gegenseitigen Bewertung zu machen.

Im Verlauf von drei Jahren (2012–2014) werden alle Mitgliedstaaten einer Bewertung unterzogen. Jeder Mitgliedstaat füllt einen Fragebogen des Rates aus und wird dann von einem Bewertungsteam besucht, das aus drei Experten aus anderen Mitgliedstaaten sowie Beobachtern von Kommission, Eurojust und

Europol besteht. Eurojust hat einen eigens für sich konzipierten Fragebogen beantwortet, und diese Antworten werden von den Begutachtungsteams berücksichtigt.

Im Verlauf des Jahres 2012 wurden Schweden, Litauen, Belgien, Estland, die Slowakische Republik, Dänemark, Finnland, Ungarn und Österreich bewertet. Nach Abschluss der Besuche vor Ort in den Mitgliedstaaten verfassen die Experten mit Unterstützung durch die Beobachter Bewertungsberichte, die sich auf die Antworten der Mitgliedstaaten auf den Fragebogen und die Ergebnisse der Bewertungsbesuche stützen. Die Abschlussberichte werden GENVAL vorgelegt.

3.3 Task Force zur Zukunft von Eurojust

Die Task Force zur Zukunft von Eurojust setzte ihre Überlegungen und Aktivitäten im Hinblick auf eine Reform von Eurojust gemäß Artikel 85 AEUV sowie auf die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft „ausgehend von Eurojust“, wie es in Artikel 86 AEUV heißt, fort.

Eurojust schloss erste Überlegungen zu seiner künftigen Struktur ab, die sich auf die Grundsätze einer

ordnungsgemäßen öffentlichen Governance und die Unabhängigkeit der operativen Arbeit der nationalen Tische stützen, und legte der Europäischen Kommission Vorschläge für mögliche Governance-Konstellationen vor. In einem zweiten Beitrag ging es um die Einbeziehung des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente in die Bewertung der Arbeit von Eurojust.

3.4 Konferenz: Zehn Jahre Eurojust, operative Ergebnisse und künftige Herausforderungen

Themen einer Konferenz im November mit dem Titel *Zehn Jahre Eurojust, operative Ergebnisse und künftige Herausforderungen*, die von Eurojust mit Unterstützung durch die Europäische Rechtsakademie (ERA) veranstaltet wurde, waren sowohl die im vergangenen Jahrzehnt von Eurojust gesammelten Erfahrungen in der Koordinierung von Ermittlungen

im Bereich schwerer Kriminalität als auch seine Zukunftsperspektiven. Bei der Konferenz trafen Vertreter von EU-Organen und einschlägigen Einrichtungen im Bereich Strafrecht, Vertreter von Mitgliedstaaten, nationale Justizbehörden, wissenschaftliche Experten sowie derzeitige und ehemalige nationale Mitglieder aufeinander. Zum ersten Mal stand eine

Veranstaltung von Eurojust auch der breiten Öffentlichkeit offen.

Die Teilnehmer bekräftigten, dass Koordinierungstreffen, Koordinierungszentren und die Unterstützung für JIJs wirksame Instrumente zur Überwindung von Defiziten bei länderübergreifenden Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen schwere grenzüberschreitende Kriminalität darstellen.

Die Teilnehmer unterstrichen, dass Verbesserungen an der internen Struktur und eine parlamentarische Kontrolle von Eurojust einhergehen müssten mit einer größeren operativen Effektivität bei der Koordinierung von Ermittlungen und Strafverfolgungen, die in Zukunft vielleicht auch die Einleitung von Ermittlungen und die Beilegung von Kompetenzkonflikten umfassen könnte.

Vor dem Hintergrund von Artikel 86 AEUV wurde das Erfordernis eines kohärenten Rahmens sowie enger Verbindungen zwischen Eurojust der europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) und anderen einschlägigen Akteuren wie OLAF und Europol zwecks Erreichens eines gemeinsamen Ziels wie z. B. der wirksameren Bekämpfung von Betrug gegen die finanziellen Interessen der EU betont.

Die Teilnehmer waren sich darin einig, dass eine künftige EPPO auf bestehenden Strukturen, Erfahrungen und Fachkenntnissen aufbauen und Bestandteil eines kohärenten Systems im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sein sollte. Sie stimmten ferner darin überein, dass Eurojust in der künftigen EPPO sowie in den Beziehungen mit den nationalen Justizbehörden der Mitgliedstaaten und Drittstaaten eine tragende Rolle spielen muss.



Entwicklungen im Bereich der Verwaltung



4.1 Administrative Entwicklungen

Der Jahresarbeitsplan (Annual Work Plan) und die operativen Pläne der einzelnen Referate bilden die Kernelemente der strategischen Planung und des Programmplanungszyklus von Eurojust sowie die Grundlage für die tätigkeitsbezogene Haushaltsplanung von Eurojust. An einer Verbesserung der verfügbaren Instrumente wird gearbeitet, um wirksame Planung, kosteneffiziente Haushaltsführung und Leistungsmanagement zu gewährleisten.

Die für 2012 geplanten Tätigkeiten von Eurojust konnten mit 274 Mitarbeitern erbracht werden, die ihren ständigen Arbeitsplatz in Den Haag haben; dabei handelt es sich um 45 Staatsanwälte, Richter und Polizeibeamte mit gleichwertigen Befugnissen, die von den Mitgliedstaaten an Eurojust entsandt wurden, 12 Abgeordnetenationale Sachverständige und 217 Bedienstete. Der Haushalt von Eurojust für 2012 belief sich auf EUR 32.967.000, der Haushaltsvollzug lag bei 98 %.

Im Rahmen der Vereinbarung zwischen der Europäischen Kommission und Eurojust fanden eine Reihe von Managementsitzungen sowie ein regelmäßiger Informationsaustausch und Konsultationen zwischen Vertretern der Kommission, dem Verwaltungsdirektor von Eurojust und den Abteilungsleitern statt. Dieser intensive Dialog erwies sich gerade in Zeiten knapper Mittel und vor dem Hintergrund der Diskussionen über die neuen Verordnungen für Eurojust für alle Seiten als vorteilhaft.

Im Rahmen der Tätigkeiten der JI-Agenturen nahm Eurojust an Expertentreffen zur strategischen Pla-

nung teil. Außerdem konsultierte Eurojust die anderen Agenturen im Hinblick auf sein Jahresarbeitsprogramm 2014.

Fortschritte erzielte Eurojust bei der Überprüfung der Organisationsstruktur (OSR) einschließlich der Umstrukturierung der Verwaltung von Eurojust. Die Umstrukturierung folgte einem Einstellungsplan, der mit Hilfe einer Reihe interner und externer Auswahlverfahren umgesetzt wurde. Im Zuge der zahlreichen Auswahlverfahren im Zusammenhang mit der Umstrukturierung konnte auch die Auswahl des Leiters der Operativen Unterstützung abgeschlossen werden.

Der vom Kollegium im Oktober 2012 angenommene Aktionsplan zur Umsetzung der Kommunikationsstrategie von Eurojust enthält eine Reihe von Aktivitäten zur Intensivierung der Beziehungen zu EU-Partnern, Interessenträgern und Medien und sieht den Aufbau einer Datenbank mit Falldarstellungen vor, die der Fallarbeit von Eurojust einen höheren Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit verschaffen soll. Die neue Website von Eurojust wurde im Februar 2012 anlässlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen von Eurojust in Betrieb genommen.

Das Entwurfsteam für die neuen Räumlichkeiten von Eurojust wurde Anfang 2012 von Eurojust und dem Gastgeberland ausgewählt und arbeitete weiter an der Festlegung von Anforderungen und dem endgültigen Entwurf des Neubaus, der Ende 2013 vorliegen soll. Laut Planung sollen die neuen Räumlichkeiten von Eurojust Ende 2015 bezugsfertig sein.

4.2 Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Die Zahl der Anträge auf Zugang der Öffentlichkeit zu Eurojust-Dokumenten nahm 2012 zu und belief sich auf 17 Erstanträge und einen Zweitantrag. 14 Erstanträge gingen direkt bei Eurojust ein. In den anderen drei Fällen wurde Eurojust konsultiert, nachdem bei anderen nationalen oder internationalen Organisationen Anträge eingegangen waren.

Sieben der acht nicht-fallbezogenen Anträge wurde vollständig stattgegeben. Bei einem Antrag wurde der Zugang teilweise abgelehnt, weil eine vollständige

Offenlegung die öffentliche Sicherheit, die Wahrnehmung der Aufgaben von Eurojust bei der Bekämpfung schwerer Kriminalität und die Einhaltung der Regeln über die berufliche Schweigepflicht gefährden würde (siehe Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a, erster, fünfter und siebter Spiegelstrich des Beschlusses über die Annahme von Regeln für den Zugang der Öffentlichkeit zu Eurojust-Dokumenten).

Von den sechs Anträgen auf Zugang zu fallbezogenen Dokumenten wurde ein Antrag teilweise abgelehnt;

der Zugang zu einigen der beantragten Dokumente (oder Teilen davon) wurde abgelehnt, weil die Offenlegung den Schutz der Privatsphäre und die Integrität der betroffenen Personen und den Schutz des Entscheidungsfindungsprozesses von Eurojust beeinträchtigen würde (siehe Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 4 Absatz 3 des Beschlusses über die Annahme von Regeln für den Zugang der Öffentlichkeit

zu Eurojust-Dokumenten). Bei einem anderen Antrag war Eurojust nicht mehr im Besitz der Dokumente. Die vier verbleibenden Anträge auf Zugang zu fallbezogenen Dokumenten wurden abgelehnt zum Schutz des öffentlichen Interesses an der Erfüllung der Aufgaben von Eurojust im Hinblick auf die Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität, wegen innerstaatlicher Ermittlungen und Strafverfolgungsmaß-

Leiter der Referate und Dienste



Von links nach rechts: Jacques Vos, Corporate Services; Joannes Thuy, Pressereferent; Diana Alonso Blas, Datenschutzbeauftragte; Carla Garcia Bello, Sekretariat des Kollegiums; Alinde Verhaag, Fallanalyse; Anna Baldan, Sekretariat des Netzwerks Gemeinsamer Ermittlungsgruppen; Klaus Rackwitz, Verwaltungsdirektor; Catherine Deboyser, Rechtsdienst; Jon Broughton, Informationsmanagement; Mike Moulder, Haushalt, Finanzen und Beschaffung; Linda Scotts, Personalabteilung; Matevž Pezdirc, Koordinator des Genozid-Netzwerks; Fatima Martins, EJM-Sekretariat

Eurojust Verwaltung 2013



nahmen, die von Eurojust unterstützt werden, und zur Einhaltung der Regeln über die berufliche Schweigepflicht (siehe Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a fünfter, sechster und siebter Spiegelstrich des Beschlusses über die Annahme von Regeln für den Zugang der Öffentlichkeit zu Eurojust-Dokumenten), zum Schutz der Integrität der betroffenen Personen (siehe Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des Beschlusses über die Annahme von Regeln für den Zugang der Öffentlichkeit zu Eurojust-Dokumenten) bzw. zum Schutz des Entscheidungsfindungsprozesses von Eurojust (Artikel

4 Absatz 3 des Beschlusses über die Annahme von Regeln für den Zugang der Öffentlichkeit zu Eurojust-Dokumenten).

Die drei anderen Anträge auf Zugang betrafen Strafsachen oder strafrechtliche Ermittlungen im Allgemeinen, fielen jedoch entweder nicht unter das Mandat von Eurojust oder bezogen sich auf Fälle, in denen Eurojust keine Unterstützung geleistet hatte. Eurojust teilte den Antragstellern daher mit, es verfüge über keine Dokumente.



Weitere Vorgehensweise nach
den Schlussfolgerungen des Rates

Am 6. Juni 2012 hat der Rat für Justiz und Inneres (JI) Schlussfolgerungen zum zehnten Jahresbericht von Eurojust (Dokument 10360/12) verabschiedet. Wie in den Vorjahren berichtet Eurojust an dieser Stelle über die Umsetzung dieser Schlussfolgerungen. Die nachstehende Tabelle enthält Hinweise dazu, wo weitere Informationen zu den Bereichen zu finden sind, zu denen der Rat Empfehlungen ausgesprochen hat.

Empfehlungen des Rates	Folgeaktionen
Verstärkte Nutzung von Videokonferenzen.	Es liegen zwar keine Zahlen vor, doch ist ein häufigerer Einsatz der Videokonferenzausrüstung durch die nationalen Tische bei Koordinierungstreffen, Koordinierungszentren und Sitzungen mit den Behörden des eigenen Landes zu verzeichnen.
Weiterentwicklung der Nutzung von Koordinierungszentren und Berichterstattung über ihre Nutzung in der Praxis und ihren Wert für die Durchführung der Ermittlungen.	2012 gab es sieben Koordinierungszentren. Siehe Abschnitt 1.4.
Weitere Unterstützung der Bildung und des Einsatzes von JITs im Hinblick auf die Entwicklung bewährter Verfahrensweisen und den Austausch von Informationen über Erfahrungen im Justizbereich und Verfahrensausgänge.	2012 war Eurojust an 47 JITs beteiligt und finanzierte 62 JITs. Siehe Abschnitt 1.4 und 1.6 (JIT-Netzwerk).
Beibehaltung der Praxis der Einbeziehung von Europol in den Koordinierungsprozess.	Europol nahm in 85 Fällen an Koordinierungstreffen von Eurojust teil. Siehe Abschnitt 2.3.
Berichterstattung über die Umsetzung von Artikel 7 Absatz 3 des Eurojust-Beschlusses bezüglich des EuHb.	Siehe Abschnitt 1.2.
Vervollkommnung der Kapazitäten für die Berichterstattung, über Schwierigkeiten, Lösungen und Tendenzen in der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen.	Siehe Abschnitt 1.
Berichterstattung über die Verwendung des PDF-Formblatts im Zusammenhang mit Artikel 13 des Eurojust-Beschlusses und Angaben zum Umfang des Informationsaustauschs.	Es wurde eine elektronische Vorlage entwickelt. Die neueste Version ermöglicht die semi-automatische Dateneingabe in das Fallbearbeitungssystem. Siehe Abschnitt 3.1.
Gewährleistung des rechtzeitigen Abschlusses des Projekts EPOC IV.	Der Abschluss des Projekts fiel zeitlich mit der Abschlusskonferenz am 29./30. März 2012 in Noordwijk, Niederlande, zusammen
Vollendung des Umsetzungsprozesses sowie Umsetzung der sicheren Verbindung für den Zugang zum CMS auf nationaler Ebene.	Insgesamt 11 Mitgliedstaaten haben die Vorgaben noch umzusetzen. Siehe Abschnitt 3.1 (Sichere Verbindung zum CMS auf nationaler Ebene).
Berichterstattung über die Umsetzung von Artikel 13a über Informationen und Rückmeldung an die nationalen Behörden.	Rückmeldung durch Jahresbericht und strategische Berichte über schwere Kriminalität (Drogenhandel, Menschenhandel). Auch über Aufspüren von Verbindungen und Analyse von Querverweisen und Informationsaustausch während der Koordinierungstreffen. Siehe Abschnitt 3.1.



Anhang: Statistiken für 2012

Abbildung 1 - Fallentwicklung 2002-2012

2012 registrierte Eurojust 1.533 Fälle, womit sich der Aufwärtstrend der Anzahl von Ersuchen um Unterstützung durch die Mitgliedstaaten seit dem Jahr 2002 fortgesetzt hat. Etwa 20 % der Fälle umfassten drei oder mehr Länder.

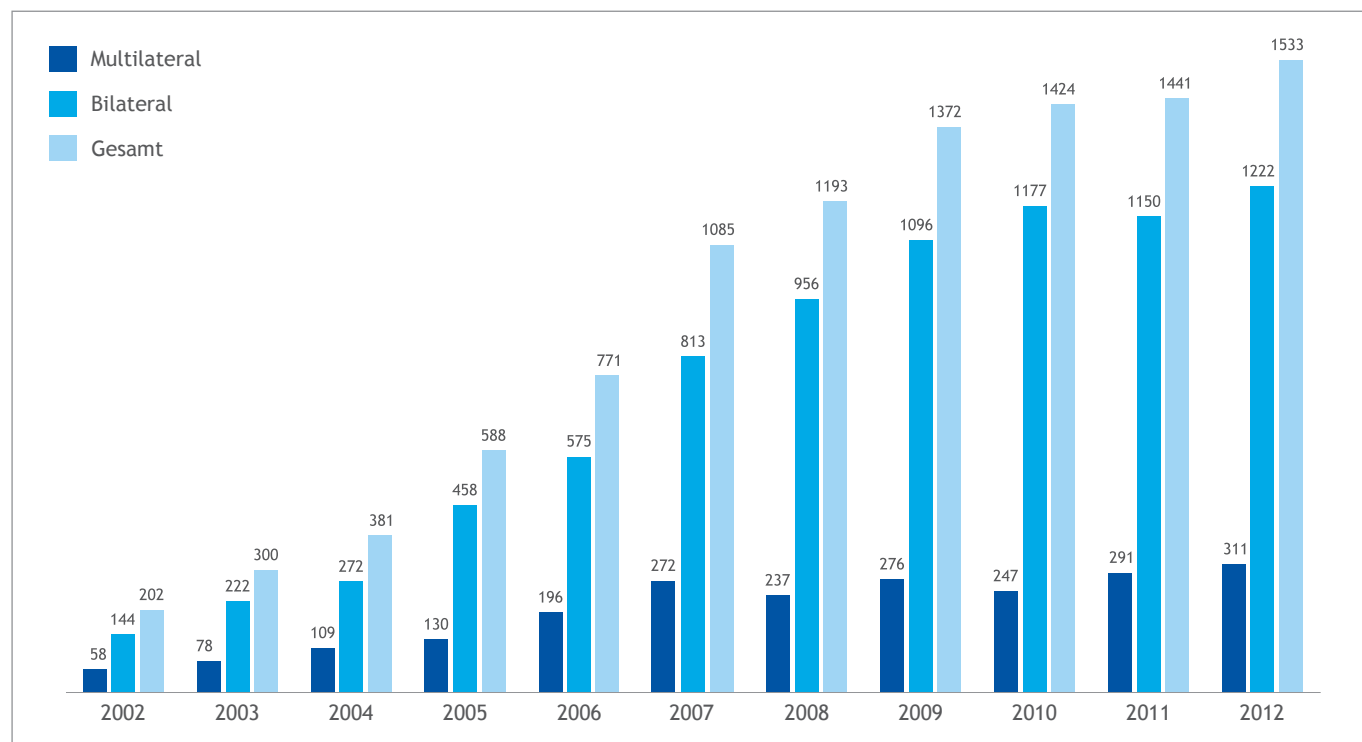


Abbildung 2 - Bilaterale/multilaterale Fälle 2012, aufgegliedert nach nationalen Tischen

Die Abbildung zeigt die Zahl der 2012 registrierten bilateralen und multilateralen Fälle, aufgegliedert nach nationalen Tischen. Die Klassifizierung eines Falls als bilateral ist nicht gleichbedeutend mit einer geringeren Schwere der betreffenden Straftat und bedeutet auch nicht, dass nur eine eingeschränkte Beteiligung von Eurojust erforderlich ist. Es kann durchaus sein, dass ein Fall, der bei Eurojust als bilateral eingestuft wird, in einem Mitgliedstaat als multilateraler Fall gilt.

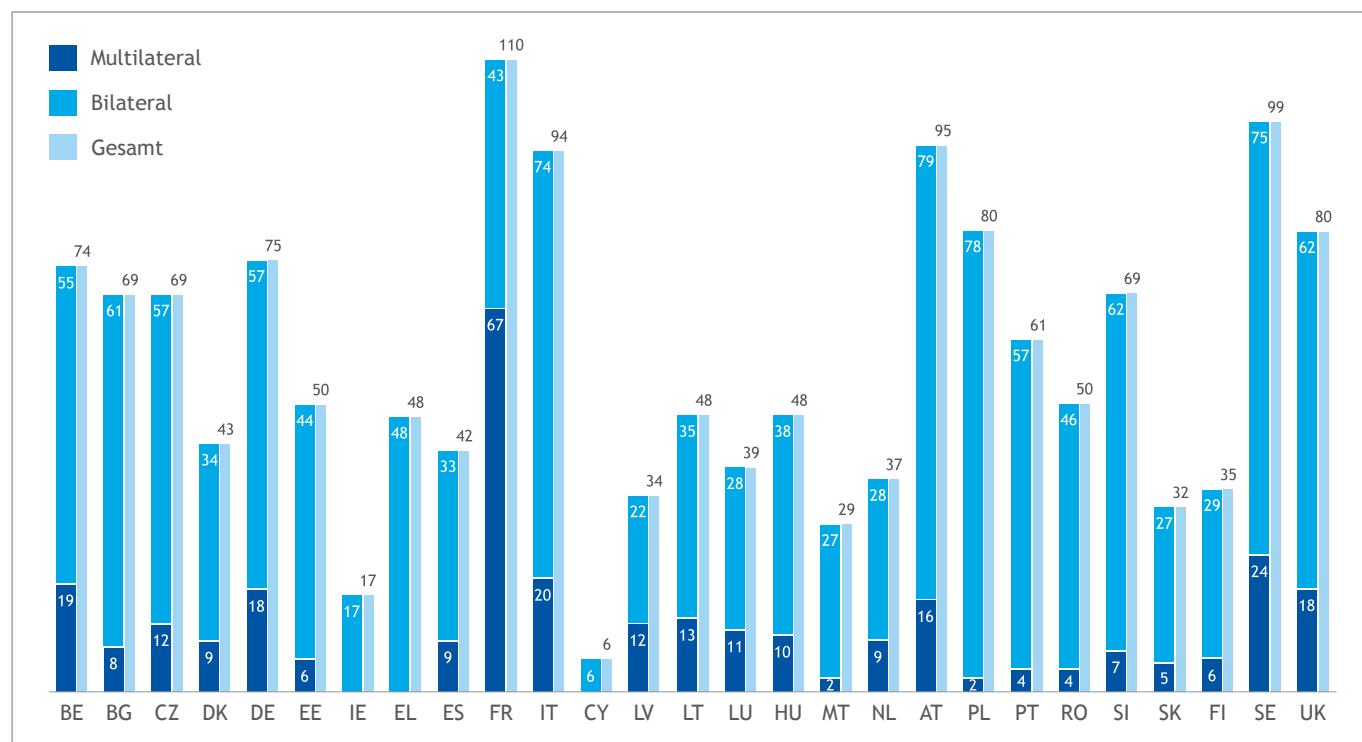


Abbildung 3 - Neu registrierte/abgeschlossene Fälle 2003-2012

Die Fallbelastung der nationalen Tische ist nicht nur von der Zahl der in einem Jahr neu registrierten Fälle, sondern auch von den noch anhängigen Fällen aus den Vorjahren abhängig. Insgesamt sind bei Eurojust 575 Fälle aus den Vorjahren (2003-2011) anhängig, die noch immer der Aufmerksamkeit und Unterstützung bedürfen.

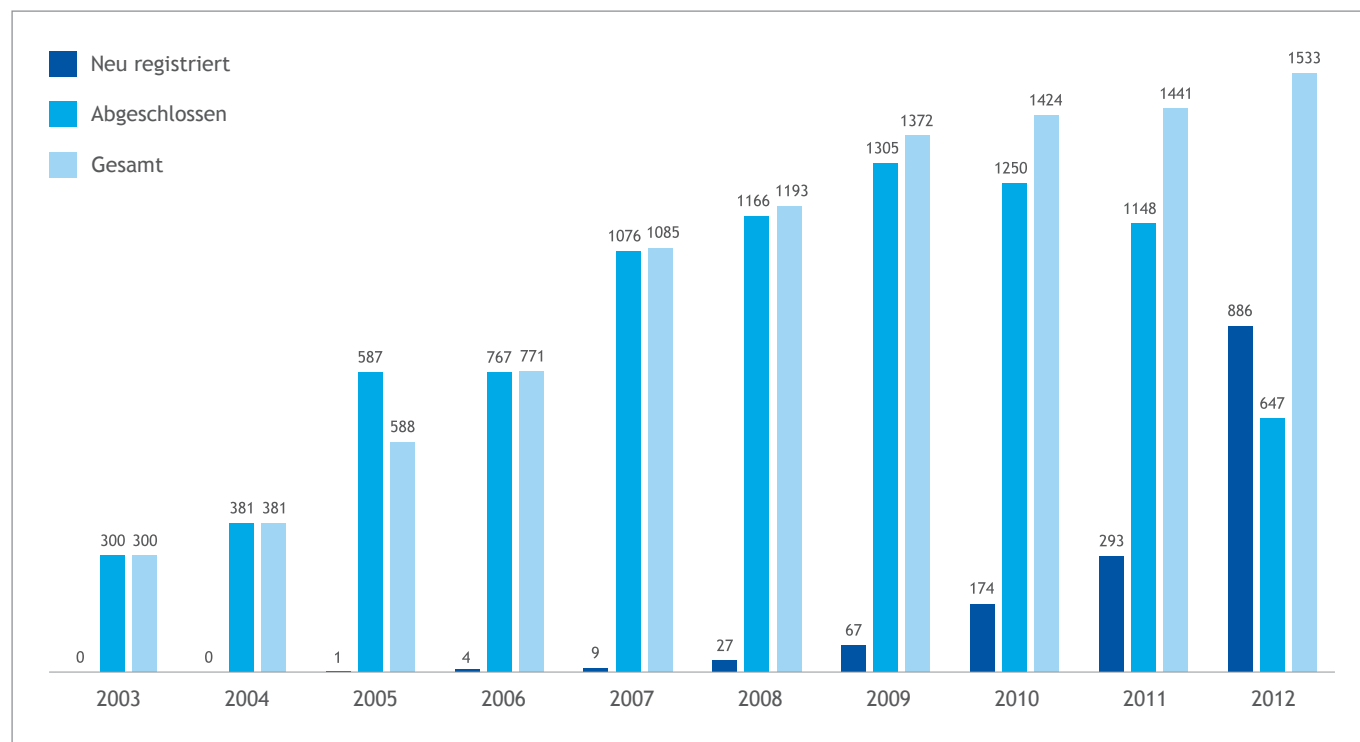
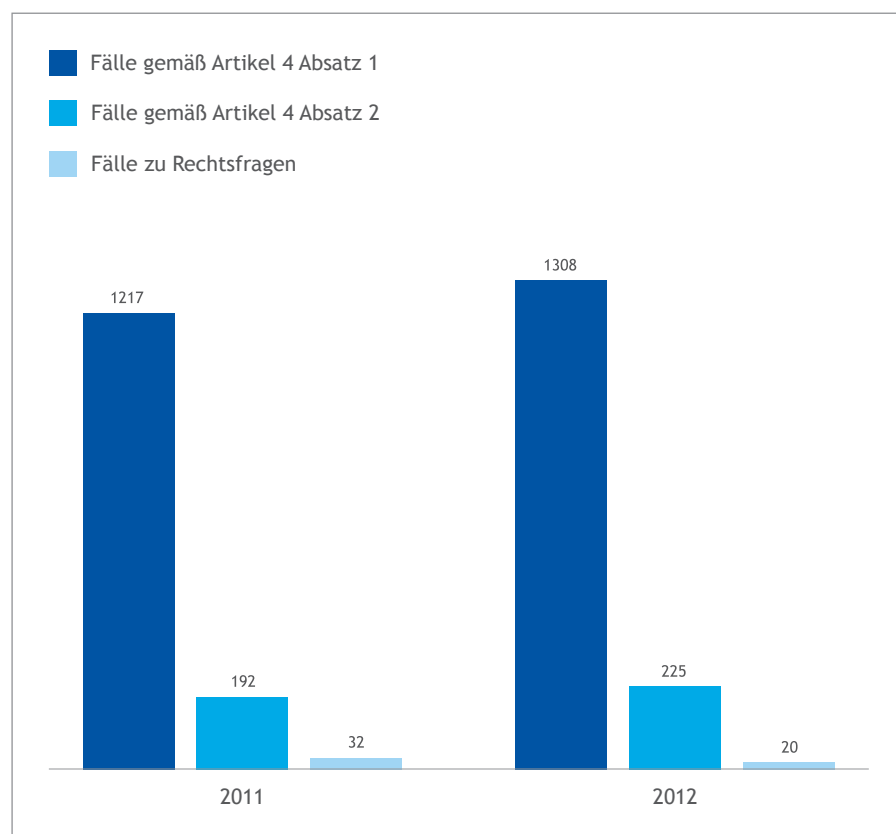


Abbildung 4 - Allgemeine Fallklassifizierung



Gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Eurojust-Beschlusses erstreckt sich der allgemeine Zuständigkeitsbereich von Eurojust auf die Kriminalitätsformen und Straftaten, die zum jeweiligen Zeitpunkt in die Zuständigkeit von Europol fallen, und andere Straftaten, die zusammen mit diesen Kriminalitätsformen und Straftaten begangen worden sind. Bei anderen Arten von Straftaten kann Eurojust gemäß seinen in Artikel 4 Absatz 2 formulierten Zielen die Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen auf Antrag einer zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats unterstützen. Eurojust kann auch von einem Mitgliedstaat ersucht werden, Unterstützung zu Fragen und Themen allgemeinerer Art zu leisten, die nicht zwangsläufig in Zusammenhang mit einem laufenden operativen Fall stehen, unter anderem z. B. Fragen zu nationalen Gesetzen oder Verfahren (Fälle zu Rechtsfragen).

Abbildung 5 - Die wichtigsten Kategorien von strafbaren Handlungen in Eurojust-Fällen

Die wichtigsten operativen Bereiche, in denen Eurojust 2012-2013 tätig wurde, sind Drogenhandel, Schleuserkriminalität, Menschenhandel, Terrorismus, Betrug, Korruption, Geldwäsche, Cyberkriminalität, Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union und sonstige Aktivitäten, die mit dem Auftreten organisierter krimineller Vereinigungen in der Wirtschaft verbunden sind.

Die Abbildung zeigt, wie oft diese Kategorien in den Fällen vorkamen, die bei Eurojust 2011 und 2012 registriert wurden. Ein Fall kann mehr als eine Kategorie betreffen. Weitere Informationen sind den entsprechenden Abschnitten in Kapitel 1 zu entnehmen.

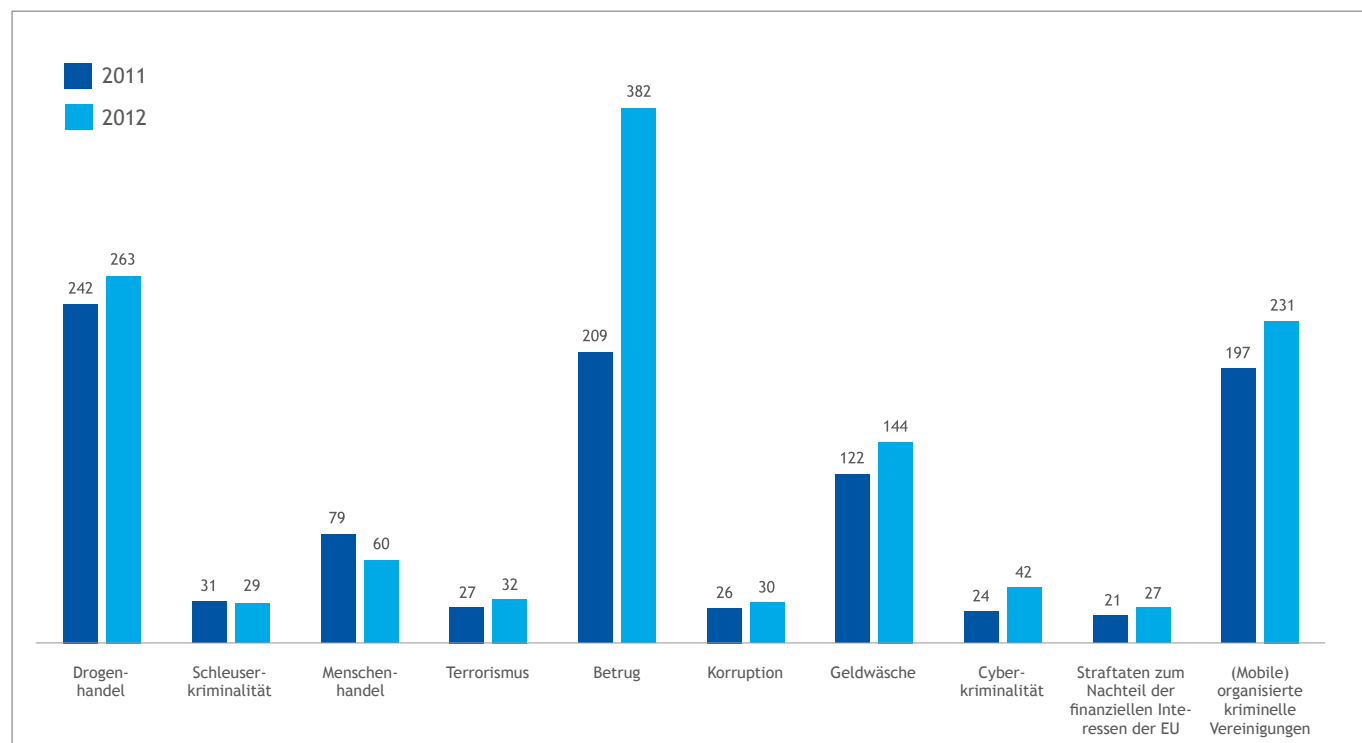
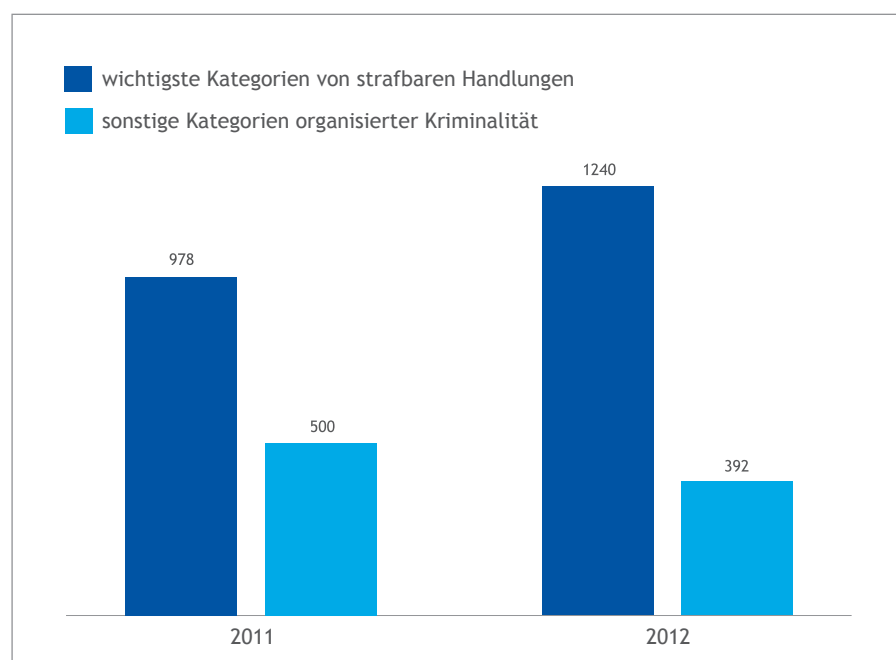


Abbildung 6 - Die wichtigsten Kategorien von strafbaren Handlungen und sonstigen Kategorien der organisierten Kriminalität in Eurojust-Fällen



Die wichtigsten operativen Bereiche, in denen Eurojust 2012-2013 tätig wurde, sind Drogenhandel, Schleuserkriminalität, Menschenhandel, Terrorismus, Betrug, Korruption, Geldwäsche, Cyberkriminalität, Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union und sonstige Aktivitäten, die mit dem Auftreten organisierter krimineller Vereinigungen in der Wirtschaft verbunden sind.

Die Abbildung zeigt, wie oft die wichtigsten Kategorien und sonstigen Kategorien der organisierten Kriminalität in den Fällen vorkamen, die bei Eurojust 2011 und 2012 registriert wurden. Ein Fall kann mehr als eine Kategorie betreffen.

Abbildung 7 - Eurojust-Fälle nach um Rechtshilfe ersuchenden Ländern

Die Abbildung zeigt, wie oft die einzelnen Mitgliedstaaten Eurojust 2011 und 2012 um Unterstützung ersuchten.

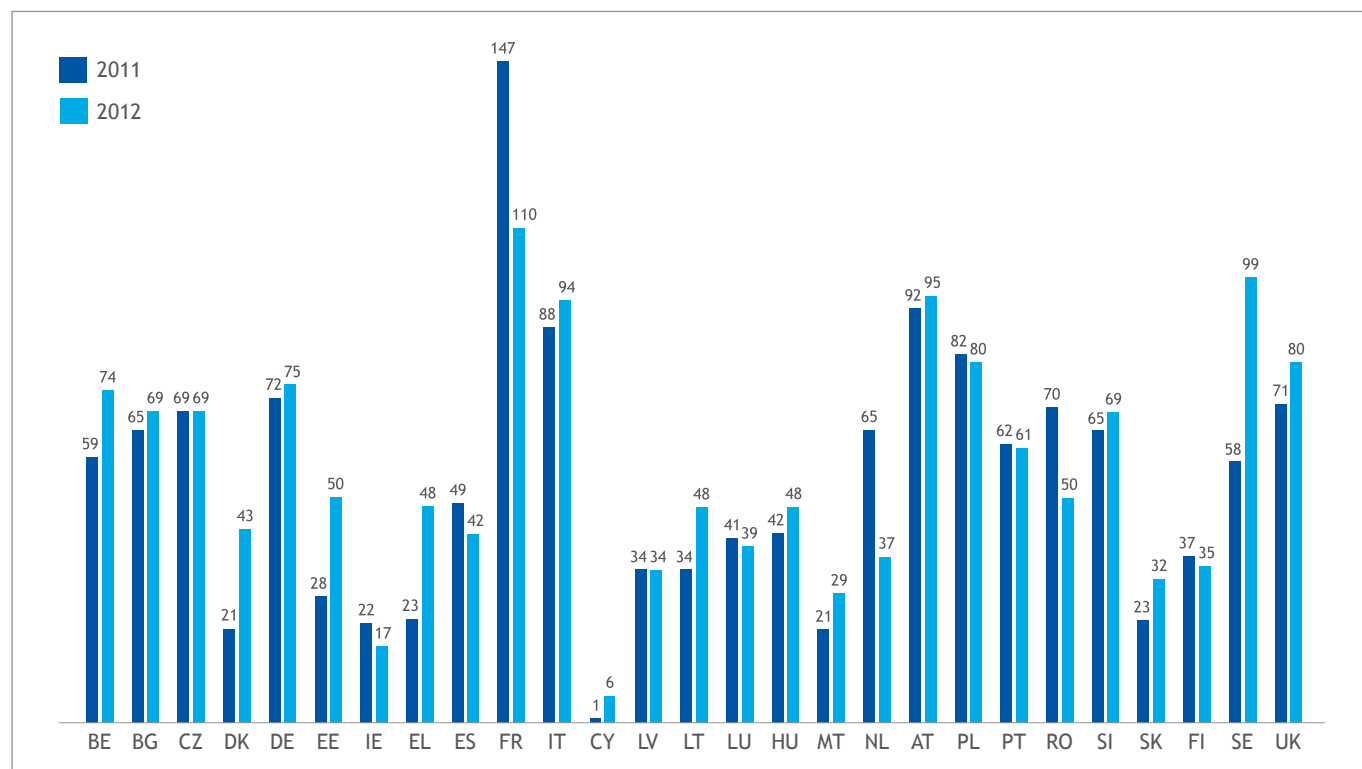


Abbildung 8 - Eurojust-Fälle nach um Rechtshilfe ersuchten Ländern

Die Abbildung zeigt, wie oft Behörden in den einzelnen Mitgliedstaaten 2011 und 2012 über Eurojust um Unterstützung ersucht wurden.

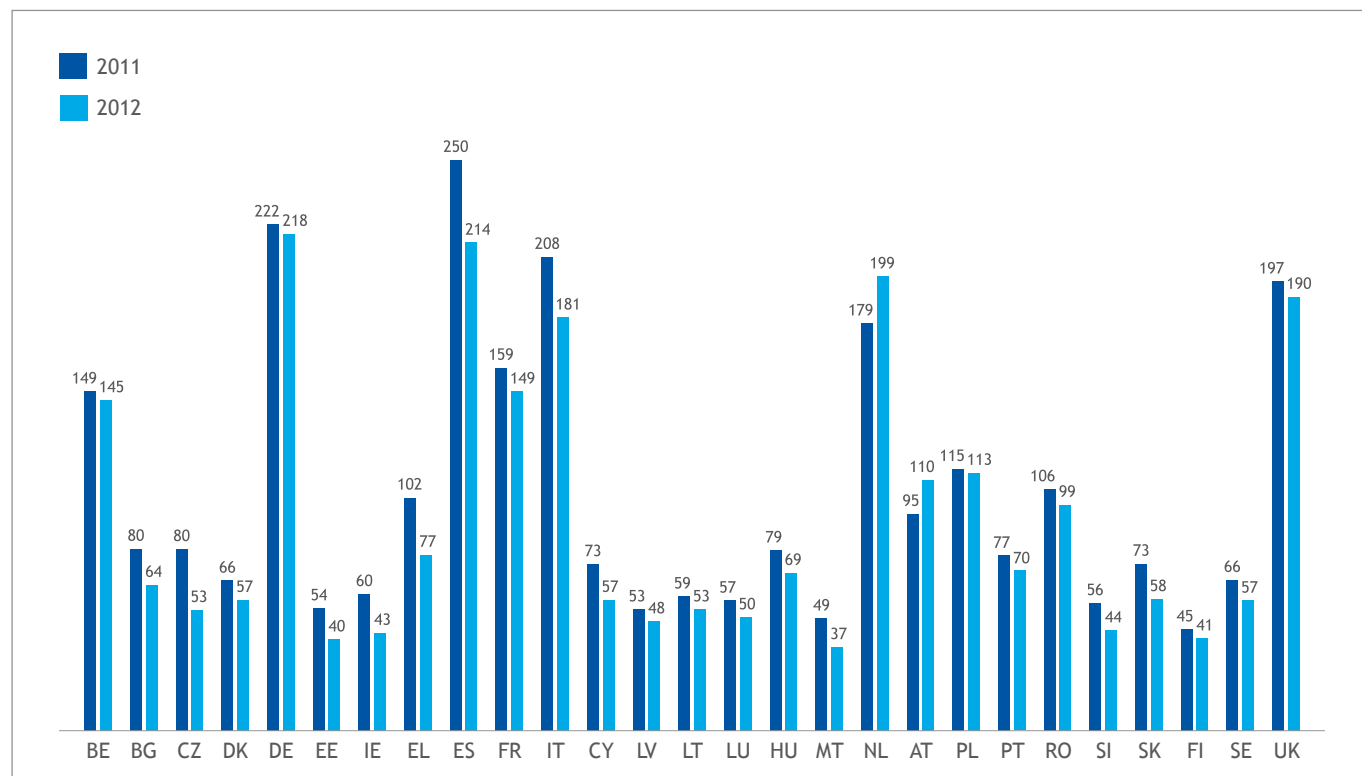


Abbildung 9 - Gesamtzahl der Koordinierungstreffen

Die Abbildung zeigt die Anzahl der Fälle, bei denen Koordinierungstreffen erforderlich waren. Koordinierungstreffen finden üblicherweise in den Räumlichkeiten von Eurojust in Den Haag statt. Unter bestimmten Umständen finden Koordinierungstreffen aber auch außerhalb von Eurojust in einem Mitgliedstaat oder Drittstaat statt.

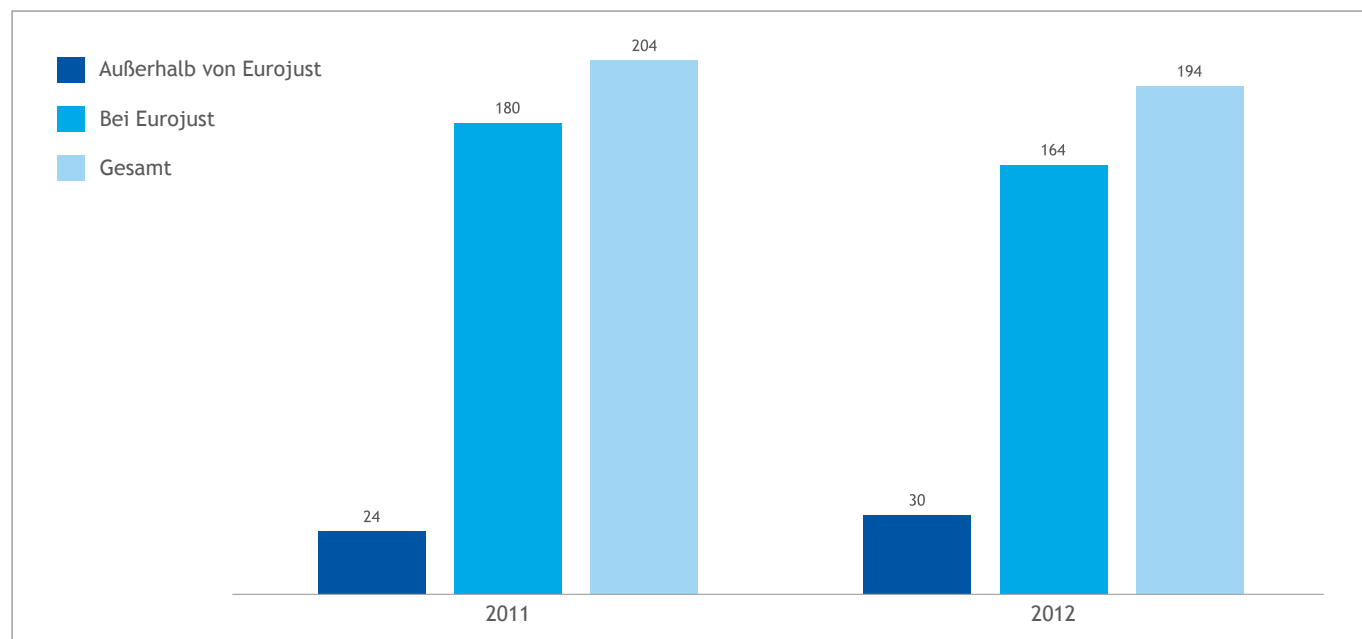


Abbildung 10 - Koordinierungstreffen nach ersuchenden Ländern

Die Abbildung zeigt die Anzahl der Fälle, bei denen aufgrund eines Ersuchens um Unterstützung durch einen Mitgliedstaat oder einen Drittstaat Koordinierungstreffen erforderlich waren.

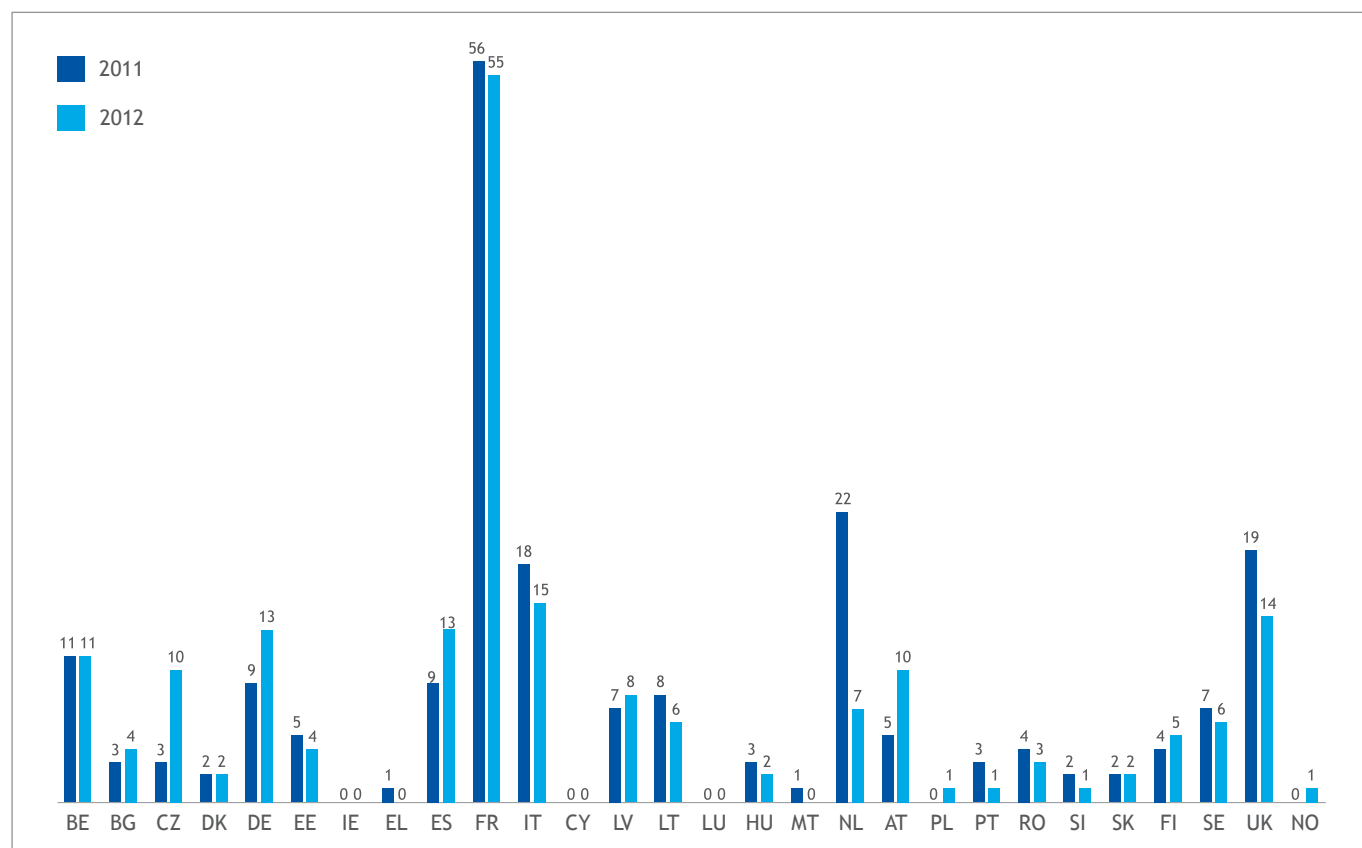
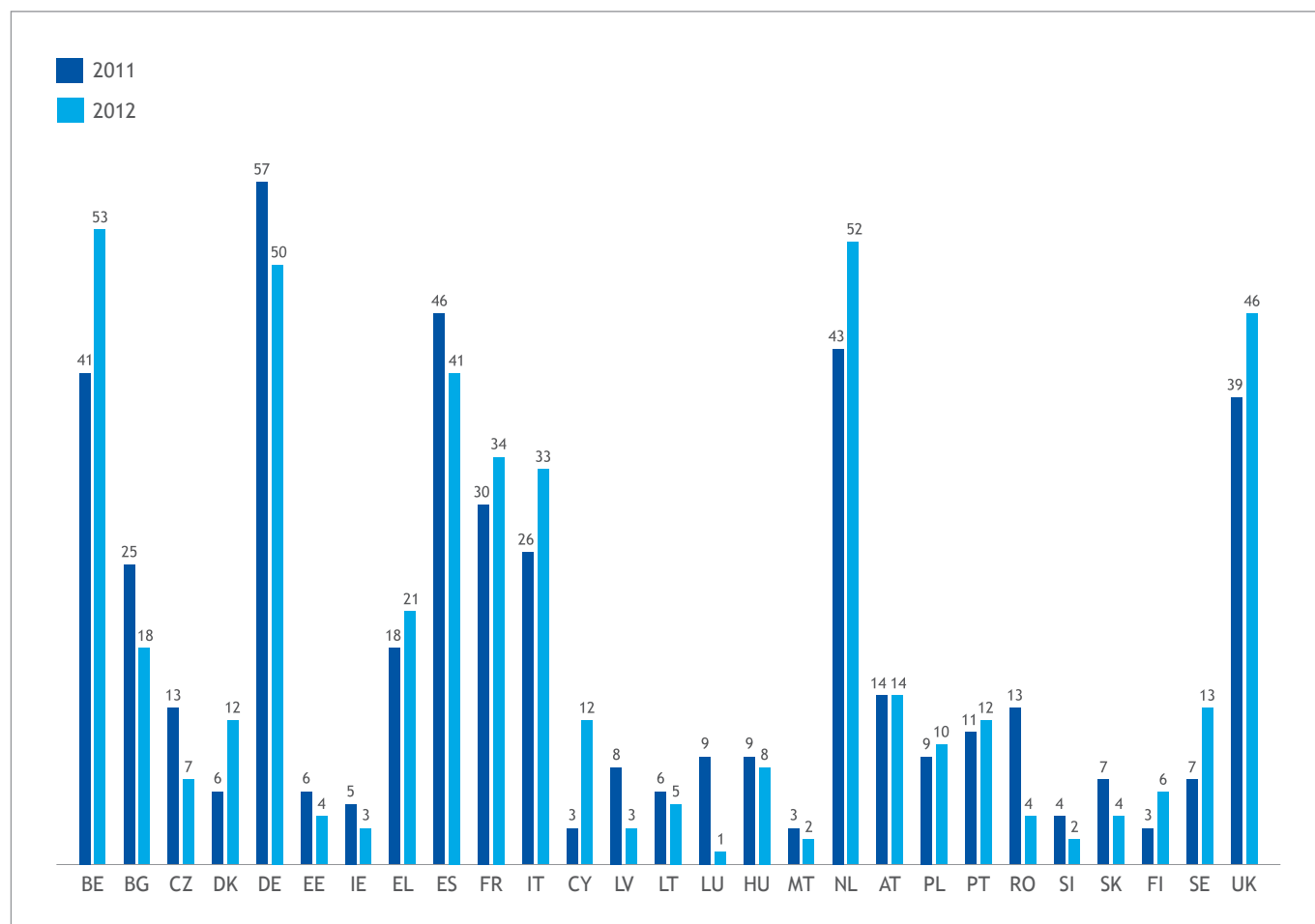


Abbildung 11 - Koordinierungstreffen nach ersuchten Ländern

Die Abbildung zeigt, wie oft die Behörden von Mitgliedstaaten, nachdem sie um Unterstützung ersucht wurden, an Eurojust-Koordinierungstreffen zu Fällen teilnahmen, bei denen Koordinierungsmaßnahmen erforderlich waren.



© 2013 Eurojust

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung von Eurojust in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Redaktion:	Deborah de Jonge, Jacalyn Birk
Design/DTP:	Michèle Wilks-Speer
Fotos:	Michel Mees, Joannes Thuy, Leen De Zutter



EUROJUST

Maanweg 174, 2516 AB The Hague, Netherlands

Phone: +31 70 412 5000 - E-mail: info@eurojust.europa.eu - Website: www.eurojust.europa.eu